

Palästina



Nummer 22 (2. Auflage) November 2006 Preis: € 3,- Zeitschrift für den arabischen Widerstand



Israels Niederlage

Der Volkswiderstand hat sich durchgesetzt!

Der Krieg Israels gegen den Libanon hat, wie auch die bis heute anhaltende kriegerische Eskalation gegen die palästinensischen Gebiete, erneut aufgezeigt, wie wenig Ernst es Israel mit dem Frieden im Nahen Osten ist. Im Gegenteil, aufs Neue beweist die israelische Regierung der ganzen Welt, dass sie sich nur auf Grundlage kriegerischer Aggressionen aufrecht erhalten kann.

Allerdings zeigt eben der jüngste Krieg gegen den Libanon, dass diese Politik Israels nicht aufgeht und nicht aufgehen kann. Ausgezogen um die Hizbullah in wenigen Tagen militärisch zu vernichten, willigt Israel nach mehr als vier Wochen und Tausenden von Toten, Hunderttausenden von Vertriebenen und einem in Schutt und Asche hinterlassenen Libanon in eine Waffenruhe ein, die nichts mit dem anfänglich ausgesprochenen Kriegsziel zu tun hat. Im Gegenteil. Die Hizbullah hat während der Kriegswochen ihre militärische Schlagkraft unter Beweis gestellt und geht zweifellos politisch gestärkt aus dem Krieg hervor. Nicht nur im Libanon hat sie auch für die nicht schiitischen Bevölkerungsteile glaubhaft bewiesen, dass Widerstand gegen die militärisch überlegene israelische Armee möglich ist. Das Durchhaltevermögen und letztlich der politische Sieg der Hizbullah hat große Bedeutung für die Massen des gesamten arabischen Raumes. Die Botschaft ist: Volkswiderstand ist möglich und mehr noch, er ist die einzige Form des Widerstandes, der angesichts der Unterwürfigkeit und Tatenlosigkeit der arabischen Regierungen zum Ziel führt.

Wir möchten unsere Leserinnen und Leser darauf hinweisen, dass der Großteil der Beiträge in der vorliegenden Nummer der Intifada noch vor dem Beschluss der Waffenruhe erstellt wurde. Sie reflektieren und analysieren daher die Situation im Libanon ohne Kenntnis desselbigen. Darüber hinaus bietet diese Nummer der Intifada Bei-

träge zu Palästina, dem Iran und dem Irak sowie zur Diskussion um den politischen Islam und die Frage von Antizionismus und Antisemitismus.

Inhalt

Israels sichtbare Niederlage	3
Ein Sieg, der verteidigt werden muss	7
Karte der israelischen Angriffe auf den Libanon	10
Israels Aggressionen und die Rolle der USA	11
Wie die USA an der Welt, so überhebt sich Israel an der Hizbullah ...	14
Stoppt den israelischen Terrorkrieg!.....	16
Der Aufstieg der Hizbullah	19
Wir greifen wieder zu den Waffen	25
Die PFLP begrüßt das kämpfende libanesische Volk	26
Die bisherige Bilanz des israelischen Kriegszuges	27
NGOs vor Ort unterstützen!	28
Sturm auf das Gefängnis von Jericho.....	30
„Wir erlauben der Hamas, zu regieren und sich zu beweisen“	31
Sollen sie an ihrer Wut ersticken!.....	33
Hände weg vom Iran!	39
Versinkt der Irak im Bürgerkrieg?.....	41
„Irakische Patrioten müssen Bürgerkrieg unterbinden“	44
Für eine antiimperialistische Front.....	45
Venezuela zieht Botschafter aus Israel ab	46
Antiimperialistische Araber mit iranischem Volk gegen USA?	47
Die Wiener Muslime und die SPÖ – eine erdrückende Umarmung ...	50
Verbrechen im Namen der Freiheit	52
Widerstandskonferenz für den Frieden.....	55
Gegen die Besatzung, für den Widerstand	56
Palästinensischer Minister Atef Adwan sagt Besuch in Wien ab	58
Das vierte ESF und das Internationale	
Antiimperialistische-Antikapitalistische Treffen	59
Ein Versuch, Moslems politisch mundtot zu machen.....	60
Imam vom CIA aus Österreich entführt.....	62
Verurteilt wegen der Übersetzung eines Flugblattes	63
Europaabgeordneter von infamer Bande mit dem Tod bedroht	64
Wider den säkularistischen Fundamentalismus	65
„Antizionismus ist nicht Antisemitismus“	71
DÖW als Stichwortgeber des Imperialismus?.....	75
Buchbesprechung: Antisemitismus als politische Waffe	77

Israels sichtbare Niederlage

Bericht von einem Lokalaugenschein im Libanon

Eine Woche nach der Waffenruhe ermöglicht es eine Reise in den Libanon, sich aus nächster Nähe ein Bild über die wichtigsten Ergebnisse von Israels kurzem aber heftigen Aggressionskrieg gegen den Libanon zu machen: Erstens geht die Hizbullah politisch als klare Siegerin aus dem Konflikt hervor, doch auch ihre militärische und organisatorische Stärke ist weithin sichtbar. Zweitens wird dieser Sieg von der Bevölkerung des Libanon, jedoch ebenso von jener der anderen arabischen Staaten, als ein fast historischer Durchbruch gefeiert: Es ist gelungen, dem Zionismus eine klare Niederlage zuzufügen und den Mythos seiner Unbesiegbarkeit zu brechen. Drittens spricht die Form dieses Sieges eine klare Sprache: Der Volkswiderstand, und nur dieser, ist in der Lage, dem übermächtigen Feind standzuhalten. Hingegen hat die Bevölkerung begrif-

fen, dass jegliches Vertrauen in die arabischen Regimes verschwendete Liebesmühe ist.

Hizbullahs "Divine Victory"

Bereits kurz nach der syrisch-libanesischen Grenze begrüßt den Reisenden die professionelle Kampagne der Hizbullah: Von leuchtend roten Plakatwänden mit Kriegsbildern und dem Logo der Hizbullah prangen in Arabisch und Englisch markante Sprüche, allen voran der Slogan "Divine Victory", der „göttliche Sieg“ des libanesischen Volkes über den israelischen Eindringling. Den Eindruck von der Professionalität der „Partei Gottes“ verstärkt ein Besuch der mehrheitlich von Schichten bewohnten südlichen Stadtviertel von Beirut. Die Häuserblocks rund um Haret Hryek, dem Standort des Hauptquartiers der Hizbullah, sind durch gezielte Bombentreffer der isra-

elischen Armee vollkommen dem Erdboden gleichgemacht worden. Ganze Wohnhausreihen bestehen nur noch aus Schutt und Asche. Wo einst die Sendestation von Hizbullahs Fernsehkanal al-Manar stand, ist nur ein riesiges Kraterloch zu sehen.

Doch nur eine Woche nach Ende der Bombardierungen sind, wie uns Bewohner versichern, die Aufräumarbeiten beträchtlich vorangeschritten. Bulldozer planieren die Schuttberge, die Bevölkerung wird mit dem Nötigsten versorgt. Eindeutig sichtbar ist, wer diese Aufräumarbeiten organisiert: Nicht etwa die libanesischen Behörden, sondern die Hizbullah bzw. ihre sozialen Organisationen. Eigens geschaffene Komitees machen Bestandsaufnahmen der Zerstörungen und unterstützen die obdachlosen Familien mit massiven Geldzahlungen. Doch auch die poli-



tische Professionalität Hizbullahs wird in Haret Hryek sichtbar. Sofort nach Ende der Bombardierungen wurden auch hier überall auf den Schutthaufen rote Plakatwände aufgestellt, auf denen "Made in USA" oder "This is US-Democracy" zu lesen steht.

Das Bild der kapillaren Organisation bestätigt sich im Süden des Landes, der am stärksten von den Bombardierungen betroffen war. Von einigen Dörfern und Städten, vor allem Bint Jbeil und Khiam, ist nicht viel mehr übriggeblieben als Schutthaufen. Wir werden auf die spezifisch silbrig-graue Farbe aufmerksam gemacht, welche die Bomben an allen Einschlagstellen hinterlassen haben. Es besteht die Gefahr, dass durch diese Substanz Böden und Grundwasser nachhaltig verseucht werden. Dies würde kurzfristig

die ohnehin schon äußerst prekäre Wasserversorgung außer Gefecht setzen und birgt langfristige große Risiken für die Landwirtschaft. Trotz der Zerstörungen zeigt sich dem Besucher kein Bild der Verzweiflung, sondern es entsteht vielmehr der Eindruck relativ geordneter Aufräumarbeiten und einer Bevölkerung, welche die Situation mit Gefasstheit und Würde trägt. An vielen Orten treffen wir auf Bautrupps der Hizbullah-Organisation „Jihad des Wiederaufbaus“. Oft sehen wir auch die Hizbullah-Komitees zur Bestandsaufnahme der Schäden mit der lokalen Bevölkerung unter behelfsmäßig aufgespannten Zelten sitzen und die notwendigen Maßnahmen besprechen.

Weit über den Libanon hinaus ist sich die arabische Bevölkerung des

Sieges bewusst. In Damaskus zieren Hizbullah-Fahnen und Nasrallah-Poster eine Vielzahl von Straßenzügen, Taxis und Privatautos, sie hängen in Cafés und Geschäften. Uns wird berichtet, dass Nasrallah, der Führer der Hizbullah, inzwischen im gesamten arabischen Raum als Held gefeiert und mit dem ägyptischen Nasser verglichen wird.

Israels Kriegsziele

Die Zerstörungen, die Israels Bombardements angerichtet haben, bestätigen Israels deklarierte und nicht-deklarierte Kriegsziele. Die Bomben wurden sowohl in den Beiruter Schitenviertel als auch im Süden des Libanon zielgerichtet auf begrenzte Zonen abgeworfen. In Beirut trafen sie die Wohngebiete rund um das Hauptquartier der Hizbullah, im Süden des Libanon vor allem jene Orte wie Bint Jbeil, die als Hochburgen der Hizbullah gelten. Dort wurde, ebenso wie in Khiam, ein Großteil der Häuser im Stadtzentrum einfach dem Erdboden gleichgemacht. Viele der zerstörten Häuser tragen darüber hinaus sichtbare Zeichen eines erbitterten Bodenkampfes Haus um Haus. In anderen Orten sieht man nur einzelne Häuser bzw. einige Straßenzüge, die bombardiert wurden. Hier handelt es sich offensichtlich um die Häuser vermeintlicher Hizbullah-Kämpfer bzw. -Anhänger. Zerstörungen des Krankenhauses in Nabatiyeh sowie die noch sichtbaren ausgebrannten Autowracks vor dem Krankenhaus in Tibnine weisen darauf hin, dass Israel keineswegs davor zurückschreckte lebensnotwendige zivile Einrichtungen zu bombardieren, wenn es darum ging, vermeintliche Hizbullah-Kämpfer zu treffen: Die israelische Armee vermutete, dass Hizbullah-Kämpfer im Krankenhaus von Nabatiyeh behandelt wurden und dass sich solche in den vor dem Krankenhaus von Tibnine parkenden Autos befanden.

Christliche und sunnitische Orte, wie etwa Marj 'Ayun, sowie die christlichen und sunnitischen Stadtviertel Beiruts wurden nicht bzw. kaum bombardiert. Diese „konfessionelle“ Treffsicherheit bestätigt das Hauptkriegs-





ziel Israels, Hizbullah zu schwächen und die – schiitische – Bevölkerung davon abzuhalten, sie zu unterstützen. Sie bestätigt darüber hinaus ein anderes, unausgesprochenes Ziel, nämlich die konfessionellen Gruppen gegeneinander auszuspielen, damit den Druck auf Hizbullah zu erhöhen und eventuell einen neuen Bürgerkrieg zu provozieren.

Ein interessantes Detail zeigen die Zerstörungen in der Kleinstadt Sryfe, in der Nähe Bint Jbeils. Dort wurde zielgerichtet jenes Wohnviertel dem Erdboden gleichgemacht, in dem der Kommunistischen Partei Libanons nahe stehende Familien leben. Auf den ersten Blick scheint diese Tatsache zu überraschen. Die KP hat zwar den Widerstand der Hizbullah gut geheißt und ihre eigenen Leute zur Verteidigung ihrer Wohnorte aufgefordert, verfügt aber selbst über keine schweren Waffen und ist auch nicht Teil einer militärischen Front mit Hizbullah. Augenscheinlich dienten diese Bombardements daher dem Zweck, jeden

Verweis – und sei er nur noch von historisch-symbolischer Bedeutung – auf den Volkswiderstand (die KP hat während des Bürgerkrieges und im Widerstandskampf gegen die israelische Besatzung eine wichtige Rolle eingenommen) zu vernichten.

Opfer der israelischen Zerstörungswut wurde auch die Infrastruktur. Fast keine Tankstelle auf den Straßen des südlichen Libanon ist noch intakt und funktionsfähig. Die Autobahn nach Beirut zeigt zahlreiche Bombentreffer, jede Brücke über die Autobahn hat einen abbekommen. Auffällig ist dabei, dass die Brücken fast ausnahmslos über jener Fahrbahn getroffen wurden, die aus dem Süden nach Beirut führt. Fast könnte man daraus schließen, dass der flüchtenden Bevölkerung die Flucht besonders schwer gemacht werden sollte. Zerstört wurde auch die Autobahn, die von Beirut über die Bekaa-Ebene zur syrischen Grenze führt, um vermeintliche Waffenlieferungen über Syrien zu erschweren.

Die Bombentreffer auf die Ölraffi-

nerie bei Saida sowie auf nördlich von Beirut gelegene Städte wie Tripolis zeigen, dass Israel schlussendlich die libanesischen Wirtschaft insgesamt schwächen wollte. Auch damit wurde darauf abgezielt, die konfessionellen Gruppen gegeneinander aufzuhetzen und die Ablehnung der nicht-schiitischen Bevölkerung gegenüber der Hizbullah zu vergrößern.

Veränderte libanesische Kräfteverhältnisse

Israel hat seine Kriegsziele nicht erreicht. Oftmals ist sogar genau das Gegenteil eingetreten. Die Unterstützung für Hizbullah ist nicht nur unter der schiitischen Bevölkerung gewachsen. Angesichts der Bomben und der massiven Zerstörungen zeigt sich Sympathie für die Hizbullah, vor allem jedoch Ablehnung gegenüber Israel und den USA auch in großen Teilen der nicht-schiitischen Bevölkerung des Libanon.

Diese verschobenen Kräfteverhältnisse drücken sich auch in neuen

Bündnissen aus. Während General Michel Aoun traditionell den rechten und pro-westlichen Flügel der libanesischen Maroniten verkörperte, ist er heute, und vor allem nach dem Krieg, derjenige Politiker seiner Gemeinschaft, der der Hizbullah am nächsten steht und sie in der politischen Arena unterstützt. Demgegenüber wird der pro-westliche Block aus dem Maroniten Geagea, dem Drusen Junblat (der während des Bürgerkrieges der Widerstandsfront angehörte) und den Sunniten um Hariri gebildet. Geagea scheint allerdings die Führungsrolle innerhalb der Maroniten an Aoun verloren zu haben und auch innerhalb der Drusen existieren Kräfte, die zur Linie Junblats in Opposition stehen. Insgesamt hat der israelische Aggressionskrieg die Kräfteverhältnisse im Libanon zugunsten des Widerstandes verschoben.

Politischer Sieg Israels durch UNO-Resolution?

Da die militärische Durchsetzbarkeit der israelischen Kriegsziele in weite Ferne gerückt war, hat Israel in die Waffenruhe eingewilligt. Es versucht nun seine Ziele mittels der UNO-Resolution zu erreichen. Die UNO-Truppen sollen die Hizbullah entwaffnen und nach Möglichkeit auch die Grenzen zu Syrien überwachen.

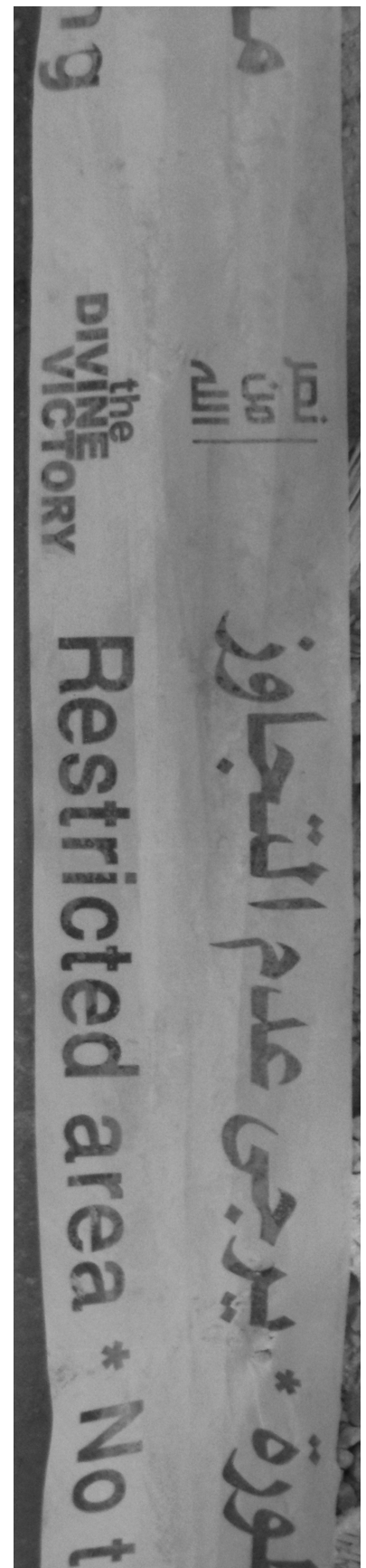
Inwieweit die Entsendung einer UNO-Truppe in obigem Sinne tatsächlich zu Stande kommen wird, wird die nahe Zukunft zeigen. Die Schwierigkeiten dabei sind jedenfalls offensichtlich. Die USA zeigen keinerlei Ambitionen sich im Südlibanon die Finger zu verbrennen. Frankreich hätte zwar Interesse daran, seine eigene Position durch einen solchen Einsatz zu stärken und zeigt dies durch eine relativ aggressive Haltung vor allem in der Frage der Stationierung an der syrischen Grenze. Andererseits möchte es sich aber nicht vollständig zum Handlanger der USA und Israels degradieren lassen, woraus sich die anfängliche Ablehnung der Führung der Truppe erklärt. Italien, das sich ebenfalls eine Stärkung der eigenen Position erhofft, hat mit dieser Rolle offenbar weniger Probleme, spielt es doch schon seit ge-

raumer Zeit den Kettenhund der USA im Irak und in Afghanistan.

Vom Zustandekommen der UNO-Truppe, sowie vom Grad der Umsetzung der UN-Resolution wird es abhängen, ob Israels seine Kriegsziele nun auf diesem „politischen“ Weg erreichen wird können. Keine rühmliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die westliche öffentliche Meinung, ebenso wenig wie die kaum noch vorhandene westliche Friedensbewegung. Während des Krieges waren hauptsächlich Hinweise auf die humanitäre Katastrophe zu hören, im besten Fall wurde die Unverhältnismäßigkeit der israelischen Luftschläge angeprangert. Nach Ausrufung der Waffenruhe wird nun in der Entsendung der UNO-Truppe eine gangbare Lösung des Konfliktes geortet. Hinter dieser vermeintlich humanitären und äquidistanten Haltung verbirgt sich jedoch in Wahrheit eine pro-israelische Linie, die Israel ausschließlich in Form und Methodik kritisiert. Am Inhalt des israelischen Aggressionskrieges – die Entwaffnung und Entwurzelung der Hizbullah – wird nicht gerüttelt, was gleichbedeutend damit ist, diesen gutzuheißen. Damit bezieht die europäische öffentliche Meinung ebenso wie die Friedensbewegung unzweideutig Seite mit dem Aggressor und verweigert dem libanesischen Volkswiderstand sowohl Legitimität als auch Solidarität.

Nicht zu rütteln ist jedoch an der Tatsache, dass eben dieser Volkswiderstand kürzlich einen Sieg errungen hat und dass damit der Nahe Osten einer Lösung des Konfliktes auf Grundlage wirklicher Volkssouveränität und Gleichberechtigung der Volks- und Religionsgemeinschaften einen Schritt näher gekommen ist. Es wird Aufgabe der antiimperialistischen Bewegung sein, dieser Botschaft auch in den europäischen Gesellschaften eine Stimme zu geben.

*Margarethe Berger
Beirut, 25. August 2006*



Ein Sieg, der verteidigt werden muss

Über den Widerstand im Libanon

Am Montag, den 14. August, und erst zwei Tage nach der Verabschiedung der UNO-Resolution 1701, trat die Waffenruhe im Libanon in Kraft. Der Inhalt der Resolution und die weiteren Handlungen Israel deuten darauf hin, dass diese Waffenruhe keine Basis für einen dauerhaften Frieden bietet.

Die Hizbullah-Miliz ist das historische Erbe aller Widerstandsorganisationen, die seit den Siebzigern vom Libanon aus gegen den zionistischen Staat in Palästina und gegen den US-amerikanischen Einfluss kämpften. Sie wurde Mitte der achtziger Jahre nach dem Abzug der PLO nach der israelischen Invasion gegründet.

Seit ihrer Gründung konzentrierte sich die Hizbullah auf den Kampf gegen die israelische Besatzung im Südlibanon und distanzierte sich vom konfessionellen Bürgerkrieg. Seit Anfang der neunziger Jahre gewann die Hizbullah die Hegemonie unter den im Südlibanon operierenden Widerstandsorganisationen und übernahm die militärische Führung des Widerstands gegen die israelische Besatzung. Das Abkommen von Ta'if beendete offiziell den Bürgerkrieg und sah vor, alle konfessionellen Milizen aufzulösen. Eine Ausnahme waren die libanesischen Widerstandsorganisationen im Süden.

Die Hizbullah zeichnet sich durch ihre raffinierte Guerilla-Taktiken, ihren entwickelten und effizienten Sicherheitsapparat und ihre disziplinierten Kader, die breite Unterstützung der Bevölkerung in den schiitischen Gebieten im Südlibanon genießen, aus. So konnten die brutalsten israelischen Angriffe auf den Libanon weder die Organisation noch ihre Beliebtheit in der Bevölkerung schwächen. Den ersten strategischen Sieg erlangte die Hizbullah im Jahr 1996, als nach dem ersten Massaker von Qana und die darauf folgenden Katjuscha-Angriffe Israel dazu gezwungen wurde, das April-Abkommen zu unterzeichnen, in welchem sich beide Seiten dazu verpflichteten, keine Angriffe

auf die Zivilbevölkerung zu unternehmen und die Kampfhandlungen nur auf das Grenzgebiet zu beschränken. Die israelische Armee war danach nicht mehr in der Lage, Vergeltungsangriffe auf die Zivilbevölkerung zu verüben. Danach war es eine Frage der Zeit, wann Israel unter dem Druck der Guerilla-Aktionen und ihres demoralisierenden Effekts auf die Armee und die Bevölkerung aus dem Südlibanon abziehen würde.

Der Kampf wurde im Jahr 2000 mit dem bedingungslosen Abzug Israels aus dem Südlibanon gekrönt. Der Sieg der Hizbullah machte die Organisation zu einer überkonfessionellen Widerstandsbewegung, welche die Unterstützung oder wenigstens die Sympathie der Mehrheit der Libanesen (und der Palästinenser) genießt. In einigen Gebieten ersetzte die Hizbullah sogar den abwesenden liberalen Staat im Bereich Infrastruktur, Wasserversorgung und Sozialleistungen.

Seit 2000 kämpft Hizbullah weiter um die Befreiung des Shib'a-Gebiets, das Teil des Südlibanon ist und noch unter israelischer Besatzung blieb. Sie kündigte auch an, alles zu unternehmen, um die libanesischen Gefangenen aus Israels Gefängnissen zu befreien.

In der libanesischen Innenpolitik und nach dem politischen Ende der palästinensischen Bewegung (250 000 palästinensische Flüchtlinge leben heute im Libanon) formierten sich dieselben zwei Lager, wie während des Bürgerkrieges: das „isolationistische“ Lager, das den Libanon kulturell und politische vom arabischen Umfeld trennen möchte und sich nach Westen orientieren will, und das Widerstandlager, das die islamischen, panarabischen und linken Kräfte zusammenfasst. Solange die syrische Präsenz im Lande andauerte, behielt das Widerstandslager die politische Oberhand, auch wenn die Wirtschaft und der Staatsapparat in den Händen des liberalen Lagers blieben. So war z.B. der aus Saudi Arabien zurückkehren-

de Milliardär Rafiq Hariri zugleich der Premierminister und der größte Investor und Eigentümer im Land.

Der ungeklärte Mord an Rafiq Hariri im Jahr 2004 führte zur Formierung einer politischen Protestbewegung, die mit US-Unterstützung den Abzug Syriens und den Rücktritt des Präsidenten Emil Lahud forderte. Der Tod des sunnitischen Hariri führte zu einer dramatischen Polarisierung der libanesischen Öffentlichkeit. Die Sunniten, die keine einheitliche politische Führung hatten, sahen plötzlich in Hariri ihren ermordeten Führer, und ebenso die Christen, deren bedeutendsten Führer, General Michel Aoun, im Exil lebte und einer der Hauptgegner der syrischen Präsenz im Lande war. Die Schiiten, die lange durch die konfessionelle Organisation des Staatsapparats marginalisiert waren und nur durch den von Syrien unterstützten Widerstand der Hizbullah zu einem Faktor in der libanesischen Politik wurden, standen zu Syrien. Beide Lager organisierten Massenmobilisierungen. Nachdem in Beirut eine Million Libanesen gegen die syrische Präsenz demonstrierten, organisierten die Hizbullah und die Widerstandskräfte die größte Massendemonstration in der Geschichte des Landes, bei der zwei Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung ihre Treue zum Widerstand und ihre „Dankbarkeit“ an Syrien zum Ausdruck brachten.

Die USA und die EU nutzten den Zeitpunkt, um die UNO-Resolution 1559 verabschieden zu lassen, die den Abzug Syriens und die Auflösung aller Milizen im Libanon forderte. Syrien, einst der Stabilitätsfaktor im Libanon, musste nach den US-amerikanischen Drohungen seine Truppen aus dem Libanon abziehen. Die geforderte Entwaffnung der Milizen wurde von der libanesischen Regierung als eine Verletzung der libanesischen Souveränität betrachtet und blieb nach einer Einigung aller Parteien eine Sache des libanesischen nationalen Dialogs.

Die Hizbullah betrachtete ihre Kräfte nicht als eine konfessionelle Miliz, sondern als Widerstandskräfte, die die Befreiung des Shib'a-Gebiets und der libanesischen Gefangenen in Israel sowie die Verteidigung des Landes gegen die andauernden israelischen Übergriffe erstrebt.

Das anti-syrische Lager spaltete sich um diese Frage und es entstand das 14.-März-Lager, das die Entwaffnung des Widerstands forderte und an eine westliche Intervention ins Auge fasste. Michel Aoun schloss sich dem Widerstandslager an und verbündete sich mit der Hizbullah. Die libanesischen Parlamentswahlen endeten unentschieden und die 14.-März-Kräfte, vertreten durch Ministerpräsident Siniora, verließen sich mehr und mehr auf westliche Unterstützung sowie auf den Einfluss des Hariri-Clans.

Vor diesem Hintergrund ist die Aktion der Hizbullah am 11. Juli zu betrachten – eine militärische Aktion, bei der zwei israelische Soldaten gefangen genommen und weitere acht getötet wurden. Die Aktion war auch eine Antwort auf die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen, die schon zwei Wochen andauerten und durch den Sicherheitsrat der UNO weder verurteilt noch gestoppt werden konnten.

Militärische Bilanz

Die israelische Reaktion auf diese Aktion war die einer gedemütigten Armee, die trotz schwerer und hochtechnologischer Bewaffnung weder in Gaza noch im Libanon fähig war, sich gegen die Widerstandsgruppen durchzusetzen. Die massiven Bombardierungen in Gaza und im Libanon, die unter dem Deckmantel der „Befreiung der entführten Soldaten“ liefen, entpuppten sich als pure Rache und kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung.

Der israelische Angriff auf den Libanon, der mit der Bombardierung des Flughafens von Beirut begann (es hieß: „um einen möglichen Transport der Soldaten ins Ausland zu verhindern“), verfolgte folgende Ziele: die Zerschlagung der Hizbullah-Miliz, die Befreiung der gefangenen Soldaten sowie die Ermordung von Hasan Nasrallah und der Hizbullah-Führung.

Ein weiteres, undeklariertes Ziel war es, die Hizbullah im Inland zu schwächen. Man glaubte, die Bevölkerung würde dem Widerstand die Schuld an der israelischen Reaktion geben. Diese Hoffnung Israels (und der USA) wurde durch die libanesischen nationale Einheit enttäuscht. Fast alle libanesischen Kräfte standen geschlossen hinter dem Widerstand und verschoben jede Diskussion auf Kriegsende.

Die Hizbullah, die anscheinend mit so einer massiven israelischen Reaktion, die den totalen Bruch mit dem April-Abkommen bedeutet, gerechnet hatte, zeigte, dass sie auf dieses Szenario vorbereitet war. Die erste Bombardierungswelle konnte die militärische Infrastruktur der Hizbullah nicht beeinträchtigen, auch wenn der große Teil der libanesischen Bevölkerung darunter leiden musste. Die Hizbullah war sofort in der Lage, auf die israelischen Bombardierungen mit Raketen auf die nördlichen Städte Israels zu antworten. Die weiteren israelischen Angriffe liefen unter dem Motto, die Fähigkeit Hizbullahs, Raketen abzufeuern, zu reduzieren bzw. zu eliminieren. Trotz des riesigen Unterschieds in der Feuerdichte zwischen den Angriffen der israelischen Armee und jener der Hizbullah, deren Katjuscha-Raketen aus dem Zweiten Weltkrieg stammen, war die Hizbullah in der Lage, eine Balance der Abschreckung herzustellen. Jede Intensivierung der israelischen Angriffe wurde mit Raketen größerer Reichweite beantwortet.

Die israelische Soldateska wurde in ihrem Glauben, den Krieg von der Luft und vom Meer aus politisch und militärisch zu gewinnen, schwer erschüttert. Vielmehr musste die israelische Marine mit dem großen Schaden an drei ihrer Kampfschiffe eine erstmalige Niederlage einstecken.

Die israelische Bodenoffensive verlief nicht besser. Der legendäre israelische Panzer „Merkava“ hat sich doch als verwundbar erwiesen. Die Hizbullah war in der Lage, auch einen Stellungskrieg mit den anmarschierenden israelischen Truppen zu führen und diesen schwere Verluste zuzufügen. Die „unbesiegbare Armee“ konn-

te keine einzige Stellung der Hizbullah endgültig nehmen. Alle Grenzdörfer blieben unter Kontrolle der Widerstandskämpfer. Die israelischen Landungen hinter der Frontlinien endeten ebenfalls in einem Fiasko, nachdem die Hizbullah-Kämpfer überall auf die Soldaten warteten. Auch die spektakuläre Landung israelischer Truppen in Baalbek, 70 km nördlich der Grenze, stellte sich als Versuch heraus, das Gesicht zu wahren und endete ohne Ergebnisse, außer der Entführung von fünf libanesischen Zivilisten, darunter ein Greis und ein Minderjähriger. Es war auch das erste Mal, dass in Israel die Militärverluste offiziell zensuriert wurden.

Der berüchtigte israelische Sicherheitsapparat erwies sich als ohnmächtig. Bis zum letzten Moment wussten die israelischen Generäle nicht, welche Waffen die Hizbullah besitzt. Vielmehr war Hizbullah in der Lage, die israelischen Militärbewegungen vorherzusehen und sich auf diese vorzubereiten.

Auch der israelische Versuch, bis zum Litani-Fluss vorzurücken, um beim Waffenstillstand von einer besseren Position aus zu verhandeln, scheiterte kläglich. Nur im Osten, wo der Litani maximal zehn Kilometer von der Grenze entfernt ist, meldeten die israelischen Generäle stolz „Erfolge“, nachdem die israelische Armee die gefangen genommene Garnison der libanesischen Armee von Marj 'Ayun als menschliche Schutzschilde benutzte.

Ein deutlicher Hinweis auf das militärische Scheitern der israelischen Armee sind die Opferzahlen: über Tausend tote Libanesen, davon die Mehrheit Zivilisten, insbesondere Frauen und Kinder. Israel gab etwa 150 Tote zu, darunter über hundert Soldaten. Das militärische Unentschieden beim Waffenstillstand gilt als Sieg der Hizbullah-Guerilla. Das abschreckende Bild der israelischen Armee ist somit gefallen. Das wird allen Widerstandsorganisationen der Welt Rückenwind geben.

Politische Bilanz

Die übermäßige Reaktion Israels auf die Gefangennahme der Soldaten deuten auf ein politisches Interesse, die Konfrontation auf regionaler Ebene auszuweiten. Eine Vernichtung der Hizbullah und schließlich die Stationierung von NATO-Truppen im Libanon würden den US-amerikanischen Interessen entgegen kommen, um die wichtigsten Verbündeten Irans in der Region zu eliminieren und gleichzeitig Syrien in Schach zu halten. Dafür brauchten die USA den militärischen Erfolg der israelischen Streitkräfte, bevor die NATO-Truppen als Friedenstruppen im Libanon landen. Das erklärt die von den USA verursachte Verzögerung der UNO, einen Waffenstillstand zu fordern. Für die EU wäre ein Einsatz im Libanon „als Friedenstruppe“ die Möglichkeit, ohne bedeutende Opposition im Inland an den amerikanischen Kriegsplänen im Nahen Osten teilzunehmen. Die schnelle Zusage Deutschlands, Frankreichs und Italiens, sich an „Friedenstruppen“ zu beteiligen, ist ein Zeichen dafür. Europa schleicht sich durch die Hintertür in die Region ein. Israel hat das grüne Licht des Westens für eine ausgeweitete Aktion erhalten. Eine Schwächung der Hizbullah bedeutete gleichzeitig eine Stärkung des 14.-März-Blocks.

Der Widerstand der Hizbullah, die Unterstützung der Bevölkerung und die Position vom Präsident Emil Lahud und der wichtigsten Figuren der libanesischen Politik machte es der Regierung Sinioras unmöglich, einen Schritt gegen den Widerstand zu wagen. Die Regierung Siniora musste sich an die nationale Einheit halten. Eine offene Position gegen den Widerstand hätte den politischen Selbstmord für jede libanesische Kraft bedeutet. So büßte z.B. der sich in Saudi Arabien aufhaltende Hariri junior an Popularität und Respekt bei der Bevölkerung ein.

Der erfolgreiche Widerstand der Hizbullah und ihr politisch-militärisches Überleben bedeutet das Scheitern des gesamten Plans. Der Zeitraum zwischen der Verabschiedung der UNO-Resolution 1701 und dem

tatsächlichen Eintritt der Waffenruhe war dafür gedacht, dass Israel möglichst viel Land unter Kontrolle bringt, also wie es hieß, bis zum Litani-Fluss gelangen sollte. Auch geografisch war Israel nicht in der Lage, ein Gebiet zu halten, in dem irgendwelche Truppen ohne das Zugeständnis der libanesischen Regierung stationiert werden können.

Die UNO-Resolution 1701 ist ein Versuch der USA und ihren Verbündeten, das Gesicht Israels zu wahren und das unvollendete Werk der israelischen Armee zu ergänzen. Die Resolution verurteilt indirekt die Hizbullah und macht diese für die vielen Opfer verantwortlich, ohne die israelische Massaker an der Zivilbevölkerung (und sogar an UNO-Soldaten) zu erwähnen.

Die Resolution erwähnt auch mit keinem Wort die von Israel verhängte Blockade über den Libanon, die völkerrechtlich schlicht ein Akt der Piraterie ist. Auch die seit dreißig Jahren andauernden Verletzungen des libanesischen Luftraums werden nicht erwähnt. Jedoch betont die Resolution die Entwaffnung aller Milizen nach Resolution 1559. Der exekutive Paragraph 8 über den dauerhaften Waffenstillstand impliziert einen sofortigen Abzug der Hizbullah aus den Gebieten südlich des Litani-Flusses. Dies bedeutet, neben der Verletzung der libanesischen Souveränität, die Annahme der israelischen Forderungen durch den UNO-Sicherheitsrat sowie den Versuch, über die UNO das zu vollbringen, was die Israel militärisch nicht erreichen konnte.

Es ist zwar dem Widerstand zu verdanken, dass der die UNO-Truppen betreffende Teil nur in Zusammenarbeit und mit der Zustimmung der libanesischen Regierung zu implementieren ist, jedoch bedeutet dies den Versuch, die Frage des Widerstands und der Widerstandsbewaffnung wieder auf die libanesische Innenpolitik zu schieben und gibt den 14.-März-Kräften starken Rückenwind.

Der Sieg der Hizbullah wird heute in allen Bevölkerungsteilen gefeiert, und nicht nur von den Südlibanesen, die mit Hizbullah-Fahnen in ihre Dör-

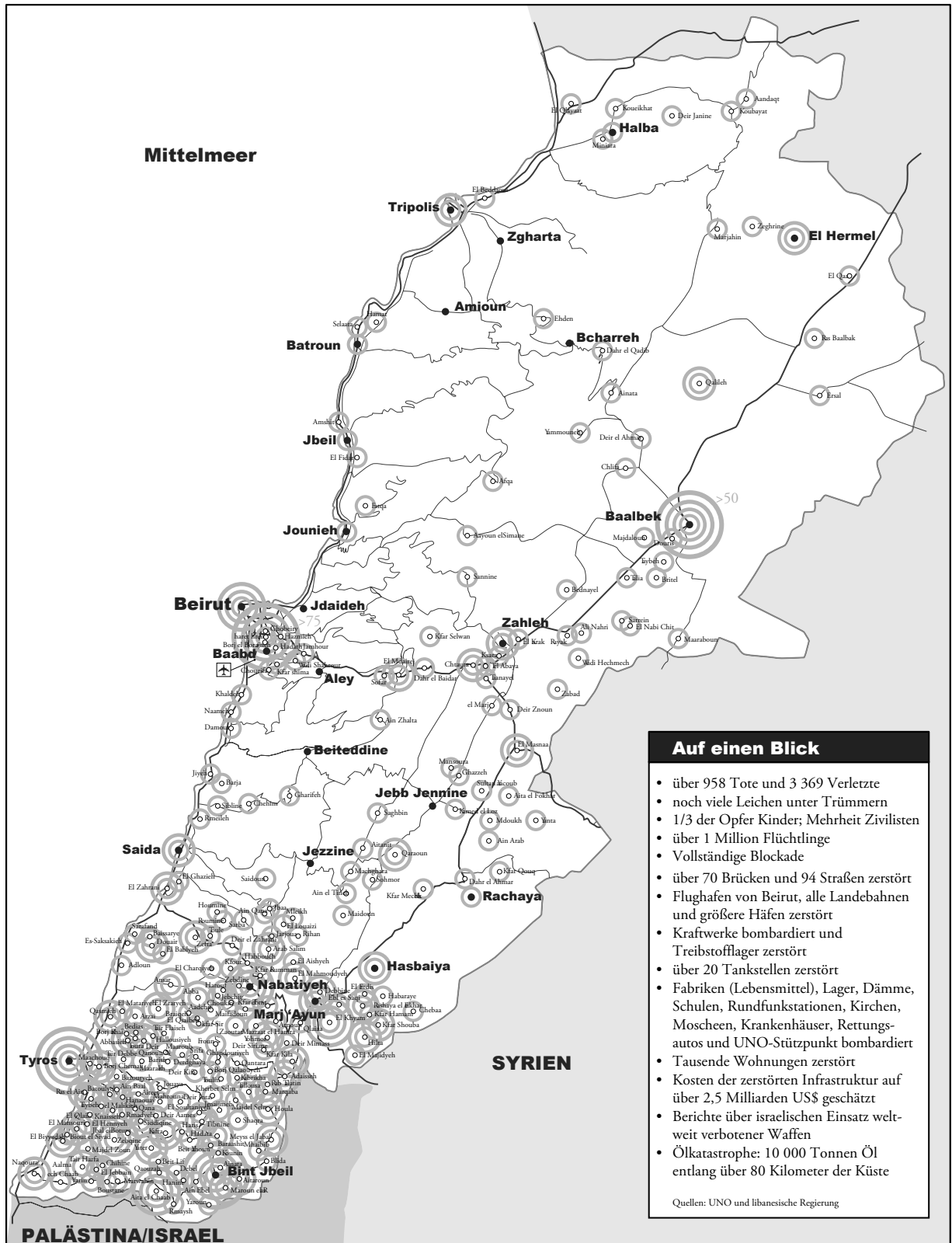
fer zurückkehren. Im Moment gibt es im Libanon keine politische Kraft, die in der Lage wäre, von der Entwaffnung der Hizbullah zu reden. Ein Abzug der Hizbullah nördlich vom Litani würde das Ende des Widerstands im Südlibanon bedeuten und der Hizbullah die Legitimität ihrer Bewaffnung entziehen, besonders wenn sich die Miliz fern von ihrer Basis im Süden positioniert und in mehr Reibung mit dem libanesischen Staat und anderen Bevölkerungsteilen geraten würde. Der Sieg der Hizbullah würde in diesem Fall seinen Wert verlieren, und die heldenhaft verteidigten Grenzdörfer wären ohne Kampf gefallen. Es ist zu bezweifeln, dass diese Punkte von der Hizbullah akzeptiert werden. Die Drohungen des israelischen Premier Ehud Olmert, die Führer der Hizbullah „immer und überall zu verfolgen“, würden eine Entwaffnung der Miliz nicht nur zum politischen Selbstmord machen, sondern de facto zu einem physischen.

Die Hizbullah hat einen ersten Sieg über die israelische Militärgewalt errungen. Jedoch muss dieser Sieg des Volkswiderstandes verteidigt werden. Der Waffenstillstand ist brüchig und die 14.-März-Kräfte lauern, nachdem sie durch die UNO-Resolution Rückenwind gewonnen haben. Der Kampf wird nunmehr im Libanon vor allem politisch geführt, um den Widerstand zu verteidigen, der als einziger in der Lage war, das Land zu verteidigen. International gilt es für alle fortschrittliche Kräfte, das Recht auf Widerstand zu verteidigen, gegen jede Beteiligung der jeweiligen Länder an einer UNO-Truppe zu protestieren, und dem Widerstand beim Wiederaufbau des Libanons zu helfen.

Mohammed Abourous

17. August 2006

Mohammed Abourous ist Vorsitzender des *Arabischen Palästina-Clubs* in Wien.



Auf einen Blick

- über 958 Tote und 3 369 Verletzte
- noch viele Leichen unter Trümmern
- 1/3 der Opfer Kinder; Mehrheit Zivilisten
- über 1 Million Flüchtlinge
- Vollständige Blockade
- über 70 Brücken und 94 Straßen zerstört
- Flughafen von Beirut, alle Landbahnen und größere Häfen zerstört
- Kraftwerke bombardiert und Treibstofflager zerstört
- über 20 Tankstellen zerstört
- Fabriken (Lebensmittel), Lager, Dämme, Schulen, Rundfunkstationen, Kirchen, Moscheen, Krankenhäuser, Rettungsautos und UNO-Stützpunkt bombardiert
- Tausende Wohnungen zerstört
- Kosten der zerstörten Infrastruktur auf über 2,5 Milliarden US\$ geschätzt
- Berichte über israelischen Einsatz weltweiter verbotener Waffen
- Ölkatastrophe: 10 000 Tonnen Öl entlang über 80 Kilometer der Küste

Quellen: UNO und libanesishe Regierung

Israels Angriff auf den Libanon

Karte der bombardierten Orte

- Großstadt
- Kleinstadt
- Autobahn
- Straße



12. Juli – 6. August 2006

Quellen: Samidoun, libanonupdates.blogspot.com, www.tzyar.org

Imperiale Offensive zur Neuordnung des Nahen Ostens

Israels Aggressionen und die Rolle der USA

Die vergangenen beiden Monate haben den Nahen Osten in eine der größten Krisen seit Jahren verwickelt: Israels militärische Aggression gegen die palästinensischen Gebiete sowie vor allem der darauf folgende Angriffskrieg gegen den Libanon haben nicht nur unsägliches Leid über die Zivilbevölkerung in den betroffenen Gebieten gebracht, sondern auch die politische Anspannung in höchsten Kreisen der Weltpolitik sichtbar gemacht. Es geht offenkundig darum, die Neuordnung des Nahen Ostens nach US-imperialen Wünschen in einer großangelegten Offensive weiter voranzutreiben.

Aggression gegen Palästina

Die Entführung eines israelischen Soldaten im Juni durch Kräfte des palästinensischen Volkswiderstandes diente der israelischen Regierung als willkommenen Vorwand um in den palästinensischen Gebieten, vor allem im Gazastreifen, eine massive Militäroperation zu starten, der Dutzende von Zivilisten zum Opfer fielen und die verheerenden Zerstörungen an der Infrastruktur

mit sich brachte. Das Leben im Gazastreifen wurde durch diese Operation praktisch unmöglich gemacht: Die Versorgung mit Wasser, Strom, Lebensmitteln und Medikamente ist äußerst prekär, wenn nicht überhaupt unterbunden.

Die Zerstörung der Infrastruktur dient ganz offensichtlich dem zynischen Ziel, der Bevölkerung die physische Lebensgrundlage zu entziehen und sie dadurch mürbe zu machen. Dies stellt eine Teilstrategie zur Erreichung des Hauptzieles dar, das zweifellos darin liegt, die Hamas außer Gefecht zu setzen, einerseits indem ihr politischer Boden der Unterstützung durch die Bevölkerung entzogen werden, andererseits indem ihre politischen und militärischen Führer physisch liquidiert und ihre Infrastruktur vollkommen zerstört werden soll. Kalkül der israelischen Regierung ist, dass sich die palästinensische Bevölkerung durch diesen tagtäglichen Terror wieder einem politischen Subjekt zuwendet, das bereit ist, den Widerstand aufzugeben und sich den politischen

Bedingungen Israels unterzuordnen. Diese Linie wird deutlich von Mahmud Abbas und seiner Partei, der Fatah, verkörpert.

Der Westen geschlossen gegen die Palästinenser

Bereits die Vorgeschichte zur jüngsten Aggression gegen das palästinensische Volk zeigt eine Verschiebung vor allem der europäischen Politik, die in höchstem Maße Besorgnis erregend ist. Über Jahre hinweg wurden vom Westen demokratische Wahlen in Palästina gefordert, mit dem Argument, nur mit einem „demokratisch legitimierten“ Verhandlungspartner käme eine Verhandlungslösung in Frage. Nun sind die Parlamentswahlen vom Januar 2006 auch nach Meinung westlicher Beobachter mit Sicherheit demokratische Wahlen gewesen, soweit dies unter Bedingungen militärischer Besatzung überhaupt möglich ist. Das Ergebnis, der Wahlsieg der Hamas, drückt den politischen Willen des palästinensischen Volkes aus, sich durch jene politische Kraft vertreten zu sehen,



die den Widerstand aufrecht erhalten will. Da dieses Wahlresultat dem Westen und auch der EU politisch nicht genehm ist, wird der eigenen jahrelangen Forderung nicht Genüge getan, das Wahlergebnis nicht anerkannt und die palästinensische Bevölkerung durch Vorenthaltung versprochener Finanzmittel bestraft.

Diese höchst zynische Haltung der EU zeigt ihre zunehmende politische Unterordnung unter die USA – eine Haltung, die während der Militäroffensive im Gazastreifen und zuletzt im Krieg gegen den Libanon noch deutlicher wurde. Eine wesentliche Rolle spielen dabei auch die westlichen Medien, die immer weniger darum bemüht sind, die Ereignisse in ihrem Zusammenhang und ihrer Gesamtheit darzustellen. Während jahrelang die palästinensische Strategie in ihrem verzweifelten Widerstandskampf israelische Zivilisten anzugreifen, angeprangert wurde, hat der gelungene Versuch, den israelischen Streitkräften direkt einen Schlag zu versetzen, einen noch lautereren Schrei der Empörung in den westlichen Medien hervorgerufen. Einzig besorgt um das Leben des israelischen Soldaten, wurde kaum bis gar nicht erwähnt, dass tausende von Palästinenserinnen und Palästinensern, unter ihnen zahlreiche Jugendliche, in israelischen Gefängnissen sitzen, viele von ihnen ohne Anklage oder Verurteilung.

Gegen den demokratischen Volkswillen auch im Libanon

Auch die Hizbullah hatte ihre Gründe, als sie die beiden israelischen Soldaten gefangen nahm. Einerseits ist die Besatzung des Libanons durch die israelische Armee nach wie vor nicht vollständig beendet, andererseits findet an der Grenze zwischen Libanon und Israel seit dem Abzug der israelischen Truppen im Jahr 2000 ein ständiger Kleinkrieg statt, in dem die Hizbullah die schiitische Bevölkerung gegen israelische Angriffe verteidigt.

Auch hier nahm Israel die zugefügte Demütigung zum Anlass um mit dem Störenfried Schluss zu machen und den Libanon ein für alle mal in die gewünschte Architektur befriede-

ter und untergeordneter Regime im Nahen Osten einzufügen. Das Mittel sind auch hier massive Zerstörungen der gesamten Infrastruktur des Landes, hunderte von Toten und Tausende von Verletzten und vor allem die Vertreibung fast der gesamten Zivilbevölkerung aus dem Südlibanon.

Dennoch ist es nach einigen Wochen des Krieges offensichtlich, dass es Israel nicht gelingen wird die Hizbullah zu zerstören, weder physisch noch politisch. Zu stark sind ihre Wurzeln unter den Schiiten des Libanon und zu sehr stehen auch die anderen Bevölkerungsteile hinter dem Widerstand gegen den israelischen Krieg.¹

Deutlicher als bei der israelischen Aggression im Gazastreifen zeigt sich im Libanonkrieg die US-Politik als Drahtzieher bzw. Nutznießer der Vorgänge. Deutlicher als im Gazastreifen greift die US-Diplomatie ein, gibt der israelischen Regierung grünes Licht für die Fortsetzung ihres Zerstörungswerkes, Verhindert die Verurteilung der israelischen Offensive durch die UNO und die so genannte internationale Gemeinschaft, boykottiert jeden Schritt in Richtung Waffenstillstand und übt Druck aus, um die Sympathien der Bevölkerung im Westen einzig und allein hinter Israel zu vereinigen. So offensichtlich sind die Interessen der US-Regierung, dass selbst die Hizbullah sich bemüßigt fühlt, davon zu sprechen, dass Israel durch die USA vor sich her getrieben, wenn nicht gar benützt würde.²

Das mag übertrieben sein, dennoch ist deutlich, dass die USA den Krieg nützen möchten um ihr imperiales Projekt im Nahen Osten voranzutreiben. Dabei erweist sich die Neutralisierung der Hizbullah nur als ein kleiner Baustein auf dem Weg zur Niederringung größerer Feinde, nämlich Syrien und Iran. US-Außenministerin Rice wird nicht müde, auf die Verantwortung Syriens und des Iran hinzuweisen und die Hizbullah als Handlangerin der beiden Länder darzustellen.

Dieser analytische Fehler – die Hizbullah ist eine authentisch gewachsene Widerstandsbewegung der schiitischen Bevölkerung des Libanon, mit tiefen Wurzeln und beträchtlicher

Eigenständigkeit gegenüber ihren syrischen und iranischen Verbündeten – mag der Kriegspropaganda geschuldet sein. Er weist aber darauf hin, dass sich das US-amerikanische Projekt nicht so leicht umsetzen lassen wird, im Gegenteil Gefahr läuft, neben dem Irak und Palästina einen weiteren offenen Widerstandsherd im Libanon zu schaffen. Ein "regime change" in Syrien, der wahrscheinlich relativ leicht zu bewerkstelligen wäre, würde das Risiko einer Machtübernahme islamischer Kräfte in sich bergen. Während ein Regimewechsel im Iran sich derzeit nicht so einfach darstellt, würde ein richtig gehender Krieg diese Weltregion tatsächlich in einen Brandherd verwandeln und einen möglicherweise unkontrollierbaren Flächenbrand auslösen. Daher setzen die USA weiterhin auf eine Taktik der enger werdenden Belagerung der beiden „Schurkenstaaten“ – die Lücke des Libanon im Belagerungsring versuchen sie derzeit zu schließen.

Hizbullah – Hoffnung für die geknechteten arabischen Massen

Um den Preis einer humanitären Katastrophe unter der libanesischen Zivilbevölkerung bedeutet der anhaltende Widerstand der Hizbullah jedoch für das politische Erleben der arabischen Massen einen Hoffnungsschimmer. Wenn mit jedem Tag deutlicher wird, dass die westliche Propaganda von einem schnellen Ausräumen der Widerstandsnester nichts mit der Realität zu tun, im Gegenteil, die israelische Armee schwere Verluste hinnehmen muss, so heißt das für die unterdrückten arabischen Völker ihren eigenen Kampf wieder ein Stückchen aufflammen zu sehen.³ Der Angriffskrieg Israels verstärkt die Frontstellung der arabischen Völker gegenüber Israel und die USA, er zerstört die lang gehegte Illusion in eine möglicherweise freundlicher gesinnte Haltung der EU und stachelt ihren Widerstandsgestirb an. Anstatt die Region zu befrieden, erhöht die Kriegspolitik der USA und Israels die mancherorts offenen, immer mehr jedoch auch latente Bereitschaft, den Kampf gegen den Wes-

ten aufzunehmen.

Geschlossen westliche Front in Unterstützung Israels

Wie bereits in Palästina sichtbar, stellt die Haltung der EU zum Krieg Israels gegen den Libanon ihre vollkommene Unterordnung unter die USA außer Zweifel. Kaum vorstellbar scheint es, dass noch vor wenigen Jahren die europäischen Staaten eine eigene Politik im Nahen Osten verfolgten, die den imperialen Interessen der USA zuweilen auch zuwider lief.

Deutlich wird aber auch eine Verschiebung der Wahrnehmung unter der Bevölkerung der westlichen Staaten. Während die humanitäre Katastrophe beklagt, die Unverhältnismäßigkeit Israels angeprangert und insgesamt der Krieg verurteilt wird, gibt es dennoch eine wachsende Zustimmung zur vermeintlichen Unantastbarkeit Israels, die von den Medien, der Regierungspolitik und der intensiven Intervention Israel untergeordneter Kulturinstitutionen immer stärker gefordert wird. Die Keule des Antisemitismus – marginal noch zu Zeiten des israelischen Angriffs auf den Libanon in den 1980er Jahren –

hat inzwischen vor allem in den Mittelschichten Massenwirksamkeit und steht einer dringend notwendigen Solidarisierung mit dem arabischen Widerstand grundsätzlich im Wege. Während noch vor einigen Jahren in der öffentlichen Meinung ein klares Verständnis darüber herrschte, dass die Nazi-Verbrechen an den Juden bedingungslos zu verurteilen sind, dies allerdings nichts mit der Beurteilung der aktuellen Politik des israelischen Staates zu tun habe, im Gegenteil, wer damals Verfolgte verteidigte, das auch heute wieder tun müsse – so hat die Erpressung der öffentlichen Meinung durch den Antisemitismus-Vorwurf heute immer größeren Erfolg.

Eine Veränderung dieses Stimmungsbildes im Westen mag durch die Bombardierung des UN-Beobachterpostens der israelischen Armee in Gang gekommen sein, welche die Herrenmenschen-Arroganz der israelischen Unantastbarkeit zum Greifen deutlich gemacht hat.

Während also eine unmittelbare Durchsetzung der imperialen Pläne im Nahen Osten dank des Widerstandes der arabischen Massen derzeit unwahrscheinlich scheint, so zeichnet sich

dennoch Besorgnis erregend ab, dass die Frontstellung des Westens gegen die arabischen und islamischen Massen immer unnachgiebiger und vor allem immer geschlossener wird und dass es den westlichen Regierungen zunehmend gelingen könnte, ihre Bevölkerungen mit in das Boot des Terrorkrieges, des Kampfes der Kulturen zu holen.

Hier liegt eine der Hauptaufgaben der antiimperialistischen und Solidaritätsbewegungen im Westen: Dieser Tendenz Einhalt zu gebieten, den drohenden Konsens mit der US-amerikanischen Terrorpolitik zu durchbrechen und im Gegenteil eine Solidarisierung mit den legitimen Widerstandsbestrebungen der arabischen Völker zu erreichen.

*Margarethe Berger
31. Juli 2006*

Margarethe Berger ist Mitglied der Intifada-Redaktion.

- 1 siehe ausführlicher zur Analyse der Vorgänge im Libanon die Resolution der Antiimperialistischen Koordination auf Seite 16.
- 2 siehe Interview in *Die Presse* vom 28. Juli 2006.
- 3 siehe dazu die Auszüge aus der Erklärung der PFLP auf Seite 26.



Wie die USA an der Welt, so überhebt sich Israel an der Hizbullah

Zwischenbilanz nach einem Monat Krieg gegen den Libanon

Als Israel am 12. Juli 2006 seine Kriegsmaschinerie gegen den Libanon in Gang setzte, versprach man der Welt, dass alles in kurzer Zeit vorbei sein werde. Einige Tage, maximal ein bis zwei Wochen, würde man benötigen, um die Terroristen von der Hizbullah zu vernichten.

Schon damals warnten wir davor, dass diese neuerliche Aggression zu einem langen, sich über Monate und vielleicht Jahre ziehenden Krieg werden könnte. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels, also knapp einen Monat nach Kriegsbeginn, wird immer klarer, dass Israel sein Kriegsziel noch in keiner Weise erreicht hat und daher seinen Einsatz steigern wird müssen.

Die Frage ist, ob das israelische Regime selbst an den schnellen Sieg glaubte. Einiges deutet darauf hin. Bekanntlich zeichnen die amerikanischen Neokonservativen, die gleichzeitig alle glühende Zionisten sind, als Architekten des präventiven Offensivkrieges verantwortlich. In ihrer Anmaßung von Allmacht wollen sie politische Hegemonie durch Einsatz überlegender militärischer Macht herstellen. Dazu forcieren sie ihre „Revolution der Kriegstechnik“, die alles auf die Luftwaffe setzt. Es kann davon ausgegangen werden, dass ihr dominierender Einfluss auf das US-Regime auch erheblichen Einfluss auf ihren Zwilingsbruder in Israel ausübt.

Nicht nur die Schwierigkeiten, welche die USA mit dem Widerstand im Irak haben, sondern auch der afghanische Widerstand und nun auch der libanesischen, zeigen deutlich, dass der Luftkrieg, von den angelsächsischen Medien euphemistisch „air campaign“ genannt, allein nicht zum Ziel führt. Die Misserfolge haben die Offensivtheoretiker daher gerade auch im Militärapparat ordentlich in die Defen-

sive gebracht.

Es kann sich bei der Verkündung eines schnellen Sieges aber auch um einfache Prahlerei und Propaganda, wie sie jeden Krieg begleitet, gehandelt haben. Wie dem auch sei, mittlerweile ist klar, dass Israel mit Bodentruppen zumindest bis zum Litani-Fluss im Südlibanon vorstoßen wird. Die Logik des Krieges kann aber durchaus dazu führen, dass sie den abermals gegen Beirut vordringen werden müssen.

Erfolgreiche Verteidigung der Hizbullah

Die westlichen Medien, die sich bekanntlich nicht durch eine Israel-kritische Haltung auszeichnen, räumen durchgängig ein, dass sich die Hizbullah zur standhaften Verteidigung als fähig erwiesen hat.

Dabei spielt der Raketenbeschuss entgegen der öffentlichen Wahrnehmung keine wesentliche militärische Rolle. Dennoch hat er für beide Seiten einen hohen propagandistischen Wert. Für Israel fungieren die Katjuschas als Legitimation des Krieges und gleichzeitig als Messlatte des Erfolges, insofern das Regime seiner Bevölkerung versprochen hat, diesen Beschuss zu unterbinden. Für die Hizbullah und die arabische Seite im Allgemeinen gelten die Raketen als Vergeltung für das permanente Massaker in Palästina, das aufgrund der Disproportionalität der Kräfte ungesühnt bleiben würde. In diesem Krieg gelten die Raketen aber auch als Lebenszeichen der Hizbullah. Sollten sie verstummen, so wird dies wohl als Anfang vom Ende der Hizbullah ausgelegt werden.

Wesentlich ist hingegen, dass die Hizbullah jeden einzelnen Ort, jeden einzelnen strategischen Punkt im umkämpften Gebiet in heftigen und für beide Seiten oft verlustreichen Gefechten verteidigt. Das geht

im Übrigen weit über eine klassische Guerillastrategie hinaus, die ja keine territoriale Verteidigung kennt, sondern von Überraschungsangriffen und schnellem Rückzug lebt. Die Hizbullah kombiniert beides. So ist der israelische Vormarsch äußerst zäh und langsam. Und selbst in bereits als eingenommen geltenden Orten wurden Hinterhalte vorbereitet, die den Besatzern hinter der Front Probleme machen und Kräfte binden.

Es ist kaum abzusehen, ob – und wenn ja, wann – die israelische Armee die Zone südlich des Litani-Flusses unter ihre Kontrolle bringen wird können. So wie es scheint konnte bis jetzt nur ein Bruchteil des Territoriums in Beschlag genommen werden.

Andererseits dürfen von der Hizbullah keine Wunder erwartet werden. So gut sie verteilt, versteckt und eingegraben sein mag, die permanenten Bombardements der israelischen Luftwaffe können nicht anders als nach und nach Wirkung zeitigen. Obwohl sich die Topographie des umkämpften Gebietes durchaus für den Guerillakrieg eignet, handelt es sich doch um ein kleines Territorium, unvergleichlich mit dem Irak, geschweige denn mit dem riesigen Afghanistan. Des Weiteren zielen die israelischen Luftangriffe darauf ab, die Zivilbevölkerung zu vertreiben und damit der Hizbullah das Wasser, in dem sie schwimmt, die Unterstützung aus dem Volk, abzugraben. Drittens kann angenommen werden, dass der Nachschub sowohl an Waffen als auch an Lebensmitteln und medizinischer Versorgung zunehmend schwierig wird.

Früher oder später wird die Hizbullah die befestigten Positionen in den Städten und Orten aufgeben und zur mobilen Guerillataktik übergehen müssen. Die Partisanen werden über kurz oder lang gezwungen sein, die

territoriale Kontrolle dem überlegenen Feind zu übergeben.

Das bedeutet jedoch nicht notwendigerweise die Niederlage der Hizbullah. Je länger sie die Invasoren aufhält, sie bindet, ihnen Verluste zufügt, desto mehr kann sie ihr Prestige verteidigen und sogar noch heben. Der Zulauf neuer Rekruten wird so gesichert. Daneben verfügt sie noch über Positionen unmittelbar nördlich des Litani, in Beirut und in der Bekaa. Je mehr Territorium die Besatzer sichern müssen, je weiter sie ihre Kräfte ausstrecken müssen, umso mehr werden sie für die Guerilla verwundbar, wie dies bereits vor dem israelischen Abzug 2000 der Fall war.

Entscheidend ist nicht, wie viel Territorium Israel besetzen kann. Die Zionisten selbst wissen übrigens sehr gut, welche Probleme das mit sich bringt und werden wohl versuchen, das besetzte Gebiet so klein als möglich zu halten. In Afghanistan und selbst im Irak zielen die Besatzer auch nicht mehr auf die Kontrolle des gesamten Gebiets ab. Letztendlich geht es darum, ob die Hizbullah als politisch-militärische Organisation in der Substanz erhalten bleibt, den Kampf weiterführen und den Besatzern das Leben schwer machen kann. Die Chancen dazu sind zumindest gegeben.

Auch wenn heute niemand davon sprechen will, in letzter Konsequenz kann Israel sein Kriegsziel, die Vernichtung oder zumindest substanzielle Schwächung der Hizbullah, nur errei-

chen, wenn seine Truppen bis nach Beirut vordringen. Die damit verbundenen Schwierigkeiten sind aber überwältigend, so dass dies nicht anders als als abenteuerlich eingestuft werden kann. Nicht nur, dass das historische Vorbild als gescheitert betrachtet werden muss. Heute sind die Bedingungen dafür noch ungünstiger. Eine sich in die Länge ziehende Aggression gegen den Libanon würde den Widerstand nicht nur im Libanon entfachen. Die ganze, von schwelenden Konflikten zerrissene Region könnte in Brand gesteckt werden.

Internationale Truppen

Israel fordert ultimativ von seinen westlichen Verbündeten Truppen in den Südlibanon zu entsenden und damit die zionistische Besatzung abzulösen. Das stellt für Tel Aviv die Bedingung für einen Waffenstillstand dar.

Wenn die westlichen Regierungen davon sprechen, dass eine Einigung in Sicht sei, so sind das nichts als billige Lügen zur Beruhigung der Öffentlichkeit. Von einer Einigung kann keine Rede sein. Im Gegenteil, die Differenzen sind dank der Stärke des libanesischen Widerstands größer als je zuvor.

Die USA selbst haben es angesichts ihres Mehrfrontenkrieges abgelehnt für Israel die Kartoffeln aus dem Feuer zu holen. Frankreich – mit seiner Scheinopposition zu den USA und als ehemalige Kolonialmacht des Libanon – wird von Washington diese

Rolle zugebracht. Doch noch weniger als die USA ist Frankreich bereit Israel in einem Krieg zu Hilfe zu eilen, denn es nur schwer gewinnen kann.

Daher fordert Frankreich und andere eventuell beteiligte Mächte zuerst einen Waffenstillstand und dann erst die Entsendung der Truppe. So wollen sie verhindern mit der Hizbullah zusammenzustoßen. Sie wären also bereit einen von Israel mit Gewalt hergestellten *fait accompli* zu sichern, aber nicht ihn selbst mittels Fortsetzung des Krieges herzustellen.

Hinzu kommt der innerlibanesischer Faktor. Die prowestlichen Kräfte um die Siniora-Regierung können nicht anderes, als sich die Verteidigung der Nation auf ihre Fahnen zu schreiben. Solange die israelische Aggression andauert, sind sie von der Hizbullah abhängig. Solange die Hizbullah wiederum den Widerstand erfolgreich aufrechterhält, steigt ihr politisches Gewicht anstatt zu sinken, wie es Israel und der Westen wünschen. Eine diplomatische Lösung unter Einbindung des libanesischen Establishments liegt also in weiter Ferne.

Die Frage wird letztlich am Schlachtfeld entschieden. Und alles was nicht ein expliziter Sieg Israels ist, gereicht der Hizbullah zum Erfolg.

Die Antiimperialisten stehen nicht nur vorbehaltlos auf der Seite der Hizbullah und lehnen jede Entwaffnung ab. Sie müssen sich auch klar gegen jede internationale Truppe aussprechen, die letztlich – in mehr oder weniger offener Form – den Interessen Israels dient. Nur die Mobilisierung des libanesischen Volkes, die Volksbewaffnung, kann die nationale Souveränität sichern. Die Hizbullah ist Ausdruck davon.

Willi Langthaler
8. August 2006

Willi Langthaler ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.



Stoppt den israelischen Terrorkrieg!

Erklärung der Antiimperialistischen Koordination zum Krieg im Libanon

Mit Rückendeckung der USA bombardiert Israel systematisch eines jener Länder im Nahen Osten, das zumindest ansatzweise demokratische Strukturen aufgebaut hatte, und zielt dabei ungehemmt auf Zivilbevölkerung und Infrastruktur. Die demokratischen Strukturen gehen nicht zuletzt auf den Volkswiderstand, der von Hizbullah geführt und verkörpert wird, zurück, der eine Befreiung von der zionistischen Besatzung und der imperialistischen Vorherrschaft ermöglichte.

Israel hatte im Libanon die bislang erschütterteste Niederlage erfahren und wurde gezwungen seine Besatzungstruppen zurückzuziehen. Das Ergebnis von 25 Jahren Krieg war, das Land und besonders den Süden einer siegreichen antiimperialistischen Volksbewegung überlassen zu müssen, deren Basis zwar die armen schiitischen Massen sind, die aber auch von anderen konfessionellen Gruppen und der Mittelklasse unterstützt wird. Israel konnte diese Schmach niemals überwinden.

Mit dem aggressiven US-amerikanischen imperialen Feldzug einherge-

hend, versucht Israel Rache zu üben, mit dem erklärten Ziel Hizbullah zu zerschlagen. Aber wie wir im Irak sehen können, ist es mehr als fragwürdig, ob dieser totale Aggressionskrieg sein Ziel erreichen wird. Es ist im Gegenteil durchaus möglich, dass sich mittelfristig herausstellt, dass der Schuss nach hinten los ging und ein weiteres Element zur Schwächung des Amerikanischen Imperiums geschaffen hat.

Die erste Phase des Krieges ist klar definiert: Es geht um die Zerstörung der gesamten Infrastruktur und um die Terrorisierung der Zivilbevölkerung, allen voran der armen schiitischen Basis der Hizbullah. Jeder, der die Bilder der systematisch dem Erdboden gleichgemachten südlichen Vorstädte von Beirut gesehen hat, bekommt eine Vorstellung davon, wie Israel vor hat die Bevölkerung zu vertreiben, um den Boden für eine Invasion vorzubereiten. Diese zum Himmel schreienden Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung sind keine „Kollateralschäden“, sondern werden absichtlich durchgeführt um das soziale Umfeld, in dem Hizbullah aufgebaut wurde, zu zerstören.

Hizbullah kann noch weniger als eine reguläre Armee allein durch feige Luftkriegsführung zerschlagen werden. Die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak haben diese Lektion gelehrt. Wenn die israelische Armeeführung behauptet, sie habe die Hälfte der Operationskapazität der Hizbullah zerstört, so ist das eine einfache Propagandalüge. Es steht für Israel außer Zweifel – und die gleichgeschaltete Presse lässt es durchklingen – dass ein Bodenangriff unverzichtbar ist.

Daher wird die zweite, erst beginnende, Phase die Invasion sein, israelische Truppen mindestens bis zum Litani-Fluss vorrücken zu lassen. Der zionistische Einmarsch wird auf entschlossenen Widerstand treffen, der ihm schwere Verluste bescheren wird. Er wird Monate, nicht Wochen, in Anspruch nehmen. Und selbst wenn es Israel gelingt, diesen Teil des Südens wiederzubebesetzen, wird es in keinem Fall das erklärte Ziel dieses Krieges verwirklichen können, nämlich die Hizbullah zu zerschlagen.

Selbst wenn die Offensive am Litani zum Stehen kommt, so kommt das bereits einer halben Niederlage für Israel gleich. Es ist deshalb denkbar, dass die zionistische Generalität davon träumt weiter nach Norden vorzustoßen. Im Grunde wäre das die einzige Möglichkeit die Hizbullah zu zerschlagen, indem Israel bis Beirut vorrückt und im Bodenkrieg den Volkswiderstand zerschlägt. Genau darum versuchen sie dem Fisch das Wasser abzugraben und so viel wie möglich von der Basis der Hizbullah zu vertreiben. Doch wie der Kriegsverlauf nach knapp zwei Wochen zeigt, könnten die Kriegsträume zum Alptraum für den Zionismus werden.

Selbst der hartnäckigste Guerillawiderstand kann die Invasion der israelischen Armee nicht aufhalten, so-





lange sie Washingtons Segen hat. Aber in diesem asymmetrischen Krieg zwischen einer regulären Hightech-Armee, die de facto Teil der globalen US-amerikanischen Militärmaschinerie ist, und einer Volksguerilla, ist das zionistische Vorankommen am Boden kein Kriterium für Sieg oder Niederlage. Im Gegenteil, je weiter der Eroberer vordringt, desto mehr Territorium muss er sichern, was die militärischen Bedingungen für den Widerstand verbessert. Hizbullah kann sich nur wünschen die zionistische Armee in ein Kriegsszenario zu bringen, in dem sie ihre vorrangige Stärke – die Volksunterstützung und die Vertrautheit mit der Umgebung – nutzen kann, und wo sie Israel schon einmal besiegt hat. 2006 ist nicht 1982. Zum Unterschied von vor 25 Jahren, als das libanesische Volk seinen Widerstand von Grund auf aufbauen musste, kann Hizbullah heute den Besatzer mit einer starken irregulären Armee konfrontieren. Heute sind die Bedingungen für einen erfolgreichen Widerstand günstiger.

Wenn Israel so wie zunächst angekündigt bald abziehen wird, dann wird es den Libanon, ohne das erklärte Ziel

erreicht zu haben, verlassen, was einen großen Sieg für die Hizbullah bedeuten würde. Andererseits, wenn die israelischen Truppen länger blieben, würden sie einen neuen Brennpunkt von politisch-militärischem Widerstand gegen das US-Imperium zusätzlich zum Irak und zu Afghanistan schaffen. Die Geschichte zeigt, dass Israel nicht fähig ist politisch nochmals Jahre der Besatzung auszuhalten. Daher deuten alle Elemente darauf hin, dass sich die US-amerikanisch-zionistische Offensive als Eigentor erweisen könnte.

Je länger der Krieg andauert, desto mehr wird sich die öffentliche Meinung in der Welt und auch in Europa gegen Israel richten. Wie wir bereits beim Krieg gegen den Irak gesehen haben, kann das die US-amerikanisch-zionistische Maschine nicht stoppen, aber es erhöht die politischen Kosten für sie. Und es hilft eine anti-amerikanische Front aufzubauen, die stetig wächst, nicht nur unter den unterdrückten Völkern, sondern auch innerhalb Europas.

Während es heute innerhalb Israels einen überwältigenden Konsens für die Aggression gibt, werden wei-

tere Verluste und militärische Schwierigkeiten auch das Kräfteverhältnis innerhalb der israelischen Bevölkerung, das sich derzeit auf einen reaktionären, kolonialen Grundkonsens stützt, verändern, so wie es der Fall während der ersten Besetzung des Libanon gewesen ist.

Eine entscheidende Frage ist der Einfluss des Krieges auf die politische Landschaft im Libanon selbst. Die offenen pro-israelischen Kräfte sind definitiv in dem langen aus Bürgerkrieg und nationalem Befreiungskampf kombinierten Krieg besiegt worden. Das wird am besten durch die Kuriosität ausgedrückt, dass der Führer der pro-zionistischen maronitischen Rechten, General Aoun, bei den letzten Wahlen auf der Liste der Hizbullah kandidierte. Auch die pro-imperialistische antisyrische Koalition, welche nach der Ermordung des Premierministers Hariri 2005 entstanden war, war nur sehr kurzlebig. Es ist eine Sache die erstickende politisch-militärische syrische Präsenz loszuwerden, aber eine ganz andere eine dauernde pro-israelische Koalition aufzubauen.

Es ist klar, dass sowohl die maro-

nitische als auch die sunnitische Bourgeoisie eine Normalisierung anstreben, indem die Hizbullah entwaffnet und durch das politische System gezähmt wird. Trotz des Drucks durch den Imperialismus, der seinen Ausdruck auch in der UN-Resolution 1559 Ausdruck findet, in der die Entwaffnung der Hizbullah gefordert wird, kann keine Regierung es bislang wagen einen neuen Bürgerkrieg um diese Frage zu entzünden, den sie unausweichlich verlieren würde. Nun gibt es hierfür die direkte zionistische imperialistische Intervention um dieses Ziel zu erreichen.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Israel die Hizbullah „ausrotten“ kann, so wie sie es nennen, dennoch sind die libanesischen Massen ohne Zweifel kriegsmüde. Um den israelischen Massenterror zu stoppen, mag es den Eliten gelingen eine Koalition zu schaffen, die Hizbullah in einen Kompromiss zwingt, den diese schwer ablehnen kann. Auch ihre eigene Basis, die am schlimmsten unter der israelischen Aggression leidet, könnte für solch einen Kompromiss offen sein. Das könnte dazu führen, dass die Hizbullah aus dem Süden abzieht und die schwache libanesische Armee dort stationiert wird. Je länger die israelische Militärkampagne anhält ohne die gewünschten Resultate zu erzielen, desto mehr könnten die USA versuchen die Situation zu retten, indem sie zur Versendung so genannter multinationaler Truppen in den Süden aufrufen, um einen Waffenstillstand zu überwachen. Angesichts der überwältigenden zionistischen Militärmacht würde solch ein partieller Rückzug keiner Niederlage der Hizbullah gleichkommen, da sie weiterhin den Großteil ihrer militärischen Organisation aufrecht erhalten würde.

Volksbefreiungskrieg gegen das US-amerikanische Projekt „Greater Middle East“

Die jüngste zionistische Aggression gegen den Libanon muss als ein Element des US-amerikanischen Projekts „Greater Middle East“ verstanden werden. Dessen Grundlage ist es, die Region mit roher militärischer Ge-

walt zu unterwerfen, seien die Gegner „Schurkenstaaten“, Volksbewegungen oder militärische Widerstandsorganisationen. Tatsächlich ist dies das Kernelement der Errichtung des Amerikanischen Imperiums. Der permanente präventive Krieg basiert auf einer aggressiven offensiven Militärstrategie die sich immer mehr als Hybris entpuppt. Wir können bereits im Irak und in Afghanistan sehen, dass der USA in erster Linie politische Hegemonie fehlt um einen funktionierenden Marionettenstaat gemäß ihres Modells der „Export-Demokratie“ zu schaffen. Je mehr bewaffnete Aggressionen sie beginnen, desto mehr Volkswiderstand werden sie hervorrufen.

Schon jetzt hat die US-Regierung verstanden, dass die Hauptfiguren gegen ihre Herrschaft keine Staaten, sondern irreguläre bewaffnete Kräfte sein werden – von ihr „Terroristen“ genannt. Der Islam bietet die politische-kulturelle Plattform für den Widerstand, der von den breiten Massen unterstützt wird.

Die einzige Möglichkeit dem Zionismus und Imperialismus eine historische Niederlage beizubringen basiert auf der Unterstützung der Volksmassen. Aus der derzeitigen Kräftekonstellation ergibt sich, dass der politische Wille der Volksmassen derzeit vorwiegend von Organisationen und Bewegungen des politischen Islam vertreten wird. Der Spalt zwischen islamischen Kräften wie dem Netzwerk der Moslemischen Bruderschaft, das mit pro-imperialistischen Regimes kollaboriert, und radikalen islamischen antiimperialistischen Kräften auf der anderen Seite ist heute allerdings noch sehr groß. Bewegungen wie al-Qa'ida kombinieren ein ausschließlich militärisches Herangehen mit einem politisch-kulturellen engen Programm. Während ihr militärischer Radikalismus und ihre Standfestigkeit dazu führt, dass sie Volksunterstützung bekommen, stößt ihr sektiererisches Herangehen die Massen wieder in die Hände jener, die zur Kollaboration neigen. Im Irak beispielsweise ist die Vereinigung von Sunniten und Schiiten gegen die Besatzung notwendig, während al-Qa'ida die Kluft zwischen diesen ver-

größert.

Ein Volksbefreiungskrieg in der gesamten arabisch-islamischen Region müsste mit einer starken politisch-kulturellen Befreiungsfront einhergehen, welche die armen Klassen jenseits ihrer konfessionellen Identität auf nationaler Basis organisiert. Auf diese Weise könnte der Kern eines neuen Staatsapparates basierend auf den Volksmassen aufgebaut werden. Diesen Prozess voranzutreiben und zu führen ist die Aufgabe des revolutionären Antiimperialismus.

Unterstützung für Hizbullah und den libanesischen Volkswiderstand gegen die zionistische Aggression!

Unterstützung für den irakischen Widerstand zur Beendigung der US-Besatzung!

Unterstützung für die Hamas und den Widerstand des palästinensischen Volkes gegen den Zionismus!

Für einen demokratischen antiimperialistischen Staat in ganz Palästina!

Nein zum Krieg gegen Iran und Syrien!

*Antiimperialistische Koordination
22. Juli 2006*

Der Aufstieg der Hizbullah

Der aufgeschobene Befreiungskampf des Libanon

Die Geschichte des Libanon in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist vor allem eine Geschichte des aufgeschobenen antikolonialen Befreiungskampfes. Jener Prozess, der in anderen ehemaligen Kolonien in der Region wie Syrien, Irak oder Ägypten bereits in den 1940er und 1950er Jahren zum Sturz der prowestlichen Monarchien führte – das Streben der progressiven Bourgeoisie nach nationaler Souveränität und die Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung – konnte durch die Einbindung großer Teile des Bürgertums, von kleineren Zwischenfällen abgesehen, im Libanon bis 1975 verhindert werden.

Als das Land 1943 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen wurde, wurde nicht nur die Kolonialverfassung von 1926 – mit Ausnahme der Mandatsklauseln – beibehalten. Mit dem so genannten Nationalpakt wurde auch ein konfessionelles Proporzsystem festgeschrieben, dass den prowestlich eingestellten christlichen und sunnitischen Oberschichten die Herrschaft sicherte. Ein aufgeblähter Staatsapparat, der alle Konfessionen mit gut bezahlten Ämtern versorgte und eine boomende Wirtschaft, deren Profite über die Klientelsysteme der jeweiligen Konfessionen bis in die Mittelschichten hinabsickerten, sorgte für ein stabiles politisches System. Die Loyalität einer Konfession galt ihrer Elite und deren Loyalität dem Staat.

Der schlummernde Antagonismus: Die Schiiten

Dieses Bild perfekter Harmonie, wie es sich vor allem in den Städten bot, war jedoch von Anfang an trügerisch. Denn abseits des politischen und wirtschaftlichen Lebens wuchs ein potenziell antagonistisches Subjekt heran, welches das konfessionalistische System nicht zu integrieren vermochte: die Schiiten.

Im Gegensatz zu den Sunniten und Maroniten lebte die schiitische

Bevölkerung bis in die 1960er Jahre in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem Land und war somit von wirtschaftlichem Aufschwung und politischer Einflussnahme gleichermaßen ausgeschlossen. Zwar hatten auch sie ursprünglich ihren Teil am Konfessionsproporz abbekommen, doch hatten sie als die am stärksten wachsende Volksgruppe ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung von der letzten offiziellen Volkszählung 1932 bis ins Jahr 1983 auf 40 % verdoppelt und waren somit stark unterrepräsentiert. Hinzu kam, dass die Kluft zwischen der riesigen Masse der Armen und den wenigen reichen Großgrundbesitzern größer war als bei den anderen Volksgruppen, welche jeweils auch über einen breiten Mittelstand verfügten. Dies führte dazu, dass die politischen Ämter, die den Schiiten vorbehalten waren, nur innerhalb eines kleinen oligarchischen Kreises aufgeteilt wurden und so die Mehrheit überhaupt von jedweder Vertretung ausgeschlossen blieb. Auch der Aufstieg in die Bourgeoisie blieb ihnen in diesem System verwehrt, denn die alles entscheidenden Klientelverbände existierten für Schiiten nur auf dem Land, sodass sie es schwer hatten, in der Stadt Fuß zu fassen, wo sie auf sich alleine gestellt der ständigen Diskriminierung durch andere Konfessionen ausgesetzt waren.

Für die Schiiten stellte die konfessionelle Organisation der Gesellschaft daher vor allem eine konfessionelle Diskriminierung dar und es war nur eine Frage der Zeit, bis sie sich dagegen erheben und zu einem politischen Faktor werden würden.

Diese Zeit kam, wenn auch nur zögerlich, zu Beginn der 1960er Jahre. Die Krise der Landwirtschaft und später die israelischen Luftangriffe gegen PLO-Stellungen, trieben die schiitischen Massen in die Städte, vor allem nach Beirut, wo sie sich als ungelernete Arbeiter und Tagelöhner durchschlugen. Hierdurch wuchs zwar die Bereitschaft in offenen Konflikt mit dem System zu treten weiter an, doch gestaltete sich die Transformation in ein eigenständiges Subjekt aufgrund von mangelnder Bildung und einem erst ansatzweise entwickelten politischen Bewusstsein als schwierig.

Die libanesische Linke

Zu Beginn der 1970er Jahre hatte sich auch außerhalb der schiitischen Bevölkerung die gesellschaftliche Polarisierung des Landes stark zu Gunsten der Linken gewandelt. Immer wieder kam es zu sozialen Auseinandersetzungen und Studentenprotesten. Der soziale Konflikt, der jahrzehntelang vom libanesischen System erfolgreich unterdrückt worden war, brach nun



umso stärker auf. Die Linke, die in anderen arabischen Befreiungskämpfen oft vom panarabistisch ausgerichteten Bürgertum an die Wand gespielt worden war, wurde zur dominanten Kraft der Opposition. Als 1975 gemeinsam mit konservativ-muslimischen Kräften, die ein größeres Stück am Konfessionsproporz verlangten, das System selbst aber nicht antasten wollten, die Libanesische Nationalbewegung (LNM) gegründet wurde, stand diese unter der unangefochtenen Führung der Progressive Socialist Party (PSP) von Kamal Junblat, welcher der drusischen Religionsgemeinschaft angehörte.

Auch und vor allem auf die Schiiten übten die linken Parteien, ebenso wie der vom Südlibanon ausgehende Befreiungskampf der PLO eine gewaltige Anziehungskraft aus. Schon bald stellten sie in vielen dieser Parteien die Mehrheit der Mitglieder, doch die Parteieliten, die weiterhin in drusischer und sunnitischer Hand verblieben, erwiesen sich als unfähig, auf diese Chance angemessen zu reagieren. Zu sehr waren sie von ihrer Tradition her

mit dem drusischen, sunnitischen und teils auch christlichen Mittelstand verbunden, als dass sie in der Lage gewesen wären, das enorme revolutionäre Potenzial, das die schiitische Frage mit ihrer gewaltigen sozialen Sprengkraft in sich barg, zu erkennen und ihm einen politischen Ausdruck zu geben. Vor die Wahl gestellt, das Projekt der LNM maßgeblich auf die schiitische Frage auszurichten, d. h. den größten bestehenden gesellschaftlichen Antagonismus in den Mittelpunkt zu stellen oder mit den etablierten konservativ-muslimischen Kräften zusammenzuarbeiten, entschied sich die Linke für letzteres. Anstatt revolutionär ausformuliert zu werden, wurde die Diskriminierung der Schiiten mittels der Parole der gesamtmuslimischen Unterdrückung unter die reformistischen Forderungen der sunnitischen Eliten subsumiert. Dies schlug sich unter anderem darin nieder, dass sich in der LNM zunehmend die bürgerliche Forderung nach einer Reform des konfessionalistischen Systems gegen die Forderung nach seiner Zerschlagung durchsetzte.

Die PLO

Auch die PLO, die seit ihrer Vertreibung aus Jordanien 1970/71 verstärkt im Libanon präsent war, versagte aufgrund ihres politischen Opportunismus darin, das revolutionäre Potenzial der Schiiten zu organisieren.

Vor allem die Fatah hatte zwar von Anfang an erkannt, dass die arabischen Regimes nicht die treibende Kraft im Kampf um die Befreiung Palästinas darstellen können, hing aber trotzdem noch der Illusion an, dass eine friedliche Koexistenz mit ihnen möglich sei, obgleich diese Konzeption bereits in Jordanien zur Katastrophe geführt hatte.

Dementsprechend hatte auch die libanesische Revolution in ihren Überlegungen keine strategische Bedeutung. Im Gegenteil verpflichtete sie sich dem libanesischen Staat gegenüber sogar nicht in innerlibanesische Angelegenheiten einzumischen, wenn dieser sie dafür im Süden des Landes operieren ließe. Das Verhältnis der Palästinenser zu den Schiiten im Süden stand daher, trotz anfänglicher Sympathie, unter keinem guten



Stern. Nicht als Brüder waren sie in den Libanon gekommen, um gemeinsam gegen Israel und die reaktionären maronitischen Herrscher zu kämpfen, sondern sie hatten mit dem Staat einen Deal ausgehandelt, der gleich doppelt auf Kosten der Schiiten ging: Dafür, dass die PLO im Süden ihren Befreiungskampf gegen Israel führen durfte, unter dem aufgrund der Vergeltungsschläge vor allem die Zivilbevölkerung litt, verzichtete sie darauf, eben diese

Die Konkurrenz der Linken: Der Imam Musa al-Sadr

Im Gegensatz zur Linken hatten Teile des libanesischen Establishments bereits Anfang der 1960er Jahre die Gefahr erkannt, die ihrer Herrschaft aus dem Erwachen der Schiiten entstehen könnte, und versuchten daher diese mit Hilfe einer kooperationsbereiten Führung in das libanesisches System zu integrieren. In dem Imam Musa al-Sadr, der 1959 aus dem Iran

gen Zugeständnissen bereit war, wuchs auch das Ansehen al-Sadrs und seiner Schiitischen Bewegung weiter an. Die Mehrheit der schiitischen Dörfer wurde an das Straßen- und Stromnetz angeschlossen, der Zugang zu Bildungseinrichtungen und Posten in der Staatsbürokratie wurde erleichtert und 1967 wurde den Schiiten der Oberste Schiitische Rat (OSR), dessen Präsident al-Sadr wurde, als autonome Vertretung zugestanden.



Bevölkerung in ihrem eigenen Befreiungskampf zu unterstützen. Als 1975 der Bürgerkrieg ausbrach, hielt sich die Fatah konsequenterweise weitgehend zurück und griff erst 1976 voll ein, als die christlichen Forces Libanaises (FL) palästinensische Flüchtlingslager angriffen.

Die Verteidigung der Schiiten gegen Israel und die FL hatte jedoch für die PLO auch nach dem Eintritt in den Bürgerkrieg keine besondere Priorität.

in den Libanon gekommen war und dort sogleich eine rege karitative und politische Aktivität begonnen hatte, fand man den geeigneten schiitischen Partner für diesen Integrationsprozess. Als authentischer Streiter für die schiitische Sache und charismatischer Führer hatte er sich schon bald einen beachtlichen Ruf erworben. Da er gleichzeitig als strikter Antikommunist stets betonte in keinerlei Antagonismus zum libanesischen System zu stehen und voll auf die friedliche Integration setzte, bildete er ein willkommenes Gegengewicht zur Linken.

Da der Staat tatsächlich zu eini-

Der Bürgerkrieg

Die christlichen Kräfte rund um die maronitische faschistische Kata'ib (Falange), die sich später in der Libanesischen Front bzw. deren Miliz, den Libanesischen Streitkräften (FL) zusammenschlossen, erkannten bereits 1970, dass ihre politische Hegemonie angesichts des breiten links-muslimischen Bündnisses, dem sie sich gegenüber sahen, stark im Schwinden war, und beschlossen in die Offensive zu gehen. Immer wieder lieferten sich ihre Milizen kleinere Gefechte mit der PLO, welche trotz ihrer Passivität als Hauptschuldige für die geänderten

Kräfteverhältnisse ausgemacht wurde.

Als am 13. April 1975 ein erfolgreicher Anschlag auf Pierre Jumayyil (Gemayel), den Führer der Kata'ib, verübt wurde, nützte dieser den Anlass, um die Situation zu eskalieren. Noch am selben Tag wurde ein mit Palästinensern besetzter Bus beschossen und dabei alle 28 Insassen getötet. Bald weiteten sich die Kämpfe auf das ganze Land aus, wobei sich von der PLO jedoch nur PFLP und DFLP von Anfang an daran beteiligten. Der Krieg wurde von christlicher Seite mit unglaublicher Brutalität gegen die Zivilbevölkerung geführt. Die vor allem schiitischen Muslime, die im überwiegend christlichen Ostbeirut und nahe gelegenen Vororten lebten, wurden zu Tausenden massakriert und zu Hunderttausenden vertrieben. Als die FL 1976 ebenso palästinensische Flüchtlingslager angriff, trat auch die Fatah in den Krieg ein. Die linke Allianz gewann hierdurch bald die Oberhand und hatte den Sieg schon vor Augen, als Syrien mit dem stillschweigenden Einverständnis der USA und Israels mit 10 000 Soldaten intervenierte und den maronitischen Eliten die Macht sicherte.

Die Linke und die PLO mussten nach dieser vorläufigen Niederlage den Preis für ihren strategischen Fehler in der schiitischen Frage bezahlen. Die von al-Sadr gegründete Amal, die immer offener ihr reaktionäres Gesicht zeigte, konnte die Empörung über den „Verrat“ der Palästinenser geschickt ausnutzen und sich immer wieder kleine Scharmützel mit der PLO liefern. Die Feindseligkeit gegenüber den Palästinensern ging sogar soweit, dass die Amal ohne größere Widerstände unter den Schiiten die wiederholten israelischen Interventionen begrüßen und offen mit den Besatzern kollaborieren konnte.

Doch auch wenn die Amal dieses Versagen der Linken kurzfristig für sich nutzen konnte, so war es doch offensichtlich, dass auch al-Sadrs Stern im Sinken begriffen war. Bereits der Bürgerkrieg an sich bedeutete ein fulminantes Scheitern seines ganzen Projektes der friedlichen Integration. Als er sich aber selbst nach Aus-

bruch der Kämpfe standhaft weigerte sich daran zu beteiligen und seine Amal 1976 sogar als Verbündete Syriens in den Krieg eintrat, wurde es offensichtlich, auf welcher Seite der Barrikade er stand. Glücklicherweise war er jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits so geschwächt, dass er keinen großen Schaden mehr anrichten konnte. Seine Amal-Miliz wurde ohne Probleme von der LNM überwältigt und entwaffnet. 1978 verhalf er seiner Bewegung immerhin noch zu einem eschatologisch verkündeten Symbol, als er bei einem Besuch in Libyen unter mysteriösen Umständen für immer von der Bildfläche verschwand. Doch auch hierdurch konnte der Untergang, der durch die strategische Ausrichtung auf Israel als Verbündeten vorprogrammiert war, nicht langfristig verhindert werden.

Die Intervention Israels

Das direkte militärische Eingreifen Israels war das wesentliche Element der zweiten Phase des libanesischen Bürgerkrieges. Nachdem Syrien zwar im Interesse des Imperialismus den Sieg der Linken verhindert hatte, jedoch nicht dazu bereit war, die PLO gänzlich zu zerschlagen und sich so seiner einzigen Versicherung gegenüber dem Zionismus zu berauben, beschloss Israel, die Sache selbst zu regeln und dabei nicht nur die PLO aus dem Libanon zu vertreiben, sondern auch den syrischen Einfluss, der nun nicht mehr erwünscht war, zurück zu drängen und eine den eigenen Vorstellungen entsprechende Regierung einzusetzen. (Auch die Erweiterung der israelischen Grenzen war wohl eine Option, doch es ist umstritten wie engagiert dieses Ziel tatsächlich verfolgt wurde.)

Wie erwähnt gelang es der Amal anfangs noch, die israelischen Interventionen, unter anderem die erste großangelegte Invasion von 1978, als Befreiung von der PLO zu verkaufen. Mit der Operation „Frieden für Galiläa“ 1982 änderte sich jedoch die Stimmung. Auch sie wurde von der Amal zuerst begrüßt, doch die Brutalität und Rücksichtslosigkeit, mit der die Besatzer diesmal vorgehen, machte diese Position bald unhaltbar. Der

Einmarsch der israelischen Armee kostete allein im ersten Jahr fast 18 000 Libanesen und Palästinenser das Leben, eine halbe Million Menschen wurde zu Flüchtlingen. Den Bewohnern des vorwiegend muslimischen Westbeiruts wurde das Leben zur Hölle gemacht um die Kapitulation der PLO zu erzwingen und als diese abgezogen war, richtete die auf die Flüchtlingslager Sabra und Shatila losgelassene Falange dort ein Massaker an. Als im Oktober 1983 ein israelischer Armeekonvoi durch die alljährliche Ashura-Prozession fahren wollte, kochte die Stimmung schließlich über.

Auch die Amal flirtete von nun an mit dem Widerstand gegen die Besatzung und die von ihr eingesetzte Regierung, wodurch sie ihr Image auch phasenweise wieder aufbessern konnte, doch naturgemäß stand es mit ihrer Glaubwürdigkeit nicht zum Besten. Somit war der Boden für eine neue Organisation bereitet, die weder mit dem Versagen der Linken noch der Kollaboration der Schiitischen Bewegung belastet war. 1982 wurde diese Lücke mit der Gründung der Partei Gottes, der Hizbullah, gefüllt.

Der Ursprung der Hizbullah

Der Ursprung der Hizbullah ist jenem der Amal nicht unähnlich. Die Gründer der Hizbullah standen Musa al-Sadr in Sachen Antikommunismus um nichts nach und wie er hatten auch sie im Ausland studiert. Doch war es bei ihnen nicht der Iran, sondern das irakische Najaf, wo sie vor allem vom modernistischen Theologen Baqir al-Sadr beeinflusst wurden. Dieser propagierte im Gegensatz zu Musa al-Sadr nicht die Reform des libanesischen Systems, sondern die Errichtung eines islamischen Staates. Die späteren Gründer der Hizbullah standen daher von Anfang an in einem Widerspruch zu Musa al-Sadr, der unter den gegebenen Bedingungen leicht einen revolutionären Charakter annehmen konnte. Denn auch wenn sich die Forderung nach einem islamischen Staat in zahlreichen Ländern als mit dem Imperialismus kompatibel erwiesen hatte, so setzte sie die neu gegründete Bewegung in der spezifischen li-

banesischen Situation und unter dem Einfluss der ebenfalls antiimperialistischen iranischen Revolution doch in einen scharfen Gegensatz zu den herrschenden christlichen Eliten und den israelischen Besatzern.

Von der iranischen Hilfstruppe ...

Doch trotz ihres politischen Radikalismus und ihrer beachtlichen militärischen Erfolge hatte es die Hizbullah zu Beginn nicht leicht sich durchzusetzen. Ihre unbedingte Parteinahme für den Iran, die so weit ging, nicht nur ein islamisches System nach iranischem Vorbild anzustreben, sondern sogar die Unterordnung des Libanon unter die religiöse und politische Autorität Khomeinis zu fordern, stieß in der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe. Auch ihre klandestine Struktur und ihre oft lebensfremden Moralvorstellungen ließen sie eher als radikale Sekte erscheinen denn als Partei, die den Anspruch erhebt, die Massen zu führen. Auch das genaue politische Profil blieb zuerst im Dunklen. Obgleich sie bereits 1982 ihre ersten militärischen Aktionen unternahm und 1983 unter dem Namen „Islamischer Ji-

had“ den bekannten Doppelanschlag gegen das amerikanische und französische Kontingent der Multinational Force (MNF) durchführte, bei dem fast dreihundert Soldaten starben und der den Abzug der MNF 1984 bewirkte, dauerte es bis 1984, ehe sie erstmals unter dem Namen „Hizbullah“ an die Öffentlichkeit trat und politische Erklärungen publizierte.

1984 konnte sich die Amal noch ein letztes Mal als bedeutende oppositionelle Kraft präsentieren, als sie mit der „Intifada des 6. Februar“ gemeinsam mit Syrien und der PSP das israelisch-libanesisches „Abkommen über die Beendigung des Kriegszustandes“ zu Fall brachte. Spätestens mit der Aufnahme ihres Vorsitzenden Nabih Birri in die verschiedenen Regierungen ab 1984 wurde die Integration der Amal in das libanesisches System jedoch endgültig besiegelt. Unter dem Vorwand, eine Rückkehr der PLO in den Libanon verhindern zu wollen, nahm sie 1985 auch ihren alten Feldzug gegen die palästinensischen Flüchtlinge wieder auf, der mit syrischer Unterstützung bis 1988 andauern sollte. Die Tatsache, dass die Amal auch zunehmend in den Dro-

genhandel abglitt, ließ ihr Ansehen noch weiter sinken.

Die Hizbullah konnte von diesem Niedergang zwar bedingt profitieren, doch fiel ihr das Überleben zu jener Zeit aus den genannten Gründen durchaus nicht leicht. Am ehesten konnte sie sich eine stabile Basis in der Bekaa-Ebene an der Grenze zu Syrien aufbauen, während die Amal ihre Dominanz im Süden, auch Dank Absprachen mit den israelischen Besatzern, verteidigen konnte.

... über die Legitimierung im Ta'if-Abkommen ...

Erst Ende der 1980er Jahre konnte die Hizbullah die Situation im Süden deutlich für sich entscheiden. Im Ta'if-Abkommen, das am 22. September 1989 zwischen Abgeordneten des Parlaments und den Bürgerkriegsparteien beschlossen wurde, wird der Stärke und dem Ansehen der Hizbullah bereits Rechnung getragen. Das Abkommen wurde mit syrischer Hilfe sowie stillschweigender Zustimmung der USA und Israels gegen die ultrarechte maronitische Fraktion um General Aoun durchgesetzt und markiert im Allgemeinen das Ende des Bürger-



kriegs. Es regelt nicht nur eine leichte Anpassung des konfessionalistischen Systems an geänderte demographische Gegebenheiten, indem Christen und Moslems dieselbe Zahl an Abgeordneten zugestanden wird, sondern es wird darin auch der Hizbullah als einziger Miliz gestattet, ihre Waffen bis zur Befreiung des gesamten Libanons von israelischer Besatzung zu behalten. Bezüglich der syrischen Truppen wurde vereinbart, dass sich diese aus dem Libanon zurückziehen sollen, ohne dafür jedoch einen genauen Zeitplan fest zu legen.

Nachdem sowohl die Maroniten als auch die Linke deutlich geschwächt aus dem Bürgerkrieg hervorgegangen waren, kam es in den 1990ern zu einer Neugruppierung der Kräfte. Während sich die libanesische Bourgeoisie rund um den sunnitischen Multimilliardär und zweifachen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri formierte, bildete das Zentrum der oppositionellen Bewegungen fortan der Befreiungskampf der Hizbullah, der im Mai 2000 schließlich den Abzug Israels (außer von den Shib'a-Farmen) erzwang und die mit Israel verbündete Südlibanese Armee zerschlug.

... zur Volksbewegung

Dass die Hizbullah diesen bislang beispiellosen Sieg über eine der stärksten Armeen der Welt erringen konnte, obwohl sie Mitte der 1980er Jahre noch Schwierigkeiten hatte sich gegen die konkurrierende Amal durchzusetzen, hängt vor allem mit jenem Faktor zusammen, den viele westliche Beobachter bis heute nicht wahrhaben wollen, nämlich dem demokratischen Charakter der Hizbullah.

Als pro-iranische Sekte beginnend, war die Hizbullah Mitte der 1980er intelligent genug, zu erkennen, dass der politische Erfolg nicht nur davon abhängt, militärische Operationen gegen die Besatzungstruppen durchführen zu können, sondern vor allem auch von der Fähigkeit, sich zu öffnen und unter dem Druck der Massen eine Transformation der Partei in gewissen Grenzen zu ermöglichen. Als sterile Kaderpartei mit abstrakten islamischen Vorstellungen im Sinne al-

Qa'idas hätte die Hizbullah in der libanesischen Realität kaum langfristig bestehen können. Stattdessen zeigte sie in vielen Bereichen eine ungeahnte Flexibilität, die längst nicht mehr als taktische „Tarnmanöver“ einer eigentlich reaktionären Partei erklärbar sind, sondern tatsächlich eine strategische Orientierung auf den Widerstand darstellen, dem sich die Struktur der Gesellschaft unterzuordnen hat. Alte Moral- und Wertvorstellungen werden durcheinandergewirbelt und unter dem Licht der Zweckmäßigkeit neu geordnet. Vor allem die alten patriarchalischen Herrschaftsstrukturen werden, oft sogar gegen den Widerstand von Teilen der Bevölkerung, zurückgedrängt. So wird etwa der unbedingte Gehorsam der Kinder gegenüber den Eltern als unislamisch erklärt. Das erlernbare Wissen erhält eine starke Aufwertung gegenüber der Erfahrung, d. h. dem Alter. Durch alle Bereiche der Anwendung und Interpretation des Islam zieht sich das Prinzip, dass nicht das Alter, die Abstammung oder der Reichtum entscheidend sind, sondern einzig und allein, ob man dem rechten Weg des Islam folgt, d. h. was man für den Widerstand leistet. Die Rolle der Frau wird ebenfalls aufgewertet, obwohl man natürlich nicht von einer vollen Gleichberechtigung sprechen kann. So wird ausdrücklich das Bild der Frau als Kämpferin betont. Die Bewahrung der Familienehre wird in die Hand jedes einzelnen Familienmitgliedes gelegt und so die Vormundschaft der männlichen Mitglieder über die weiblichen zurückgedrängt. Auch bei der Eheschließung wird den Frauen das Recht zuerkannt, sich den Ehepartner selbst auszusuchen.

Ausblick

Es ist das historische Verdienst der Hizbullah, dass sie mit Pragmatismus und politischer Intelligenz eine Bewegung geformt hat, die Israel eine derart schmachvolle Niederlage bereiten konnte, die selbst den Sieg der Fatah von Karama bei Weitem in den Schatten stellt. Indem sie das revolutionäre Potenzial der Schiiten von der reaktionären Führung durch die Amal

befreit hat, hat sie es geschafft, die oppositionellen Strömungen der libanesischen Gesellschaft zu einer neuen Kraft zusammen zu fassen, in welcher der schiitischen Armut endlich der ihr gebührende zentrale Platz zukommt, die Reste der ehemaligen Linken und der PLO jedoch ebenso integriert werden konnten.

Die heutige Hizbullah ist daher von ihrem Wesen her grundverschieden von Parteien wie der Amal. Das gesellschaftliche Subjekt, die Volksbewegung, die sich mit ihrer Hilfe gebildet hat, kann von der Parteiführung, selbst wenn sie es wollte, nicht von einem Tag auf den anderen plötzlich in eine offen reaktionäre Richtung gelenkt werden. Dennoch besteht die Hizbullah nicht aus Marxisten und neigt daher dazu, auch dem Druck nach rechts nachzugeben und eine reformistische Richtung einzuschlagen. Exemplarisch für die verheerenden Folgen dieses Fehlens marxistischer Theorie ist die Forderung der Hizbullah nach einem islamischen Staat zu nennen. War diese Forderung in den 1980er Jahren noch eines der zentralsten Elemente ihrer Politik, so erkannte sie schon bald die Schwierigkeit damit Sympathien zu gewinnen und ließ sie stillschweigend fallen. Hierbei schütete sie jedoch das Kind mit dem Bade aus, da sie zugleich jeden Anspruch auf eine revolutionäre Zerstörung des bestehenden Staates aufgab und sich in das libanesische System integrierte. An dieser Problematik hat sich bislang nichts geändert: Obwohl das Ansehen der Hizbullah durch die aktuelle Auseinandersetzung mit Israel wahrscheinlich noch weiter wachsen wird, bleibt die Forderung des islamischen Staates unpopulär. Langfristig wird es eine entscheidende Bewährungsprobe für die Hizbullah darstellen, ob sie nicht nur Israel die Stirn bieten kann, sondern auch, ob sie die Massen für den Sturm auf die immer noch bestehende konfessionalistische Elitenherrschaft mobilisieren kann.

*Bjarne Köhler
4. August 2006*

Bjarne Köhler ist Mitglied des *Solidaritätskomitees*

Wir greifen wieder zu den Waffen

Aufruf der Kommunistischen Partei des Libanon

Die Kommunistische Partei des Libanon veröffentlichte am 29. Juli in Beirut einen Aufruf „Zur Verteidigung unseres Landes und unseres Volkes“:

Libanesinnen und Libanesen! Bereits seit drei Wochen setzt die israelische Armee ihre Aggression gegen unser Vaterland fort. Diese Aggression hatte schon am Anfang die Form eines totalen Kriegs angenommen, in dem nichts verschont blieb: weder die Zivilbevölkerung noch die Unterkünfte, nicht einmal die humanitären Einrichtungen, Medien oder Infrastruktur. Die Todesmaschine traf zuletzt sogar die internationalen Beobachter der UNIFIL (Truppen der Vereinten Nationen im Libanon).

Diese Lawine der Barbarei und des Vernichtungswahns, die unter dem Vorwand der Befreiung zweier entführter israelischer Soldaten ausgelöst wurde, überschritt alle Grenzen. Ihr Ziel ist in der Tat die niederträchtige Rache und sie nährt sich vom beispiellosen Hass gegen den Libanon und sein Volk. Sie versucht, unter der Losung der Zerstörung der militärischen Infrastruktur der Hizbullah, unserem Land den denkbar größten Schaden zuzufügen. Dabei nutzt sie die feigsten und barbarischsten Mittel.

Was die USA, den eingefleischten Befürworter der Aggression, anbetrifft: diese haben uns durch ihre Regierung ihre Hoffnung auf die Entstehung eines „Neuen Mittleren Osten“, angekündigt, auf der Grundlage des seit drei Jahren andauernden Feldzuges gegen das irakische Volk und mit dem Bestreben, das Schicksal des arabischen Gebiets und der dort befindlichen Reichtümer zu bestimmen.

Jedoch ist die Todesmaschine gescheitert, auch wenn sie ihr Zerstörungswerk allseits weiter fortsetzt. Und die Israelis wurden gezwungen, zu einer Bodenoffensive zu greifen, dem Mittel, zu dem sie seit ihrem Rückzug aus unserem Land im Jahr 2000 lieber nie wieder greifen wollten.

Seit einer Woche versuchen sie vergebens, auf dem Gebiet der Küste

Marun al-Ras und der Stadt Bint Jubail vorzurücken. Sie versuchen vergebens, einen Teil unseres nationalen Territoriums wieder zu besetzen, um unserem Volk ihre Bedingungen und die Bedingungen ihrer Auftraggeber aufzuzwingen.

Dazu greifen sie zum Mittel der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der Massaker an der Zivilbevölkerung. Sie zwingen unsere Bürger, ihren Lebensraum zu verlassen. All dies unter der wohlwollenden Protektion Washingtons, das keine Möglichkeit der „Unterstützung“ von Aggressoren scheut, selbst wenn es sich dafür mit der ganzen Menschheit konfrontiert sähe.

Die Brutalität der Aggression und die Gefahren (...) erfordern von der libanesischen Regierung, mit ihrer Kompromisspolitik und mit jeglichen Illusionen auf die amerikanische oder internationale Protektion (für den Libanon) zu brechen. Die Vereinigten Staaten sind Verbündete der Aggressoren: sie sind entsprechend als solche zu betrachten und zu behandeln.

Das libanesische Volk und die Regierung sind aufgerufen, sich im Kampf zu vereinigen, mit allem, was darunter zu verstehen ist sowohl in politischer und militärischer Hinsicht, als auch bezüglich der Sicherheit und des Alltagslebens. Dies erfordert ebenfalls die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit – der tatsächlichen Einheit –, deren Politik auf die Unterscheidung zwischen den Freunden und den Feinden unseres Vaterlandes fußen und deren Tätigkeit jegliche Hilfe und Unterstützung für den Widerstand beinhalten wird – einen heroischen Widerstand, der wieder einmal den Ruhm unseres Landes, aber auch seine Einheit und gar seine Existenz gegenüber der israelisch-amerikanischen Kriegsmaschine ausmacht.

Libanesinnen, Libanesen! Israel versucht wieder, unser Land zu besetzen und uns zu zerstören. Und der islamische Widerstand setzt seine heldenhaften Handlungen, seine Opfer

und seine Siege fort, während die libanesische Armee stillhält, trotz feiger und abscheulicher Massaker an ihren Soldaten und Offizieren.

Die Patriotenpflicht ruft uns auf, uns dem Widerstand gegen die Besatzer anzuschließen und den gegen unser Land begangenen Verbrechen entgegenzutreten.

Wir, linke und demokratische Parteien und Kräfte, deren Persönlichkeiten und Positionen bereits die Ehre hatten, einen Teil der Verteidigung des Vaterlandes 1982 und in den Jahren danach zu bilden, erklären, dass wir wieder zur Waffe greifen. Wir rufen die jungen Menschen unseres Landes auf, diese heroische Erfahrung wieder aufzugreifen und sie zur Grundlage des Widerstandes zu machen. Wir rufen sie auf, in ihren Dörfern und Städten zu bleiben, dem Feind mit Waffen in der Hand zu begegnen, unsere Erde, unsere Souveränität und unser Volk zu verteidigen.

Es ist ein historischer Augenblick für uns. Unser Land und unser Volk werden siegen, und eine Ära der Freiheit und der Einheit wird über unserem Land und unserer arabischen Nation herrschen, nach Zerschlagung aller Aggressoren.

Aus dem Französischen auf Grundlage eines Aufrufes auf der Internetseite der Kommunistischen Partei des Libanon. Übersetzt von Julia Monosowa. Quelle: *junge Welt*, 1. August 2006

Die PFLP grüßt das kämpfende libanesisches Volk

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus der Erklärung des Politbüros der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) über die Eskalation der zionistischen Aggression gegen das Territorium von Libanon und Palästina.

Standhaftigkeit und Widerstand dauern an in Palästina und im Libanon. Das libanesisches und das palästinensische Volk sind im Begriff eine Seite des Ruhmes ins Buch der Geschichte der arabischen Nation, der islamischen Weltgemeinschaft und der gesamten Menschheit zu schreiben. In einer Zeit der Ohnmacht, der geheimen Absprachen und der Unterwerfung der offiziellen arabischen Regime, wie das Treffen der arabischen Außenminister bestätigt, setzen die Kämpfer der Hizbullah und Palästinas ihren Widerstand gegen die terroristische israelische Kriegsmaschinerie fort. Sie verteidigen damit nicht nur Palästina und Libanon, sondern die gesamte arabische Nation und die zukünftigen Generationen.

Im Schatten dieses völkermörderischen Krieges erklärt das Politische Büro der PFLP folgendes:

1. Das kämpfende Volk des Libanon (...), unter der Führung der Hizbullah (...) schreibt heute Geschichte, die tiefgreifende Auswirkungen auf die Gegenwart und Zukunft der gesamten Region haben wird. Ihr Widerstand bedeutet den Beginn und Aufbau einer neuen Stufe in der Geschichte des arabisch-zionistischen Konfliktes. (...) Jene, die Palästina weiterhin besetzt halten, werden sich klar darüber werden, dass sie für die Fortführung ihrer Besetzung einen hohen Preis zahlen werden. (...)

2. Die verachtenswerten Ergebnisse des Treffens der arabischen Außenminister bedeuteten einen Schlag gegen den Widerstand in Palästina und im Libanon und zeigten einmal mehr in welche Tiefen der Unterwerfung einige arabische Führer hinabgesunken sind. In dem Versuch dem Diktat der amerikanischen Administration Genüge zu tun, setzten sie eine Politik

um, die in vollkommenem Widerspruch zu den Interessen ihrer Völker und der gesamten arabischen Nation steht. Die Unfähigkeit der arabischen Außenminister, eine klare Haltung in Unterstützung des Widerstandes einzunehmen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen um die zionistische Aggression gegen Libanon und Palästina zu stoppen, zeigen wie verrottet die offiziellen arabischen Regime sind.

3. Das Politische Büro der PFLP ruft die arabischen Massen und ihre Vertretungsorgane, die Gewerkschaften und Vereine dazu auf, ihrer Verantwortung und Pflicht zur Verteidigung des Libanon und Palästinas gerecht zu werden, indem sie durch Demonstrationen und alle anderen Formen von

4. Die Schläge des Widerstandes im Libanon und in Palästina haben die zionistische Entität in ein tiefes Dilemma gestürzt und neue Gleichungen geschaffen. Aus diesem Grund versucht Israel seine Krise zu exportieren und Syrien sowie den Iran für die Ereignisse verantwortlich zu machen, auch wenn sich die ganze Welt darüber im Klaren ist, dass es sich beim gegenwärtigen Krieg um einen amerikanisch-israelischen Plan zur Unterwerfung der Region handelt. Daraus erklärt sich die Intensivierung und Eskalation des Drucks auf Syrien und den Iran, die in ihrer Standhaftigkeit weiterhin Barrieren für die feindlichen Pläne darstellen.

Die PFLP sendet ihre Grüße an die Kämpfer der widerständischen Hizbullah und an das standhafte Volk des Libanon und drückt ihnen ihre Bewunderung aus. (...)

17. Juli 2006



Aktivitäten Druck auf die arabischen Regime ausüben, damit diese dem libanesischen und palästinensischen Volk und ihren Widerstandsbewegungen, den amerikanisch-zionistischen Plänen für die Region zum Trotz, alle Formen der Unterstützung zuteil werden lassen.

Die bisherige Bilanz des israelischen Kriegszuges

Auf Grundlage eines Ende Juli erfolgten Briefings von Jan Egeland,¹ UN-Koordinator für Nothilfe, beläuft sich die Zahl der aus und innerhalb des Libanon Vertriebenen auf 700 000, in ihrer großen Mehrheit kommen sie aus dem Süden des Landes und den südlichen Vierteln von Beirut. Die Region al-Matn allein beklagt mehrere Hundert aus ihren Häusern Evakuierte, zu 85 % Frauen, Kinder und Neugeborene, die notdürftig in Schulen Krankenhäusern und Gemeindezentren mit äußerst geringer Infrastruktur untergebracht sind. Rund 100 000 Personen wurden Opfer von Angriffen auf ihre eigenen Häuser, Städte und Dörfer. Rund 210 000 Libanesen haben ihr Land verlassen und sind nach Syrien oder Zypern geflüchtet. Viele von ihnen verfügen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel um in ihr Land zurückzukehren.

Die libanesischen Behörden sprechen in einem Zeitraum von weniger als zwanzig Tagen seit Beginn der Angriffe von der Tötung von mehr als 600 Zivilpersonen, die Mehrheit von ihnen Frauen und Kinder. Hinzu kommen

jene des Ende Juli erfolgten Massakers in Qana und die Leichen, die unter den Trümmern der Städte Sifra, Bint Jubail, Zivqin und Qleileh entdeckt wurden. Die zivile Infrastruktur, die von Israel bereits während der Besetzung von 1980 zerstört worden war, wurde neuerlich Ziel von Angriffen, vor allem in den südlichen Stadtteilen von Beirut, im Süden des Landes und in der Bekaa-Ebene. Zerstört wurden auch die Fernsehstationen, Antennen der mobilen Telefonie und der Flughafen von Beirut. Darüber hinaus ist der Seeweg blockiert. Der libanesischen Tourismus wird dieses Jahres einen Verlust von 1,4 Milliarden US-Dollar hinnehmen müssen und der Staat wird 600 Millionen Dollar Zoll- und Steuereinnahmen nicht einstreifen können. Die Staatsverschuldung liegt bereits bei 38 Milliarden US-Dollar.

Laut Fadl Shalak,² Präsident des libanesischen Komitees für die Entwicklung und den Wiederaufbau „belaufen sich die Schäden an der zivilen Infrastruktur insgesamt auf zwei Milliarden Dollar. Bislang wurden 67 Brücken

und 66 Straßen zerstört, drei Flughäfen wurden schwer beschädigt, tausende Häuser in Dahiyeh, dem schiitischen Viertel von Beirut, wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die Schäden an der zivilen Infrastruktur belaufen sich auf 721 Millionen Dollar, jene an Wohnhäusern auf fast eine Milliarde Dollar und jene an der Industrie auf 180 Millionen. Hinzu kommen einige Dutzend Millionen Dollar für Schäden in unterschiedlichen Bereichen. Und wir haben noch nicht einmal die dritte Kriegswoche.“

In der Zwischenzeit dauert auch die israelische Offensive im Gazastreifen an. Bis heute hat sie rund 149 palästinensische Opfer gefordert, von denen ca. die Hälfte als palästinensische Kämpfer angesehen werden. Der Gazastreifen befindet sich nach wie vor in einem Belagerungszustand, die Straßen sind blockiert und der Transport von Lebensmitteln und Medikamenten praktisch unmöglich. Die zivile Infrastruktur wie Brücken, Straßen und das einzige Elektrizitätswerk, das 55 % des Gazastreifens mit Strom versorgte, wurden zerstört.

*Beatrice Dacli
1. August 2006*

Beatrice Dacli lebt in Triest und ist in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv.

¹ www.un.org/apps/news/infocusRel.asp?infocusID=70&Body=Palestin&Body1

² *Il manifesto*, 30. Juli 2006, "Intervista a Fadl Shalak"



NGOs vor Ort unterstützen!

Ein Kommentar zum israelischen Krieg gegen den Libanon und dem Geschäft mit der Nothilfe

Wieder einmal werden mit amerikanischen Finanzen Menschen ermordet und in die Flucht getrieben und eine Region auf der Welt zerstört, niedergemäht, kaputt gemacht. Währenddessen erdreisten sich die Europäer via Sprachrohr der EU – denn ein anderes findet sich schon seit mindestens einem Jahrzehnt nicht mehr – von Soforthilfe zum Wiederaufbau zu reden. Brüssel ist sich nicht zu blöd, lieber Millionen Euro in Bewegung zu setzen, um die vom Aggressor Israel niedergebombten Stadtteile wieder aufzubauen, medizinische Versorgung für die Überlebenden zu bieten, Camps für traumatisierte Kinder zu organisieren und auch so viele weitere Gutmensch-Aktionen zu starten, als lautstark ein Einhalten der Zerstörungen zu fordern. So geschieht es jetzt also im Libanon, so passiert es seit 1994 im Westjordanland und in Gaza, so passiert es seit 1991 im Irak, sowie in vielen weiteren Regionen der Welt, die von den westlichen Medien unbeachtet bleiben.

Um die Hilfe umzusetzen, bedient sich der Westen Nichtregierungs-Organisationen, die allesamt im Westen ihre Zentralen haben. Logistisch sind die Einsätze ein Riesenaufwand. Menschliche Strapazen abgerungen werden aber den ins Ausland Entsandten, etliche schlecht bis gar nicht bezahlt. Ein Zückerchen ist, dass Auslandseinsätze steuerfrei sind. Alle NGOs sind trotzdem chronisch unterversorgt, was kompetente Mitarbeiter anbelangt. Denn es wird für einen derartigen Auslandseinsatz nicht nur Fachkompetenz verlangt, sondern vor allem auch soziale Kompetenz in einem anderen kulturellen Umfeld und natürlich gute Fremdsprachenkenntnisse. Gerade erst erfuhr ich von einem nach nur zwei Monaten mit schwerem Burn-out-Syndrom heimgeholten Österreicher, der für eine große NGO im pakistanischen Erdbebengebiet eingesetzt wurde und den Kultur-

schock nicht verkräftete. Mitarbeiter müssen nicht nur 24 Stunden präsent sein, was etwa auch heißt Mobiltelefon über Nacht eingeschaltet zu lassen, Wochenendsarbeit und Zusammenlegung von Wohn- und Arbeitsplatz auf einen Raum, um Dauereinsatz zu gewährleisten. Ausbrennen ist die häufigste, aber auch akute Krankheiten wie Herzinfarkt, Schlaganfall und Nervenkollaps sind die Folge. Wer nicht nach einigen Jahren wieder aussteigt, läuft überdies Gefahr soziale Kontakte in der Heimat komplett zu verlieren und zu vereinsamen.

Tatsache ist, dass die Regierungen weltweit immer weniger soziale Aufgaben in Angriff nehmen, bzw. nehmen können und die NGO-Tätigkeit deshalb noch weiter ansteigen wird. Das heißt aber nicht, dass NGOs völlig frei agieren können. Vor allem Auslands-NGOs werden oft und oft nicht zu unrecht misstrauisch beäugt. Missionstätigkeit in politischer und religiöser Absicht wird ihnen nachgesagt. Das führt oft zu weiteren Spannungen – Druck (Finanzen) und Gegendruck (behördliche Auflagen) sind die Konsequenzen.

Nun also Libanon. Große NGOs haben schon zu Spendenaktionen aufgerufen. Akkreditierung von Einsatzleuten ist am Laufen. LKWs werden beladen.

Libanesen sind entgegen hier gängiger Meinung keine dahergelaufenen Bombenwerfer oder arme Exoten. Der Großteil der Libanesen sind mehr oder weniger gebildete Menschen wie auch in unseren Breiten. Im Libanon gibt es die größte Dichte von Verlagen in der arabischen Welt. Kunst und Kultur sind ebenso etabliert wie bei uns – Theater und Jazzclubs in Beirut vom Feinsten. Und natürlich haben die Libanesen auch eigene karitative Organisationen. Denn die Unterstützung der zentralen libanesischen Regierung ließ zu wünschen übrig. Und die Hilfe der UNO und des Roten Kreuzes/Halb-

monds waren unzureichend. Dort, wo heute die Israelis alles in Schutt und Asche bomben, im Südlibanon, lebten seit der Staatsgründung die armen Bevölkerungsschichten, vor allem, weil hier die großen palästinensischen Flüchtlingslager angesiedelt sind.

„Die Situation der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon hat sich seit dem Ende des 16-jährigen Bürgerkrieges nicht gebessert. Im Gegenteil – Während der Libanon zu altem Glanz und Glorie zurückkehrt, wird die Situation der Flüchtlinge immer schlechter. Die politische Situation im besetzten Palästina, in den palästinensischen Autonomiegebieten, ist aussichtslos geworden. Rivalisierende Palästinensergruppen bekämpfen sich selbst genauso wie die israelische Armee. ... Die palästinensischen Flüchtlinge sind somit zum Großteil von ausländischen Hilfsorganisationen, Projekten und NGOs abhängig geworden. Leider gibt es aber auch da noch viel zu wenig Projekte.“

Diese Zeilen schrieb Thomas Kukovec (www.thomaskukovec.com) noch im Juni 2006, bevor er sich wieder in den Libanon aufmachte, wo er als freiwilliger Helfer u. a. bei Nabaa tätig ist und von dem Angriffskrieg der Israelis überrascht wurde.

Von zwei NGOs vor Ort erreichten mich jetzt Hilferufe. Deren Anliegen und Projekte stelle ich im Weiteren kurz dar und ersuche Spenden, die geleistet werden, direkt an diese NGOs vor Ort zu überweisen.

Ganz aktuell und erst seit dem Angriff der Israelis sind die Projekte des Sanayeh Relief Centers. Es ist ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen, vor allem auch jener im Gazastreifen, die Erfahrung in solchen und ähnlichen Situationen mitbringen. Ihr Anliegen ist Soforthilfe für alle jene, die ihre Wohnung, ihr Zuhause durch die Zerstörungen verloren haben. Sie errichteten Schlafplätze vor allem in 27 Schulen. Zur Zeit sind 8837 registriert.

rierte Personen untergebracht, wovon etwa 1500 Babys und Kleinkinder sind. Sie kümmern sich außerdem um medizinische Versorgung, Nahrung und Trinkwasser. Auf ihrer Homepage können Fotos und nähere Informationen zum derzeitigen Stand aufgerufen werden:

<http://sanayehreliefcenter.blogspot.com>
 Konto lautend auf: Greenline Association
 Kontonummer.: 6189003
 Bank: Bank of Kuwait and the Arab World
 SWIFT-Code: BKAWLBBE
 Greenline Association
 3rd floor, Yamout building, Spears 174,
 Sanayeh, Beirut, Libanon

Als zweite NGO vor Ort möchte ich Nabaa vorstellen. In der alten phönizischen Stadt Saida oder das Sidon der Römer und Kreuzritter arbeitet diese libanesische NGO mit palästinensischen Kindern aus den Lagern und den libanesischen Einwohnern, mit mehrheitlich christlichem Hintergrund.

„Lernen in und durch die Gemein-

schaft“, Selbstständigkeit und kulturelle Identität fördern, können als Übermotto für ihre Projekte begriffen werden. Die Arbeitsgruppen sind unterteilt in „Arbeit mit Kindern 6–12 Jahre alt“, „Arbeit mit Jugendlichen von 13–18“, „Arbeit mit den Erwachsenen und der Umgebung“. Letztere Arbeitsgruppe ist vor allem in Erwachsenenbildung, Gesundheitsbildung und Umwelterziehung aktiv. Hier arbeiten sie vor allem auch mit folgenden europäischen NGOs zusammen: UNESCO, World Vision, Oxfam GB, sowie mit The Arab Resource Collective in Zypern und Libanon. Außerdem sind sie Mitglied bei Child Rights Network.

Am 22. Juli 2006 um 6.37 morgens erreichte mich eine Nachricht von Qassem Saad, dem Direktor von Nabaa: „Vielen Dank für Deine Solidarität mit unserem Volk! Unser österreichischer Volontär und unsere kanadische Volontärin sind nach Syrien geflüchtet. Wir harren hier mit unseren Leuten in Saida aus. Der Alltag ist schwer geworden und alle haben Angst, aber das wichtigste ist, wir hal-

ten zusammen.“

Für weitere Informationen zu dieser libanesischen NGO:

www.nabaa-lb.org

Für Spenden an diese libanesische NGO:

Société Generale de Banque au Liban (Saida Branch) Libanon
 Konto lautend auf: developmental action without borders (naba'a) .
 Konto-Nr. : 018004360359048011
 SWIFT-Code: SGL I LBBX
 Developmental Action without Borders / Naba'a
 Libanon, Saida

Elisabeth Gschaidner
 23. Juli 2006

Elisabeth Gschaidner lebt in Wien und ist in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv. Sie kann unter folgender E-Mail-Adresse kontaktiert werden: e.gschaidner@ottensheim.at



Sturm auf das Gefängnis von Jericho

Die Verhaftung von Ahmad Sa'dat

Wir haben Ahmad Sa'dat an einem sengend heißen Nachmittag im August 2005 in Jericho getroffen, im palästinensischen Gefängnis zwischen Palmen und Wüste, in dem er eingeschlossen war. Gaza war nur wenige Tage zuvor „befreit“ worden und ein Gefühl von überraschter Aufregung erfüllte auch diesen Ort neben unserer Ungläubigkeit, dass dieses Zusammentreffen tatsächlich möglich geworden war.¹

Im März 2006 stürmt die israelische Armee in einer schnellen und äußerst telegenen Aktion, unterstützt von Hubschraubern, Panzern und Bulldozern das Gefängnis von Jericho, tötet zwei palästinensische Wachoffiziere, verletzt mehr als zwanzig Personen und nimmt sechs unbewaffnete Männer fest, unter ihnen Ahmad Sa'dat. Bevor diese sich ergeben, befehlen die israelischen Soldaten den Häftlingen und Polizisten sich auszuziehen – aufgrund der Gefahr von versteckten Bomben. Das alles vor laufender Kamera.

Ahmad Sa'dat ist Generalsekretär der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas), seit Jänner 2006 gewählter Abgeordneter zum palästinensischen Legislativrat. Die säkulare, marxistische Partei PFLP zeichnet sich innerhalb der politischen Arena der besetzten Gebiete durch ihre linke oppositionelle Haltung sowohl gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde und der bislang regierenden Partei Fatah als auch gegenüber der Hamas aus.

Sa'dat wurde in Jericho inhaftiert, weil er der Beteiligung am Mordanschlag auf den extremen Rechten zuzuordnenden israelischen Tourismusminister Rehav'am Ze'evi aus dem Jahr 2001 angeklagt ist. Dieser Anschlag galt seinerseits als Vergeltung für die Ermordung von Abu Ali Mustafa, damals Generalsekretär der PFLP. Mustafa wurde in seinem Büro in Ramallah von einem Raketentreffer getötet. Er war nur zwei Jahre zuvor,

nach dreißig Jahren im libanesischen Exil, in die besetzten Gebiete zurückgekehrt. Bis heute wurde kein Israeli für diese Straftat verurteilt oder inhaftiert. Auch die internationale Gemeinschaft hat ihrerseits nie interveniert, damit die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Ze'evi war als Minister der Sharon-Regierung glühender Verfechter der „Transfer-Lösung“, der Aussiedlung aller Palästinenser aus Palästina – ein Projekt der tatsächlichen ethnischen Säuberung zur Lösung des arabisch-israelischen Konflikts.

Die drei Männer, die an dem Anschlag auf Ze'evi beteiligt waren, und Sa'dat waren in Jericho aufgrund eines Abkommens inhaftiert, das die palästinensische Regierung während der Militäroffensive des Jahres 2002 im belagerten Hauptquartier Arafats, der Muqata'a in Ramallah, mit Israel und mit Unterstützung der USA und Großbritanniens unterzeichnet hatte. Die Übereinkunft sah – im Austausch gegen die Lockerung des Belagerungszustands – vor, dass Sa'dat und die anderen Angeklagten in einem palästinensischen Gefängnis unter palästinensischer Bewachung inhaftiert werden, dasselbe Gefängnis jedoch unter ständiger Aufsicht durch britische und US-amerikanische Beobachter stehen sollte. Bereits im Jahr 2002 hat das palästinensische Höchstgericht die Freilassung von Sa'dat angeordnet.

Von palästinensischen, israelischen und internationalen Beobachtern wird der Überfall auf das Gefängnis von Jericho als Propagandaakt interpretiert, der in erster Linie den Wahlinteressen von Ehud Olmert dienen sollte. Hinzuweisen werden muss jedoch auch die Komplizenschaft der britischen und US-amerikanischen Beobachter, die ihren Beobachterposten an jenem Tag verlassen hatten um den israelischen Truppen das Feld zu überlassen. Mahmud Abbas stellte fest, dass er einen allgemeinen Hinweis darauf erhalten hätte, dass die Beobachter in naher

Zukunft von ihren jeweiligen Regierungen abgezogen werden könnten.

Diese perfekte zeitliche Abstimmung



kann kaum als zufällig angesehen werden. Auf Grundlage der ablehnenden Haltung der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem demokratischen Wahlsieg der Hamas-Regierung fühlt sich Israel legitimiert seine Politik des unilateralen Bruchs von Übereinkünften fortzusetzen. Die Erstürmung des Gefängnisses von Jericho ist ein weitere Bestätigung dieser Politik, während die Verpflichtung zur Einhaltung solcher Übereinkünfte nur auf Seiten der Palästinenser reklamiert wird. Diese Aktion weist erneut darauf hin, dass Israel nur mit Gewalt in der Lage ist die Illegalität der Besatzung der palästinensischen Gebiete aufrecht zu erhalten und zu erweitern, während die internationale Gemeinschaft schweigt.

Beatrice Dacli
Juni 2006

¹ Beatrice Dacli nahm an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ teil, die im August 2005 Palästina besuchte und unter anderen mit Ahmad Sa'dat im Gefängnis von Jericho zusammentraf. Siehe dazu das Interview mit Ahmad Sa'dat in *Intifada* Nr. 20, Oktober 2005.

„Wir erlauben der Hamas, zu regieren und sich zu beweisen“

Interview mit Sultan Abu Alaynen

Sultan Abu Alaynen ist Sekretär der PLO, Factions Command and Fatah movement im Libanon. Das Interview führte Thomas Kukovec im Winter 2006.

Kukovec: Sehr geehrter Herr General Sultan Abu Alaynen, Sie sind als Sekretär der PLO der ranghöchste Vertreter der Palästinenser im Libanon, außerdem oberster Befehlshaber der Fatah-Bewegung und deren Miliz. Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die libanesische Innenpolitik, auf amerikanischen Druck hin, mit dem Thema der Entwaffnung der Hizbullah und auch der Palästinenser-Milizen im Libanon. Warum sollen Ihnen Ihre Waffen abgenommen werden und wie stehen Sie dazu?

Sie leben im Flüchtlingslager Rashidieh, das sich südlich von Tyros, im Südlibanon befindet, umstellt und schwer bewacht von der libanesischen Armee, infiltriert von Geheimdiensten der Syrer, Israelis und Libanesen. Auf libanesischem Boden sind Sie zum Tode verurteilt. Warum?

Ich wurde politisch zum Tode verurteilt. Das war vor acht Jahren. Mir wird vorgeworfen eine bewaffnete Miliz zu führen. Aber ich bin nur der Führer der Fatah-Bewegung im Libanon, die in der PLO und von der Arabischen Liga voll und ganz akzeptiert ist. Die Frage ist eine politische: Bin ich ein Terrorist, oder ein arabischer Führer?

Syrer wollen, dass andere palästinensische Organisationen im Libanon das Sagen haben (PFLP GC)¹.

Hat sich für Sie, Ihre Bewegung und die Palästinenser allgemein nach dem Abzug der Syrer etwas verändert?

Der syrische Geheimdienst hat mir ein Angebot gemacht, mich nicht zu töten, wenn ich mit der syrischen Politik konform gehe. Ich bliebe aber offiziell immer noch zum Tode verurteilt. Ich habe aber abgelehnt. Ich werde für mein Recht kämpfen. Und um meine Begnadigung. Sie werden sehen, die libanesische Regierung wird jetzt, nach dem Abzug der Syrer, aufhören



Sultan Abu Alaynen: Die Libanesen möchten die Waffen in unseren Lagern kontrollieren, geben uns aber andererseits keine Rechte als Bürger im Libanon. Wir sind nicht bereit unsere Waffen, die wir zu unserem persönlichen Schutz haben, abzugeben, wenn wir keine Rechte als Flüchtlinge oder Bürger im Libanon genießen können. Diese Waffen sind also mehr politische Waffen als Waffen des Kampfes.

Das ist eine Intrige, um die Fatah zu schwächen, um der Fatah unter den restlichen Palästinensern Sympathiewerte zu entziehen. Sie (die Libanesen und Syrer) möchten uns (die Fatah-Bewegung) dadurch bekämpfen, aber es gelingt ihnen nicht, im Gegenteil, wir werden immer stärker. Das ganze ging eigentlich von den Syrern aus, die im Libanon, auch nach dem Abzug, noch immer sehr stark sind! Die

mich zu verfolgen, weil ich unschuldig bin. Ich bin kein Terrorist, sondern ein politischer Führer in einer von der PLO und der arabischen Liga akzeptierten arabischen Bewegung. Ich werde ins Gericht gehen und bereit sein meinem Schicksal ins Gesicht zu schauen. Neun Anschläge habe ich überlebt! Davon waren einige Attentäter Israelis, vor allem aber waren es Syrer und auch Palästinenser, die von

Syrien unterstützten Fraktionen geschickt wurden.

Die Entwaffnung der Milizen, wie es die UNO in Resolution 1559 festgelegt hat, kann nicht stattfinden, solange die Resolution 149 (Rückkehrrecht) nicht erfüllt ist. Warum sollen wir unseren Teil erfüllen, wenn die UNO ihren Teil nicht erfüllt? Die Resolution 149 besagt, dass Israel und Palästina, also beide Staaten existieren sollen. Warum wurde aber nur die Hälfte erfüllt? Und zwar nur der Staat Israel?

Die Hamas hat die Wahlen gewonnen. Wie sehen Sie das? Was hat sich für die Fatah verändert?

Die Fatah ist seit vierzig Jahren aktiv. Israel hat jedes Übereinkommen mit uns seitdem abgelehnt. Wir haben viel Arbeit geleistet, aber die Israelis haben all unsere Arbeit zerstört. Deshalb haben viele palästinensische Bürger nie wirklich gesehen, was wir geleistet haben. Das hat die Palästinenser natürlich enttäuscht. Das hat die Leute in die Arme der Hamas getrieben. Die Hamas hat aber nur geredet und Selbstmordattentate verübt, aber noch keine politische Arbeit geleistet. Es ist leicht über Misserfolge der Fatah zu schimpfen, wenn man selbst noch nichts gemacht hat. Jetzt habe sie die Chance zu beweisen, dass ihre Worte nicht nur Worte waren. Es ist ein Leichtes zu reden, wenn man nichts vorzuweisen hat.

Hier im Libanon kann man unsere Arbeit aber sehen. Hier wurde von den Israelis nicht so viel zerstört wie in Palästina selbst. Hier im Libanon sind wir daher noch immer die weitest aus stärkste Fraktion.

Israel hat die Wahlen eigentlich gewonnen! Statt sich auf eine Friedensdebatte zu einigen, konnten sie durch den Wahlsieg der Hamas die Debatte in eine andere Richtung führen.

Wenn wir zurückblicken, hatte Arafat bei Camp David keine Chance. Die USA und Israel waren quasi eine Partei. Die USA waren kein neutraler Vermittler! Fatah hatte also nie wirklich Chancen etwas zu verändern.

Aber in den europäischen Medien wurde der Wahlverlust der Fatah damit begründet, dass die Fatah schon ein so korruptes Netzwerk hatte, dass die palästinensischen Bürger kein Vertrauen mehr zur Fatah hatten und deshalb...

... Sehen sie: Die europäischen Medien möchten gerne ein Bild der „bösen“ und „korrupten“ Araber darstellen.

Arafat wurde getötet, weil er der einzige war, der bei den Palästinensern als Führer akzeptiert war. Israel möchte keinen Frieden. Der Abzug aus Gaza war nur eine Ausrede, um den Rest des besetzten Landes zu behalten.

Ich wünsche Hamas viel Glück. Wir werden dem Wunsch der USA nicht nachkommen, die Hamas zu

boykottieren. Wir erlauben der Hamas, zu regieren und sich zu beweisen. Die Amerikaner wollten Demokratie im Nahen Osten und dann können sie mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen.

Wir (Fatah) sind jetzt in der Opposition und werden konstruktiv sein. Wir können nun sehen, ob Hamas etwas verändern kann, oder ob sie nur Bomben werfen kann. Ob sie sich den Wahlsieg erbombt oder ihn wirklich verdient haben.

Die Hamas akzeptiert Israel nicht, wir tun es aber. Deshalb wird sich zeigen, ob wir einen Konsens finden oder ob es zu einem internen Konflikt kommen wird. Möchte Hamas alle Milizen zu einer einheitlichen Armee vereinigen oder das Chaos bestehen lassen? Wir (PLO) glauben, dass das nicht geht und lehnen es sogar ab die Hamas zu entwaffnen. Wir entwaffnen unsere Milizen solange nicht, solange wir keinen eigenen Staat haben. Eine reguläre Armee kann es nur geben, wenn wir einen regulären Staat haben. Das ist eine offene Frage ...

Vielen Dank für das Gespräch.

¹ PFLP-GC: Popular Front for the Liberation of Palestine – General Command / Volksfront zur Befreiung Palästinas – General Kommando. (Anmerkung des Interviewers)

Thomas Kukovec ist Student und freier Photojournalist (thomaskukovec.com, lightstalkers.org/thomaskukovec)



Sollen sie an ihrer Wut ersticken!

Eskalationsspirale dreht sich: Die Logik des US-Reichs zwingt zur Aggression gegen den Iran, die Kraftprobe ist für die USA indes brandgefährlich wie nie zuvor

Man fühlt sich unweigerlich an die mediale Kriegsvorbereitung gegen den Irak erinnert. Damals waren es die angeblichen Massenvernichtungswaffen, die als Vorwand dienten. Doch jeder wusste, dass es in Wirklichkeit nur um eines ging: „regime change“, das heißt die Einsetzung eines Washington genehmen Marionettenregimes in Bagdad.

Heute stellt sich die Eskalation gegenüber dem Iran nicht anders dar. Argument sind diesmal wieder Massenvernichtungswaffen, nämlich atomarer Art. Auch diese gibt es nicht, doch die USA wollen präventiv vorgehen, dem Iran jede Möglichkeit der erfolgreichen Selbstverteidigung gegen ihre imperiale Übermacht nehmen.

Der Atomstreit

Die amerikanisch kontrollierte Medienmaschine versucht der Öffentlichkeit weiszumachen, dass der Iran seinen Verpflichtungen als Signatarmacht des Atomwaffensperrvertrags nicht nachkommen würde und überdies eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit sei, so wie seinerzeit der Irak.

Doch die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Das iranische Argument, dass die zivile Nutzung der Atomenergie einschließlich des gesamten nuklearen Zyklus ein durch den Sperrvertrag ausdrücklich zugestandenes Recht sei, ist schlicht und einfach richtig. Zum wiederholten Male sei auch hier drauf hingewiesen, wie lächerlich die Versuche der USA sind ihre Großmachtinteressen mit rechtlichen oder moralischen Argumenten zu decken. Gegenüber dem aggressivsten Staat der Region, von dem die Hauptgefahr für den Frieden ausgeht, nämlich Israel, lassen sie nicht nur den Besitz von Atomwaffen und den Bruch sämtlicher UNO-Entschlüsse gewähren, sondern sie überschütten ihn mit aller nur erdenklichen Un-

terstützung.¹

Atomwaffen und das Amerikanische Reich

Indes liegt im aggressiven Vorgehen der USA durchaus Rationalität, nämlich jene des Empires. Die amerikanische Weltherrschaft ist wesentlich auf die überwältigende Macht ihrer Militärmaschine gestützt, für die ihre militärtechnologische Überlegenheit wiederum eine hervorragende Rolle spielt. Um ihr Reich zu festigen und auszubauen, müssen sie den durch die „militärtechnologische Revolution“ der 90er Jahre erreichten Abstand halten und vergrößern.

Allein die Möglichkeit, dass ein Schurkenstaat, also eine Regierung, die nicht völlig unter dem Kommando Washingtons steht, in den Besitz von Atomwaffen kommen könnte, lässt die Imperatoren erzittern und potenzielle Feinde aufhorchen. Die militärische Allmacht der USA, der entscheidende Faktor für die Stabilität des kapitalistischen Weltsystems, steht auf dem Spiel.

Nicht, dass iranische Atomwaffen eine direkte Bedrohung für die USA und ihre Verbündeten wären, doch würden sie dem Iran zumindest eine wirksame Abschreckung erlauben, seine Verteidigungsfähigkeit erhöhen und damit seine Souveränität gegen neokoloniale Beherrschung sichern.

Warum ist der Iran ein Schurkenstaat?

Die Neokonservativen sprechen offen aus, was das US-Regime denkt: *regime change!* Doch warum eigentlich handelt es sich in der amerikanischen Wahrnehmung um einen Schurkenstaat? Für die Öffentlichkeit wird ins Treffen geführt, dass es sich um eine Diktatur des Klerus handle. Doch anderswo hat das die USA kaum gestört. Solange Diktaturen den US-Interessen dienen und stabil sind – und mögen

sie noch so klerikal sein – stellen sie nicht das geringste Problem dar.

Große Teile der exilierten iranischen Linken sprechen nicht nur von einem klerikalfaschistischen, sondern auch durchwegs kapitalistischen Regime, das in keinerlei Gegensatz zu Washington stehe. Auch der irakische Widerstand versichert das immer wieder.

So sehr diese Sicht der Dinge verständlich sein mag – hinsichtlich der iranischen Linken wegen der tödlichen Massenrepression gegen sie, hinsichtlich des irakischen Widerstands wegen der iranischen Unterstützung für das Marionettenregime in Bagdad – so sehr widerspricht sie der offensichtlichen Realität.

Solange die so genannten Reformer um Muhammad Khatami an der Macht waren, hoffte man in Washington tatsächlich auf eine proimperialistische Normalisierung mittels Zuckerbrot und Peitsche. Das hieß keineswegs, dass man den Ayatollahs über den Weg traute, doch man meinte einen Regimewechsel ohne militärisches Eingreifen bewerkstelligen zu können.

Denn so sehr sich eine kapitalistische Wirtschaftselite im Klerus formierte, ihren Einfluss auf den Staatsapparat Schritt für Schritt ausdehnte und Bande mit dem Imperialismus knüpfte, so war das Regime dennoch aus einer antiwestlichen Revolution der Massen hervorgegangen. Gegenüber der Machtergreifung der Linken erschien Ayatollah Khomeini den Weltenkern in den westlichen Staatskanzleien zwar als kleineres Übel, aber als Übel allemal. Immerhin wurde die um den Schah Pahlevi gruppierte Oligarchie zerschlagen und die Massen erstrebten echte soziale, politische und kulturelle Veränderungen zu ihren Gunsten. Der persische Nationalismus und Antiimperialismus hatte – unter islamischen Vorzeichen – seine Kraft und seinen Einfluss in den Volksmassen unter Beweis gestellt. So sehr der Klerus die Massen kontrollierte und dämpfte und so sehr die zu einem Gutteil mit



den Klerus verbundene Wirtschaftselite den Ausgleich mit dem Westen suchte, so spürte letzterer doch intuitiv, dass die Glut der Revolution noch nicht ganz erloschen war.

Alarmsignal Ahmadinežad

Und in der Tat sollte sich im Wahltriumph Mahmud Ahmadinežads als bald bestätigen, dass das antiwestliche und nach sozialer Gerechtigkeit verlangende Moment in den iranischen Volksmassen überlebt hatte und nach dem Scheitern der Reformen neu entfacht wurde. Selbst die westliche Medienmaschine konnte nicht verschleiern, dass der Wahlsieg Ahmadinežads nicht allein Ausdruck eines fortexistierenden Fundamentalismus sei, sondern der Kampagne für die Interessen der Armen sowie der antiimperialistischen Rhetorik geschuldet ist. Nebenbei sei noch bemerkt, dass die Tatsache, dass der Fundamentalist Ahmadinežad als

einer der wenigen Politiker kein Kleriker ist, der Journaille so unverdaulich erschien, dass sie es geflissentlich unter den Tisch fallen ließ.

Für Washington entlud sich das Ergebnis wie ein unerwartetes Gewitter über ihren Köpfen. Alle hatten sie nicht nur auf den reichsten Mann des Irans und Führer des pragmatisch-kapitalistischen Flügels, Ayatollah Akbar Hashemi Rafsanjani, gesetzt, sondern auch fest mit seinem Sieg gerechnet. So läuteten die Alarmglocken, die der vorsichtigen Annäherungspolitik ein jähes Ende bereiteten und der gegenwärtigen aggressiven Linie den Weg freimachten.

Fraktionismus

Über die realen Machtverhältnisse in Teheran sagt der Wahlerfolg Ahmadinežads indes wenig aus. Einer der ersten Maßnahmen der höchsten Autorität im Staat (Ayatollah Khamene'i)

nach den Wahlen war es, dem Schlichtungsrat, der zwischen religiöser Führung, Wächterrat und Parlament vermitteln soll, Machtbefugnisse auch über den Präsidenten einzuräumen. Es kann kein Zufall sein, dass zum Vorsitzenden des Schlichtungsrates ausgerechnet Ayatollah Rafsanjani, der Gegenspieler von Ahmadinežad, bestellt wurde, der somit zur Nr. 2 des Regimes noch vor dem neuen Präsidenten aufrückte.

Gegen die Gruppe von Ahmadinežad gibt es im klerikalen Machtgefüge starke Bedenken. Der Präsident steht der Hojjatieh-Strömung nahe, einer eschatologischen schiitischen Sekte, die das Prinzip von *vilayat-e fakih*, der Herrschaft der Rechtsgelehrten, ablehnt. Letztere stellt das Kernstück der Lehre des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini dar und dient der Islamischen Republik als theologisches Unterfutter. Die Hojjatieh lehnte jede

weltliche Macht, also auch jene von Khomeini etablierte, bis zur Rückkehr des entrückten zwölften Imam ab. Darum wurde sie in den 80er Jahren verboten.

Zumindest Ahmadinežad muss die Opposition gegen die staatliche Macht aufgeben haben, sonst hätte er nicht zum Präsidenten der Republik kandidieren können. Durch ihre Zerschlagung wurde die Bewegung zwar organisatorisch geschwächt, aber nicht ausgelöscht. Als religiöser Führer der Bewegung gilt heute Ayatollah Mesbah-Yazdi.

Ursprünglich richteten sich die Anhänger der Sekte vor allem gegen die Baha'is, eine Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene aufklärerische Abspaltung des Schiitismus, welche die Einheit aller Religionen predigt. Heute sind die Baha'is allerdings radikale Prowestler. Die Hojjatieh wurde aber auch mit einem radikalen Zetismus gegen Sunniten und Linke in Verbindung gebracht, der durch ihre Verankerung in paramilitärischen Apparaten sehr bedrohlich erschien.

Während sich Ahmadinežad im Atomstreit eines breiten Konsenses in der ganzen Gesellschaft sicher sein kann, scheint das für seine radikale Rhetorik gegen Israel und den damit verbundenen verbalen Konfrontationskurs gegen den Westen nicht der Fall zu sein. Das Establishment hat gerade auch wegen dem Bestehen auf das Atomprogramm ein Interesse an Deeskalation. Eine Interpretationsmöglichkeit für diese Diskrepanz könnte darin bestehen, die Verbalattacken gegen Israel als Versuch Ahmadinežads zu deuten seiner institutionellen Schwäche mittels der Anrufung der nach wie vor antiimperialistisch gesinnten armen Massen auszugleichen. Wobei hinzuzufügen ist, dass der verbale Antizionismus in der gesamten islamischen Welt ein beliebtes Mittel zur Beruhigung der Massen ist, während realpolitisch die Beziehungen zur USA und indirekt zu Israel gepflegt werden. Im iranischen Fall scheint vor allem auch die westliche Medienmaschine mit Akribie nach solchen Äußerungen zu suchen, während sie diese bei prowestlichen Regimes geflissentlich

verschweigt.

Das herrschende Establishment selbst ist jedoch keineswegs einheitlich. Das iranische politische System zeichnet sich durch einen intensiven und schwer durchschaubaren Fraktionismus aus, der den Ausgleich der Interessen gewährleistet und dem die relative Stabilität zu verdanken ist. Klar erkennbar sind neben jener Ahmadinežads indes drei Tendenzen.

Einerseits sucht die im Klerus fest verankerte kapitalistische Elite eine vorsichtige Eingliederung in die Weltwirtschaft und einen Ausgleich mit dem Westen. Sie will dabei jedoch keineswegs das klerikale Regime stürzen, sondern die antiimperialistischen und sozialen Momente zurückdrängen. Ihr bekanntester Exponent ist Ayatollah Rafsanjani.

Andererseits sind da die liberalen Reformer. Sie stützen sich auf die städtischen Mittelschichten, die sich an den kulturellen Restriktionen stoßen, mehr westliche Kultur wollen und nach bürgerlicher Demokratie streben. Obwohl ihre Exponenten ebenso aus dem Klerus stammen, tendiert die Basis zur Überwindung des islamischen Systems überhaupt. Ihre Niederlage bei den Wahlen hängt damit zusammen, dass die Führung letztlich die Islamische Republik stabilisieren und nicht abschaffen will. Eventuelle Unterstützer in den Unterschichten haben sie dadurch verprellt, dass sie im Block mit der kapitalistischen Elite die soziale Schere haben aufgehen lassen. Auch für sie heißt ganz nach der amerikanischen Formel mehr demokratische Freiheit mehr Markt.

Dann wären da noch die so genannten Konservativen, die mit Ayatollah Khameine'i das Zentrum und den obersten Schlichter stellen. Entgegen der äußeren Erscheinung sind sie fest mit der kapitalistischen Elite verbunden, die aus ihrer Mitte stammt. Außerdem dürfte die Bazar-Handelsbourgeoisie, die als wesentliche sozialpolitische Kraft hinter den Islamisten deren Sieg über die Linke während der Revolution 1979 ermöglichten, nach wie vor hinter diesen Zentrumskonservativen stehen – wenn auch durchaus geschwächt. Doch die Vorsicht ge-

genüber dem neuen Präsidenten zeigt, dass auch diese Gruppe, ebenso wie alle anderen, nicht geschlossen ist, sondern fließende Übergänge bestehen.

US-Strategie

Nach dem Wahlsieg von Ahmadinežad hat man in Washington ganz offensichtlich die Strategie der langsamen inneren Transformation des Systems hin zum Westen ad acta gelegt. Wieder einmal haben sich die Neokonservativen durchgesetzt. Die USA dreht systematisch die Spirale der Eskalation, wobei sie jedoch ihre eigene diplomatische Isolation, wie sie gegen den Irak in der Hybris der Allmacht riskiert wurde, zu vermeiden versucht. Daher wird Schritt für Schritt vorgegangen, die öffentliche Meinung präpariert, die Medien gleichgeschaltet sowie die Verbündeten nicht nur eingebunden, sondern wie die EU-3 zeigen, sogar vorgeschickt.

Trotz des Geredes von "smart sanctions" und Ähnlichem bleibt im Zentrum der Drohung der Einsatz der US-Armee gegen den Iran. Bush und seine zweite Reihe werden nicht müde bei jeder Gelegenheit zu betonen, dass alle Optionen offen blieben, einschließlich der militärischen.

Doch selbst den aggressivsten Kriegstreibern leuchtet ein, dass die Eroberung des Irans mit einer anschließenden Besatzung wie beim westlichen Nachbarn die Kraft der bereits mit dem Irak überbeanspruchten US-Militärmaschine weit übersteigt ergo unmöglich ist. Das heißt aber keineswegs, dass sie nicht zum Einsatz kommen kann.

Das wahrscheinlichste Szenario ist die "air campaign" wie gegen Jugoslawien, die auch die technologische Überlegenheit der USA am wirkungsvollsten auszuspielen vermag. Das Bombardement der Atomanlagen mag als Vorspiel und Test dienen, kann aber alleine genommen wenig bewirken. Im Gegenteil könnte es politisch viel wahrscheinlicher die antiamerikanischen Kräfte im Iran stärken und zu einem nationalen Schulterchluss führen.

Hinzu kommt die äußerst brisante Frage des Einsatzes von taktischen

Atomwaffen, den so genannten "mini nukes". Von allen Militärkommentatoren ist zu vernehmen, dass nur diese eine wirksame Zerstörung der gut geschützten und tief eingegrabenen Produktionszentren herbeiführen können. Auf der einen Seite brähe der schon im Kalten Krieg angedachte Einsatz von kleinen Nuklearwaffen ein von der Linken und Friedensbewegung in den 70er und 80er Jahren aufgerichtetes Tabu, der den atomaren Massenmord von Hiroshima und Nagasaki in Erinnerung rief. Dies könnte die öffentliche Meinung im Westen und insbesondere in Europa gegen den Krieg aufbringen und die Pro-US-Regierungen vor Probleme stellen. Auf der anderen Seite wäre es aber auch ein eindrucksvoller Beweis der amerikanischen Skrupellosigkeit, ihre Überlegenheit auch tatsächlich einzusetzen. Wie bei den verbrecherischen Bombenabwürfen über Japan käme es vor allem auf die politische Wirkung der Abschreckung jeglichen Widerstands gegen das US-Reich an.

Das eigentliche Ziel des Regimewechsels kann, wenn überhaupt, nur mit einem wochen- oder monatelangen Bombardement aller für das staatliche Funktionieren wichtiger Einrichtungen sowie der glaubwürdigen Androhung von Massenvernichtung gegen die Zivilbevölkerung bewerkstelligt werden. Dieser Luftkrieg würde mit der „Projektion“ militärischer Macht von allen Nachbarstaaten einhergehen, in denen sich die USA festgesetzt haben. Und das sind fast alle – angefangen vom Irak, der Türkei über Afghanistan bis hin zu den arabischen Golfstaaten. Lediglich vom Norden her fehlt den USA das Aufmarschgebiet. Doch ginge es nicht um eine große Bodeninvasion, sondern im Falle des Wankens des Regimes um ein schnelles Eingreifen, das einerseits der Islamischen Republik den letzten Stoß versetzen und andererseits die von den USA favorisierten Kräfte an die Macht bringen soll.

Dazu bedarf es einer groß angelegten politischen Operation nach serbischem Vorbild, das in der Folge in viele ehemalige Sowjetrepubliken mehr oder weniger erfolgreich ex-

portiert wurde.

Freilich stellen sich die politischen Bedingungen im Iran erheblich anders dar. Im Gegensatz zu den Ex-Sowjetrepubliken hat der Staatsapparat nicht nur einen antiimperialistischen Kern, sondern verfügt, zumal im Kriegsfall, über eine signifikante Unterstützung in den Volksmassen. Wie im Krieg gegen den Irak kann nicht nur mit dem islamischen, sondern auch mit dem in Persien weit über den islamischen Einfluss hinausgehenden nationalen Moment gerechnet werden.

Aber auch die proimperialistischen Kräfte können einiges aufbieten. Ihren Kern stellen die städtischen Mittelschichten mit ihrem Ruf nach Demokratie dar. So sehr die amerikanischen Bomben als Übel empfunden werden würden, so wären sie doch entschieden das kleinere. Auch Teile der kapitalistischen Eliten, selbst jene in enger Verbindung mit dem Klerus oder gar selbst aus diesem stammend, würden den Regimewechsel begrüßen, stellte er sich einigermaßen realistisch dar.

Die tragische Rolle der iranischen Linken zeichnet sich schon ab und könnte jener der irakischen KP ähneln. Anders als im Irak verfügt diese trotz der blutigen Repression über erheblichen Einfluss auf die Arbeiterklasse, die im Gegensatz zum vom UN-Embargo zerrütteten Zweistromland, eine nicht zu unterschätzende politisch-soziale Rolle spielt. Diese steht im Wesentlichen schon heute gegen das islamische Regime mit ihrer doppelten Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Bedeutende Arbeitskämpfe und Streiks erschüttern regelmäßig das Land und werden mit eiserner Hand niedergehalten. Eingedenk der Geschichte und der heutigen Positionen der Linken muss man annehmen, dass sich diese Arbeiterklasse unter Führung der historischen Linken im Konfliktfall nicht auf die Seite des Regimes gegen den Imperialismus stellen würde. Ohne offen für die imperialistische Aggression einzutreten würden die abstrakten Forderungen nach Demokratie jedoch die imperialistischen Interessen befördern und der Einsetzung eines Marionettenregimes à la Bagdad Vorschub leisten. Um eine

selbstständige Rolle zu spielen ist die Arbeiterklasse indes politisch entschieden zu schwach – ganz im Gegensatz zur Periode der Revolution von 1979. Die damalige Niederlage muss allein dem Opportunismus der Linken zugeschrieben werden. Die potenzielle Kraft zum Sieg hatte sie.

Das entscheidende strategische Problem besteht im Bündnis mit den städtischen und ländlichen Unterklassen, die noch immer einem radikalen politischen Islam anhängen, der in der Arbeiterklasse berechtigterweise seine Anziehungskraft schon verwirkt hat. Es besteht wenig Hoffnung, dass sich die Linke diese Frage überhaupt stellt, geschweige denn sie zu lösen vermag.

Seitens der USA wird auch an den nationalen Minderheiten gearbeitet werden, die zwischen einem Drittel und der Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen, allen voran die Turkvölker und die Kurden.

Der Ausgang der Konfrontation kann a priori nicht vorausgesagt werden. Mit Sicherheit handelt es sich um den größten Brocken, den sich das *American Empire* bis jetzt vorgenommen hat. Doch es gibt eine innere Logik der Macht. Jeder Krieg öffnet neue Konflikte, die ihrerseits neue Machtdemonstrationen und Kriege erfordern. Einen Konflikt zu eskalieren und dann zurückzuziehen, wüchse sich für das US-Reich zu einem Eingeständnis der Schwäche aus, was zu einer Kettenreaktion des Abfalls von Verbündeten und der Entfaltung von neuen Widerstandspunkten führen kann. Bereits jetzt ist es so, dass die USA das proklamierte Ziel des *regime change* in Teheran kaum ohne Gesichtsverlust abblasen können. So nehmen die Dinge ihren Lauf.

Faustpfand Irak

Der verständlichste Einwand gegen die antiimperialistische Position, mit dem Iran Seite zu beziehen, kommt vom irakischen Widerstand. Dieser führt ins Treffen, dass ohne die iranische Hilfe die US-Besatzung des Irak nicht möglich wäre. Dieser Vorwurf trifft ins Schwarze. Es sind die iranisch kontrollierten Kräfte des „Hohen Rats der Islamischen Revolution



im Irak“ (SCIRI), die das Marionettenregime stellen und die Schiiten ruhig halten. Über das hinaus begehen sie unverzeihliche Verbrechen nicht nur am Widerstand, sondern auch an der diesen unterstützenden Zivilbevölkerung. Nicht umsonst werden sie nach den US-Schergen in Lateinamerika Todesschwadronen genannt.

Doch die Schlussfolgerung unserer irakischen Freunde, dass angesichts der iranisch-amerikanischen Kooperation im Irak der iranisch-amerikanische Konflikt über die Nuklearfrage nur inszeniert, ein reines Ablenkungsmanöver sei, ist dennoch falsch und kurzsichtig. Richtig mag sein, dass im persischen Verhalten ein Element des expansionistischen Bestrebens einer Regionalmacht, die als einzige in der gesamten Region formal nie unter Fremdherrschaft stand, festzustellen ist. Neben der historischen Feindschaft zu der hinter dem Widerstand vermuteten Ba'ath-Partei handelt es sich beim Irak jedoch um das wichtigste iranische Faustpfand gegenüber Washington.

Die Schwierigkeiten des Schiitenproblems hatten 1991 schon George Bush senior beschäftigt. Aus Angst vor der iranischen Machtausdehnung hatte er Saddam Hussein bei der Niederschlagung des schiitischen Aufstands gewähren lassen. Erst nachdem nach dem 11. September aus geostrategischen Überlegungen der Krieg gegen den Irak notwendig geworden war, änderte man die Strategie. Dabei half sicher auch die konziliante Haltung der damaligen Teheraner Führung gegenüber dem Westen. Dennoch traf das ein, was des Imperators Vater hintanzuhalten versucht hatte. Der Iran übernahm die Kontrolle über wichtige Teile des Irak.

Zwar gibt es kein offenes Abkommen zwischen Washington und Teheran, aber durchaus ein stilles. Solange die USA den Iran nicht angreifen, macht dieser gute Miene zum bösen Spiel der Besatzung im Irak. Doch sobald die Gegenleistung entzogen wird, droht Teheran implizit mit dem schiitischen Widerstand im Irak. Muqtada al-Sadr, der eigentliche Führer der ira-

kischen schiitischen Massen, hat dies bereits öffentlich angedroht.

Europäische Reue

Hatten Frankreich und Deutschland sich noch gegen die Aggression gegen den Irak gestellt, so lassen sich die großen Drei der EU heute gerne als Rammbock amerikanischer Interessen benutzen. Tatsächlich steht der Aggressionskurs gegen den Iran den wirtschaftlichen Interessen insbesondere Deutschlands diametral entgegen. Es war vor allem die BRD, die mit intensivem Handel unter stiller Duldung Washingtons das Land zwischen Elbrus und Golf in den Orbit des Westens ziehen sollte.

Die jähe Kehrtwende der EUMächte straft jene Lügen, die die dogmatische These von den sich verschärfenden innerimperialistischen Widersprüchen angesichts der Differenzen über den Irak bestätigt sahen. Tatsächlich standen die deutschen Eliten immer fest an der Seite der USA und Schröders Absetzung von Washington entpuppte sich als billi-

ger Wahlpopulismus ohne Substanz. Zwar liegen die Dinge westlich des Rheins historisch etwas anders, aber scheinbar reduziert sich die Absetzung von Washington in Paris auf besonders aufgeplustertes Drohgebärde, das Frankreich führenden Anteil an einem Kriegszug suggerieren soll, zu dem die Disproportionalität der Mittel augenfällig ist.

Es liegt auf der Hand: Der Beweis der Unverzichtbarkeit und Zentralität der amerikanischen Militärmacht hat die europäischen Eliten in Form der ostentativen Kriegstreiberei gegen Teheran zu öffentlichen Reuebekundungen veranlasst. Heute ist die gesamte europäische kapitalistische Oligarchie mehr denn je hinter der geballten amerikanischen Militärmacht vereinigt. Ihr Alleingang hat sich nicht ausgezahlt und hat ihm Gegenteil ihrem Abstieg im globalen Machtgefüge nur Vorschub geleistet.

Russland als großer Verlierer

Noch tragischer stellt sich die Situation für Russland dar. Nachdem dieses praktisch sein gesamtes ehemaliges Einflussgebiet an die USA abgeben oder es zumindest mit ihnen teilen musste, blieb Persien der einzige geostrategisch bedeutende Verbündete. Das aber nicht so sehr aufgrund russischer Stärke, sondern viel mehr dank des iranischen Willens seine Souveränität zu verteidigen. So wurde Teheran zu einem der wichtigsten und lukrativsten Exportmärkte für russische Waffen und Atomtechnologie.

Trotz der teilweise erfolgreichen Versuche insbesondere den Rohstoffsektor den prowestlichen Oligarchen zu entziehen und wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen, ändert das nichts daran, dass Russland zum Rohstofflieferanten fast wie Saudiarabien degradiert wurde oder sich selbst dazu gemacht hat. Es hat sich nicht nur wirtschaftlich vom Westen abhängig gemacht, sondern auch politisch vor allem mit dem Krieg in Tschetschenien die Hände gebunden. Die Duldung des Krieges gegen die Selbstbestimmung des islamischen Kaukasusvolkes ist Amerikas Faustpfand für Russlands Duldung des amerikanischen

Krieges gegen den „Terror“, sprich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Das Putin-Regime kann also der US-Aggression gegen den Iran nichts als Hinhaltenaktik entgegensetzen. Substanziellen Widerstand spielt es wie seinerseits gegen Jugoslawien und den Irak nicht. Damit verliert Moskau tendenziell seinen einzigen noch verbliebenen von den USA unabhängigen Partner.

Sollte indes Teheran die Aggression parieren, so werden die geopolitischen Karten ohnehin neu gemischt. Mit Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, dass sich dann das Kräfteverhältnis Moskau–Teheran wesentlich zugunsten Teherans verschieben wird.

Antikriegsbewegung?

Gegen den aufziehenden Angriff auf den Irak marschierten im Westen viele Millionen, was einer der Gründe für die zurückhaltende Position der europäischen Regierungen darstellte. Diesmal zeichnet sich nichts Vergleichbares ab. Das kann auf mehrere zusammenhängende Ursachen zurückgeführt werden:

1. In den Medien gibt es keine kritische Berichterstattung im Gegensatz um Irak-Krieg. Die proamerikanische Haltung der EU-Regime führt zu einer geschlossenen Medienfront.
2. In der Masse der Bevölkerung ist die Hoffnung auf eine europäische Opposition zu den USA erloschen. Zur aktiven Opposition von unten ist sie nicht bereit, geschweige denn zur Unterstützung des Widerstands des angegriffenen Volkes selbst, wie die Isolation des irakischen Widerstands vor Augen führt.
3. Die ideologischen Geschütze, die gegen den Iran aufgeföhren werden, haben eine wesentlich größere Feuerkraft. Wie zuvor schon Milošević wurde Saddam medial zum neuen Hitler satanisiert, zum absolut Bösen, gegen das jedes Mittel, auch wider das Völkerrecht, legitim sei. Nicht nur wegen der rasanten Inflation an neuen Hitlers

überzeugte das nicht. Saddam wurde zwar als Diktator wahrgenommen doch leuchtete der qualitative Unterschied zu anderen mitunter prowestlichen Diktaturen nicht ein. Vielmehr repräsentierte er im *„clash of civilizations“* den alten westlichen Säkularismus gegen den bedrohlichen Islamismus. Daher scheiterten auch die amerikanischen Versuche Saddam als mit al-Qa'ida unter einer Decke steckend darzustellen. Währenddessen ist die Mobilisierung gegen den Islam im Westen von rechts bis links sehr breit und vermag die Massen zu erfassen. Die persischen Mullahs passen perfekt in das Feindbild des „Islamofaschismus“ hinein.

4. Und nicht zuletzt ist auch wieder die Antisemitismuskeule im Spiel, für die Ahmadinejad ja die besten Vorlagen gibt. So richtig seine Infragestellung des Zionismus und Israels ist, so legitim der Hinweis darauf ist, dass, wenn Europa die Schuld für den Holocaust trage, es auch die Last der Wiedergutmachung tragen müsse, so verheerend wirkt sich seine Infragestellung des Genozids an den Juden überhaupt aus.

All das wird uns jedoch nicht daran hindern so wie anlässlich der Aggressionen gegen Jugoslawien, Palästina, Afghanistan und Irak auch gegen den Griff auf den Iran zu mobilisieren und uns auf die Seite der angegriffenen Völker und ihres Widerstands zu stellen. So wie bereits der irakische Widerstand zeigt, ist das US-Reich nicht allmächtig. Wir können nur hoffen und alles dazu beitragen, dass sich dieses am Iran die Zähne ausbeißt.

Willi Langthaler
Wien, 16. April 2006

¹ Siehe dazu ausführlicher die nachstehende Resolution der Antiimperialistischen Koordination.

Hände weg vom Iran!

Amerikanisches Imperium versucht Gegner präventiv zu vernichten

Nach Palästina, Jugoslawien, Afghanistan und Irak ist jetzt der Iran an der Reihe. Teheran wurde schon lang als Kopf der „Achse des Bösen“ bezeichnet, aber die USA hatte andere dringliche kriegerische Notwendigkeiten auf ihrem Weg zu globaler Vorherrschaft.

Die Medienkampagne gegen den Iran basiert auf ähnlichen Vorwänden wie jene gegen den Irak vor einigen Jahren. Wie der Irak wird nun der Iran als Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit dargestellt. Aber der größte Teil der Welt lebt bereits heute weder in Frieden noch sicher. Die kapitalistische Globalisierung und die mit ihr einhergehenden imperialistischen Kriege und Besatzungen bedeuten die Hölle auf Erden für die Mehrheit der Weltbevölkerung.

Diese weiß sehr genau, dass der Kopf und die Quelle ihres Elends die USA und ihre Verbündeten sind. Sie sind die Hauptgefahr. Aber es stimmt, dass der Iran, wie alle Kräfte, die nicht bereit sind, sich völlig Washington unterzuordnen, tatsächlich eine Gefahr

darstellt, jedoch nicht für die Völker, sondern für das Imperium selbst. Jede Bewegung, jedes Volk, jeder Nationalstaat, der fähig wäre seine Souveränität zu verteidigen, würde andere dazu anstoßen dasselbe zu tun, und damit möglicherweise einen Dominoeffekt hin zu einer multipolaren Welt auslösen – ein Szenario, vor dem sich die USA durch präventive Kriegsführung schützen wollen.

„Nichts in diesem Abkommen soll dahingehend interpretiert werden, das unveräußerliche Recht aller das Abkommen Unterzeichnenden zu beschneiden, nukleare Forschung und Entwicklung zu betreiben, sowie Atomenergie für friedliche Zwecke zu nutzen, und dies ohne Unterschied.“ Artikel IV-1 des Atomwaffen-Sperrvertrags drückt sich mehr als klar aus. Was Teheran verteidigt, nämlich das Recht die Kontrolle über den gesamten nuklearen Zyklus zu besitzen, ist in völliger Übereinstimmung mit dem internationalen Recht. Es sind die USA und ihre Verbündeten, welche hier das Abkommen brechen, das von Isra-

el noch nicht mal unterzeichnet wurde. Aber die westlichen Medien stellen die Wahrheit auf den Kopf, genauso wie es in den vorangegangenen Kriegen passiert ist.

Jeder weiß, dass die zivile Nutzung der Atomenergie nicht der Punkt ist. Es geht um die potenzielle militärische Nutzung dieser Technologie, die mit der Entwicklung der Mittel zur Urananreicherung möglich würde. Wir müssen aussprechen, was der Iran nicht sagen kann: So lange die USA und sein Hauptverbündeter in der Region, Israel, bis an die Zähne mit Atombomben bewaffnet sind, ist der Besitz von Atomwaffen in den Händen der Schwachen ein machtvolleres Mittel der Abschreckung, wie Nordkorea der Welt beweist. In einer Periode des totalen Krieges, der von den USA geführt wird, dienen sie dazu, zumindest ein wackeliges Gleichgewicht zu verteidigen. Derzeit kann nur auf diesem Gebiet die überwältigende US-amerikanische Überlegenheit in Militärtechnologie gebrochen werden.

Gegen den Iran bringt der Westen



aber auch seine mächtigste Propagandawaffe in Stellung: Antisemitismus. Das ist nichts Neues und viele neue Hitler wurden überall dort entdeckt, wo die USA anzugreifen gedachten (zuerst Milošević, dann Saddam Hussein und jetzt Ahmadinežad). Der Westen behauptet, Ahmadinežad würde den Holocaust leugnen, was ein ausreichender Beweis für seinen Antisemitismus sei.

Der iranische Präsident stellte fest, dass, wenn die in Europa vorherrschende Annahme, nämlich dass Deutschland als Nation die Verantwortung für den Holocaust trage, richtig sei, dieses auch dafür büßen und Teile seines Territoriums für einen jüdischen Staat zur Verfügung stellen solle. Nicht die Palästinenser, die keinerlei Verbindung zu den völkermörderischen Verbrechen haben, sollten dafür bezahlen, sondern die Deutschen. Diese Folgerung ist absolut korrekt. Die Grundannahme jedoch ist fehlerhaft, nämlich die nicht hinterfragte Annahme der deutschen Kollektivschuld. Das ist nicht der Fehler von Ahmadinežad, sondern jener der europäischen Staatsideologen. Der Imperialismus versucht die Verbrechen gegen die Juden und Jüdinnen dazu zu benutzen heute die Verbrechen gegen die Palästinenser zu rechtfertigen. Tatsächlich waren es die deutschen kapitalistisch-imperialistischen Eliten, welche den Genozid durchführten, mit dem vollen Wissen und der Komplizenschaft des angelsächsischen Imperialismus, der bereits zu dieser Zeit versuchte die antisemitische Bedrohung für den Bau von zionistischen Siedlungen als Brückenköpfe zum strategisch wichtigen Nahen Osten zu nutzen – und nicht die Deutschen als Nation.

Außerdem wird Ahmadinežad vorgeworfen den Holocaust zu leugnen, indem er ihn einen Mythos nennt. Aber den Holocaust einen Mythos zu nennen impliziert nicht notwendigerweise, dass man die historische Realität des Genozids an den Juden und Jüdinnen bestreitet. Was wahr ist, ist dass der Westen den Holocaust mystifiziert hat, indem er ihn aus der Geschichte herausgelöst und ihn in eine Art Zi-

vilreligion umgewandelt hat. Die politische Verwendung davon durch den Zionismus ist naheliegend: Israel wird als der einzige Schutz vor dem ewigen und absoluten die Geschichte vorantreibenden Bösen dargestellt, wobei dieses Böse sich im apokalyptischen Holocaust offenbart hat. Ahmadinežad hat Recht, wenn er feststellt, dass diese zionistische Religion zumindest in Europa einen bedeutenden Stellenwert erreicht hat. Wie sonst wäre es möglich, dass der Genozid der USA in Hiroshima und Nagasaki, in Korea, Indonesien und Vietnam etc. als ein unaufhörlicher Kampf für die Freiheit dargestellt werden kann?

Wenn die arabischen und islamischen Massen zionistische und imperialistische Unterdrückung bekämpfen, dann stellen sie sich auch gegen die Ideologie, in deren Namen sie unterworfen werden. Im Angriff gegen das zionistische Dogma des Holocausts als Legitimierung Israels, ist es nicht verwunderlich, dass dieses hierbei einfach umgedreht und damit der Genozid an den Juden und Jüdinnen selbst in Frage gestellt wird. Das ist die alleinige Verantwortung des Zionismus. Wir wissen nicht, ob der iranische Präsident ebenfalls in diese Falle läuft. Was wir jedoch sicher wissen, ist, dass der historische Antisemitismus nicht mehr die Gefahr für die Juden und Jüdinnen darstellt, die er historisch war, da er seine Unterstützung durch die kapitalistisch-imperialistischen Eliten verloren hat. Heute erhält die Hetze gegen Araber und Muslime diese Rückendeckung durch die Eliten. Sie haben geschickt die erwähnte Zivilreligion aufgebaut, welche unter dem Deckmantel der Verhinderung eines neuerlichen Genozids andere Verbrechen legitimiert. Diese Zivilreligion hat heute eine ähnliche Rolle wie der Antisemitismus zu seiner Zeit.

Die USA und ihre Verbündeten drehen die Spirale der Eskalation. Dieses Mal haben sie ihre Lektion von der Anmaßung der Allmacht gelernt und die Europäischen Verbündeten von Beginn an an Bord geholt. Deutschland, Frankreich und England bereiten die Aggression mit vor. Es ist

notwendig, eine breite Bewegung gegen diese Kriegstreiber aufzubauen, die nationale Souveränität des Iran zu verteidigen und ebenso die Lektionen aus dem Irakkrieg zu lernen, nämlich dass es nicht die europäischen Mächte sein werden, welche die USA stoppen können, sondern der Widerstand der angegriffenen Völker selbst, die der Unterstützung bedürfen.

Gemeinsam mit dem Iran gegen den Westen zu stehen, impliziert keine politische Unterstützung für das Regime in Teheran, ebenso wie die Verteidigung des Irak nicht bedeutet hat, das Regime von Saddam Hussein politisch zu unterstützen. Wir verschließen unsere Augen nicht angesichts der Verbrechen, die vor allem gegen das irakische Volk begangen werden, wo Teheran die US-Besatzer gegen den irakischen Widerstand unterstützt, in der vergeblichen Hoffnung, nicht angegriffen zu werden. Wir verurteilen ebenso die Repression gegen die armen, arbeitenden Massen, die für ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen, sowie die Unterdrückung nationaler Minderheiten. Die Verteidigung der Nation wird ihrer Mobilisierung bedürfen, die der entscheidende Hebel für ihre Stärkung gegen die kapitalistische Elite sein wird, die ihrerseits dazu tendiert sich mit dem Imperialismus wieder zu versöhnen. So wie im Irak unterstützen wir den Volkswiderstand – unabhängig davon, ob dieser islamisch ist oder nicht – gegen die imperialistische Aggression und kooperieren wir mit jedem, der gegen die Aggressoren kämpft.

**Für die Verteidigung
der Souveränität des Iran,
inklusive seines Rechts,
Atomenergie zu nutzen!**

**Für den Abbau
der israelischen Atomwaffen!**

**Keine Sanktionen
gegen den Iran,
stoppt die Kriegstreiberei!**

USA raus aus dem Golf!

*Antiimperialistisches Lager
Juli 2006*

Versinkt der Irak im Bürgerkrieg?

Hoffnung auf Verbreiterung der Front durch den Libanon

Aus dem Irak hört man seit Monaten nichts anderes als Meldungen der Art: „50 Tote bei einem Bombenanschlag auf eine sunnitische Moschee“, „Dutzende Tote bei einem schiitischen Vergeltungsschlag“ usw. Selbst die USA räumen ein, dass sie der Lage nicht Herr sind. Muss man statt vom Widerstand vom Bürgerkrieg sprechen?

USA und Bürgerkrieg

Sich auf die Medienberichterstattung zu verlassen, gibt sicher ein stark verzerrtes Bild von der Lage im Irak. Denn die US-Besatzer haben im Sinne des

von ihnen konstruierte Ethnien.

In dem Sinne wird kaum über die amerikanischen Verluste und die mit unverminderter Intensität fortgesetzten Angriffe des Widerstands berichtet, die oftmals auch ohne Schaden an Zivilisten durchgeführt werden. Militärisch ist der Widerstand jedenfalls keineswegs geschwächt.

Doch es wäre falsch zu behaupten, dass Washington an der ausufernden Gewalt über ein gewisses Maß hinaus Interesse hätte. *Divide et impera* hat zum Ziel selbst als der unersetzliche Schlichter da zu stehen.

Badr versus al-Qa'ida

Tatsächlich gibt es ein Moment des Bürgerkrieges. Da sind auf der einen Seite die pro-iranischen Kräfte, die von den USA an die Macht gebracht wurden. Sie sind in mehr als zwanzig Jahren Krieg zu einer eigenständigen politisch-sozialen Kraft geworden, die die Rache an der Ba'th-Partei zum Zentrum ihrer Aktivität gemacht hat. In dem Maße, in dem der Widerstand gegen die US-Besatzung und ihre Marionetten wuchs, wurde nicht nur der Widerstand mit Ba'th gleichgesetzt, sondern gleich mit der ganzen



Prinzips „teile und herrsche“ durchaus Interesse, Schiiten und Sunniten gegeneinander zu stellen. Sie sind es, die – wie auch andernorts – aus einem politischen Problem, aus Differenzen politischer Kräfte, ein ethnisches Problem erzeugen. So hat auch die von ihnen durchgesetzte Verfassung diesen Ansatz der Dreiteilung des Landes in

Wenn der Schlichter aber nicht mehr zu schlichten vermag, dann geht er als erster seiner Rolle im Spiel verlustig. Auch gegenüber der Weltöffentlichkeit sind die USA angetreten Stabilität zu bringen, wenn nicht sogar Demokratie. Das nicht enden wollende Blutbad ist ihrer Glaubwürdigkeit sicher nicht zuträglich.

sunnitischen Bevölkerung, in der dieser die stärkste Unterstützung genießt. Die Badr-Milizen, sowie auch Truppen unter Kommando der von den schiitisch-islamistischen Parteien geführten Regierung, wurden zu Todesschwadronen gegen den Widerstand, die eine antisunnitische Legitimationsideologie benutzen. Die USA un-



terstützen nach lateinamerikanischem Vorbild diesen schmutzigen Krieg, von dem sie sich die militärische Schwächung des Widerstands erhoffen. Tatsächlich handelt es sich um die einzigen irakischen Truppen, auf die sie sich verlassen können.

Auf der anderen Seite stehen die sunnitisch-islamistischen Kräfte vor allem um al-Qa'ida, die sich dank ihrer guten Bewaffnung, Ausbildung und ihre extremen Opferbereitschaft als Kraft etablieren konnten. Sie hängen der komplementären antischiitischen Ideologie an. Ihre noch verständlichen Argumente gegen al-Hakim und seine Badr-Milizen erhalten aber einen klar antischiitischen Ton, von dem sich alle Schiiten angegriffen fühlen müssen.

So führt ein politisch motivierter Kampf in eine sich aufschaukelnde Spirale der Gewalt zwischen den Konfessionen. Diesem können sich auch die anderen Kräfte, sowohl jene des Widerstands im sunnitischen Bereich, als auch die Bewegung Muqtada al-Sadr nur schwer entziehen, auch wenn sie es in verschiedenster Form immer wieder versuchen.

Die USA treten auf der Stelle

Die offensichtlichen politischen Schwierigkeiten für den Widerstand bedeuten aber im Gegenschluss keineswegs einen Erfolg für die Besatzer. Gegen die Ba'th-Partei haben sie alles auf die schiitische Karte gesetzt. Ihre direkten Marionetten wie Chala-

bi und später Allawi sind bar jeden realen Einflusses geblieben. So mussten sie wohl oder übel die Macht an die pro-iranischen Kräfte übergeben, die sich nun mit Zähnen und Klauen daran festbeißen, mehr als den USA lieb sein kann.

Diese bereiten sich nämlich auf einen Konflikt mit der Regionalmacht Iran vor, die den Irak als Unterpfund in Händen hält. Darum versuchen die Besatzer seit geraumer Zeit ein sunnitisch-gegengewicht aus dem Ba'th-Milieu zu bilden. Die folgenschwere Vertreibung von Ba'th und der sunnitischen Eliten aus dem Staatsapparat soll rückgängig gemacht und so auch dem Widerstand das Wasser abgegraben werden.

Tendenzen, die zur Kollaboration bereit sind, gibt es. Doch der Erfolg der Operation ist keineswegs gesichert. Die Kooptierung der sunnitischen Eliten über das Parlament bleibt höchst instabil, denn dieses spielt kaum eine Rolle. Die schiitische Allianz zeigt sich nicht bereit zur Teilung der Macht. Die USA befinden sich in der Zwickmühle. Während sie auf der einen Seite den Bürgerkrieg anheizen um den Widerstand zu bekämpfen, bedürfen sie zumindest unter den Eliten der Kooperation zwischen den konfessionellen Führungen. Ihr Versuch des Austarierens hin zu einem Gleichgewicht birgt die Gefahr beide Seiten gleichermaßen zu verlieren und dann ganz ohne Pferd dazustehen.

In einem gewissen Sinn verlieren die USA immer mehr die direkte Kontrolle an regionale politisch-militärische Gruppen. Diese verfolgen zu allererst ihre eigenen Interessen, die mit jenen der USA temporär zusammenfallen können, wie es mit der schiitischen Allianz der Fall ist, oder aber auch nicht. Eines ist aber sicher: je mehr die USA die Aggressionsschraube gegen den Irak drehen, desto explosiver wird auch die Lage unter den Schiiten, deren Führung fest an der Seite Teherans steht.

Patt

Zwischen Widerstand und Besatzung existiert also so etwas wie ein Patt. Während die Besatzer immer weniger über verlässliche Marionetten verfügen, kommt der Widerstand in der Bildung einer wirklich nationalen politischen Front nur langsam voran.

Hauptproblem bleibt der Graben zu der schiitischen Armut geführt von Muqtada al-Sadr. Dieser ist halb mit dem Widerstand, halb mit den schiitischen klerikalen Eliten und Teheran. Das hängt einerseits damit zusammen, dass im unter den irakischen Schiiten dominanten politischen Islam der Klerus eine unverzichtbare Rolle spielt, Muqtada selbst aus einer solchen Familie stammt und dieser sein Zentrum historisch im Iran hat. Andererseits verlangen die verarmten Unterklassen nach politischer Mitbestimmung, Demokratie und natürlich der Verbes-

serung ihrer sozialen Lage. Vom Widerstand, der sich aus Elementen der Ba'ath-Tradition sowie einem islamisch-arabischen Nationalismus zusammensetzt, können sie das angesichts der Geschichte nicht ernsthaft erwarten. So scheint ihnen das von Amerika vermittelte Angebot besser als jenes des Widerstands, um so mehr als sie die US-Militärmacht als Werkzeug verstehen, dessen sie sich früher oder später entledigen zu können glauben. Dabei handelt es sich nicht nur um eine gefährliche Illusion. Diese ist auch durch die Machtübergabe an eine neue schiitische Elite aus Klerus, Kriegsherren und Kriegsgewinnlern erkaufte.

Ein damit zusammenhängendes Problem, dass sich auch im sunnitischen Wirkungsbereich des Widerstands auswirkt, ist die politische Abstinenz und die Konzentration auf das Militärische. Man denkt einzig und allein durch den bewaffneten Kampf die Besatzung besiegen zu können. Das hängt einerseits sicher mit der starken Verwurzelung des arabischen Nationalismus im Offiziercorps und dem militärischen Charakter der Ba'ath-Herrschaft zusammen, andererseits auch mit der kriegerischen Tradition der sunnitischen Stämme, die immer in Kontakt und Verbindung mit den Beduinen der arabischen Halbinsel standen.

Der Militarismus geht einher mit Stärkebezeugungen, die die Schwelle der Selbstüberschätzung weit überschreiten. Die daraus folgende Intransigenz verstellt die politische Frage der Hegemonie, der realen gesellschaftlichen Unterstützung. Oft ist man mit einem leeren Patriotismus konfrontiert, der keine Differenzierung, geschweige denn Interessensgegensätze innerhalb der Nation, einräumen will. So können die dringenden politischen und sozialen Interessen der Massen auch nicht angesprochen werden, denn allein das Ende der Besatzung ist als Klammer zu wenig, denn es gibt ganz offensichtlich auch innere Probleme.

Tatsächlich gibt es eine sunnitische Elite, die traditionell die Zügel in der Hand hielt, die durchaus das Interesse an einer Reintegration in den Staat

und das Weltsystem hätte. Sie ist weder urwüchsig antiimperialistisch, geschweige denn revolutionär antikapitalistisch. Sie verlangt nur, dass sie in Würde in ihre alte Rolle wieder eingesetzt wird, wenn nötig auch mit Abstrichen. Die USA haben das bereits erkannt und bereiten die Bedingungen dafür vor. Noch können sie nicht so einfach umsatteln, aber die Stunde der Wahrheit kommt mit der Aggression gegen den Iran. Denn nicht nur die sunnitischen Eliten, sondern bis tief in die sunnitische Bevölkerung hinunter gibt es eine tiefe Aversion gegen den Iran. Das hat bisweilen ein chauvinistisches Element. Doch es enthält auch eine legitime Komponente der Selbstbestimmung, insofern Persien immer hegemoniale Ansprüche hatte. Und in der Neuzeit waren sie noch nie so real wie heute. In der Behauptung einer iranischen Besatzung, die von verschiedenen Gruppen des Widerstands aufgestellt wird, liegt trotz der Übertreibung ein Funken Wahrheit. Diese Stimmung könnte die USA zum gegebenen Zeitpunkt nutzen.

Jedenfalls sind die kollaborationistischen Tendenzen im sunnitischen Bereich unzweifelhaft vorhanden, oft manifest, aber heute wirken sie vor allem unterirdisch. Der Kern des Widerstands versucht sie erfolglos mit der Boykothaltung zu isolieren und isoliert sich dabei selbst.

Diesen Tendenzen ist nur mit dem Projekt einer breiten politischen Front des Widerstands beizukommen, die jede Kollaboration ablehnt, die aber versucht das Volk und damit auch die schwankenden Kräfte mit den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Volkssouveränität, über die konfessionellen Grenzen hinweg zu mobilisieren und organisieren. Dabei ist die Frage von Verhandlungen und der Beteiligung an den Wahlen kein selbstständiges Prinzip, zu dem es vom Widerstand gemacht und zur eigentlichen Demarkationslinie erklärt wird. Wenn sich ein guter Teil der Bevölkerung beider Konfessionen an den Wahlen beteiligt, so heißt das auch, dass der Widerstand noch keine politische Alternative bieten kann. Die Massen tun das nicht

aus Unterstützung für die Besatzung, sondern vielfach versuchen sie ihre Ablehnung der Marionetten der Besatzung auch über die Wahlen auszudrücken. Eine, wenn auch getarnte, Liste des Widerstands, wäre da durchaus zweckdienlich. In einer Situation, wo der Widerstand noch keine vollständige Hegemonie hat, kann ihm das bei der Erringung dieser helfen, statt diese Gelegenheit den wankelmütigen Kräften zu überlassen. Das gleiche gilt für Verhandlungen mit dem Feind: diese sind kein prinzipielles Zeichen der Schwäche unter den Verhältnissen eines Patt. Sie können im Gegenteil ein wertvolles Instrument der Propaganda sein. Wenn sie nicht vom harten Kern des Widerstands selbst geführt werden, so läuft dieser Gefahr, dass kompromissbereitere Kräfte sie führen – mit der großen Wahrscheinlichkeit einer Kapitulation. Nicht der Boykott von Wahlen und Verhandlungen dürfen zum Prinzip erhoben werden, sondern das Programm der vollständigen Befreiung gegen die Besatzung.

Verbreiterung der Front

Der Widerstand hat also noch einige große politische Hürden zu nehmen und muss dabei vielfach über den Schatten seiner Vorgeschichte springen – was ohne Brüche und innere Konflikte nicht möglich sein wird. Seine Entwicklung wird nicht zuletzt auch von äußeren Faktoren abhängen, die helfen könnten das Patt aufzulösen. Bleibt der Brandherd Irak isoliert oder verwickeln sich die USA in weitere Konflikte oder brechen gar befriedet geglaubte neu auf? Der Libanon kann zu einem solchen Fall werden. Sollte es Israel nicht gelingen die Hizbullah substanziell zu schwächen, so wird das auf den irakischen Widerstand und insbesondere auf die schiitischen Unterschichten ansponnende Wirkung haben. Ganz zu schweigen von einem Angriff auf den Iran, der die Situation im Irak unweigerlich zur Explosion bringen würde.

Willi Langthaler
2. August 2006

„Irakische Patrioten müssen Bürgerkrieg unterbinden“

Interview mit Scheich Jawad al-Khalesi, dem Imam der wichtigen Kazimiyah-Moschee in Bagdad und anerkannter schiitischer Würdenträger, sowie Vorsitzender des „Iraqi National Foundation Congress“, der sich als suprakonfessionelle Organisation gegen die Besatzung versteht

Intifada: Die Medien berichten aus dem Irak nur mehr von wechselseitigen Anschlägen Schiiten und gegen Sunniten. Versinkt der Irak im Bürgerkrieg?

Khalesi: Nein, noch gibt es keinen Bürgerkrieg. Die westlichen Medien berichten schon allein durch die Auswahl der Bilder einseitig. Sie versuchen den Widerstand zu verschweigen. Es ist allerdings wahr, dass die Besatzer das Land in den Bürgerkrieg treiben wollen, um die patriotischen Kräfte zu schwächen und zurückzudrängen.

Es scheinen vor allem die Badr-Milizen auf der einen und die al-Qa'ida auf der anderen Seite zu sein, die das Abdriften des Landes in den Bürgerkrieg bewirken.

Das ist sicher nicht falsch. Dennoch muss klar gesagt werden, dass

die Hintermänner in den USA und Israel sitzen. Oft sind es die CIA oder der Mossad, die die Anschläge durchführen. Oder sie bedienen sich lokaler irakischer Kräfte.

Wie treten Sie dem schiitisch-sunnitischen Konflikt entgegen?

Das wichtigste ist zuerst die Menschen über das dahinter stehende Projekt der Besatzer und ihren Plan vom Bürgerkrieg aufzuklären. Es muss klar gemacht werden, in welche Katastrophe sie uns zu führen versuchen. Und dann müssen wir natürlich danach trachten, dass Band zwischen allen Gruppen und Konfessionen der Gesellschaft zu stärken, ihre Gemeinsamkeiten zu betonen. Von Anfang an war unser Ziel die nationale Versöhnung.

Wie steht die nationale Versöhnung zum Widerstand?

Wir wollen die Versöhnung der verschiedenen politischen Parteien, religiösen Gruppen sowie Stämmen vorantreiben, um den Kampf gegen die Besatzung zu stärken. Wir verfolgen dieselben Ziele, wir respektieren dieselben Prinzipien wie der Widerstand.

Wie wirkt sich der israelische Angriff auf den Libanon im Irak aus?

Die zionistische Aggression zeigt die wirklichen Pläne des Westens in der Region. Wir haben immer gesagt, dass der Krieg in Palästina und im Irak nur zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Auch der Libanon ist nur eine Front in diesem gemeinsamen Kampf gegen Israel und die USA.

Das Gespräch führte Willi Langthaler.

2. August 2006



Für eine antiimperialistische Front

Das Bolivarische Venezuela als ein Pol einer globalen antiimperialistischen Bewegung

Bereits am Weltsozialforum in Caracas rief Staatspräsident Hugo Chávez in seiner Abschlussrede die oppositionellen und Volksbewegungen zu einer aktionsfähigen antiimperialistischen Bewegung auf.

Seine Kritik richtete sich explizit auch gegen die nun seit mehreren Jahren stattfindenden globalisierungskritischen Foren, die bisher kaum Aktionsfähigkeit erreichten. Wesentliche antiimperialistische Widerstandsbewegungen und entscheidende Schauplätze der Auseinandersetzung mit dem US-Imperium fanden keinen Zugang oder Aufnahme, insbesondere jene, die in Situationen kämpfen, die sie zu bewaffnetem Widerstand zwingen.

Der Aufruf von Präsident Hugo Chávez traf für viele Antiimperialisten und Volksbewegungen den entscheidenden Punkt. Um die Antiglobalisierungsbewegung weiterzuentwickeln, muss der Schritt zu einer gemeinsamen Front gegen das US-Imperium gelingen, das das Selbstbestimmungsrecht, die Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit für die Völker und Unterschichten mit Füßen tritt.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit, nationale Selbstbestimmung und Demokratie ist damit auch ein Verbindungsglied von Oppositionellen aus Lateinamerika und Europa in einem gemeinsamen antiimperialistischen Interesse und macht den Vorschlag von Präsident Chávez zu einem Gebot der Stunde.

Der bolivarianische Weg der nationalen und sozialen Befreiung Venezuelas zählt derzeit wohl zu den wichtigsten Schauplätzen des Bruches mit der US-zentrierten Weltordnung und ist damit auch eine Chance, die imperiale Idee zu brechen, es gebe keine Alternative zum neo-imperialistischen und neoliberalen Weg der USA und seiner

europäischen Verbündeten. Die Fortsetzung dieses Prozesses in Richtung eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (Hugo Chávez), insbesondere durch die Wiederwahl von Präsident Chávez im Dezember ist für die weltweite Widerstandsbewegung von größter Bedeutung. Der diesjährige Menschenrechtsbericht der USA, in dem Venezuela neuerlich verurteilt wird, ist bereits ein Zeichen, dass die USA auch in diesem Land nicht bereit sind, das demokratische Selbstbestimmungsrecht eines Volkes zu akzeptieren, das einen antiimperialistischen und revolutionären Weg eingeschlagen hat.

Im Dezember 2006 wird das venezolanische Volk über ein neues Mandat seines Präsidenten Hugo Chávez Frías abstimmen. Der antiimperialistische Weg des Präsidenten Chávez kann auf die breite Unterstützung der Bevölkerung, insbesondere der armen Schichten, zählen. Die Losung der bolivarianischen Volksbewegung für die kommenden Wahlen ist: zehn Millionen Stimmen für ein neues revolutionäres Mandat, für die Volksmacht und den Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Die Präsidentschaft von Hugo Chávez zeichnete sich auch durch seine Solidarität mit den kämpfenden Völkern und seine mutigen Anklagen gegen die Verbrechen des Imperialismus aus, wie etwa das Folterlager in Guantánamo, den Terror der Besatzung im Irak und die Kriegsdrohungen gegen den Iran. Am Weltsozialforum rief Chávez zu einer großen Antiimperialistischen Front für einen koordinierten Kampf gegen das Imperium auf.

Wir denken, dass heute die demokratischen, revolutionären und Volksbewegungen aufgerufen sind, ein starkes Zeichen der Solidarität mit

dem souveränen und revolutionären Weg Venezuelas und von Präsident Chávez sowie gegen jegliche imperialistische Einmischung in die Wahlentscheidung des Volkes zu setzen. Die lateinamerikanischen Bewegungen haben bereits verschiedene Strukturen zur Koordination der Solidarität mit dem bolivarianischen Weg gebildet. Wir wollen diesen Beispielen im Rahmen einer internationalen Kampagne in Unterstützung des venezolanischen Kampfes für ein neues bolivarianisches Mandat folgen. Ziel ist es:

- Einen europäisch-arabischen Solidaritätskongress mit dem Bolivarianischen Venezuela zu organisieren.
- Eine Solidaritätskarawane vorzubereiten, die der Volksbewegung und der bolivarianischen Regierung 10 000 Solidaritätsbotschaften aus verschiedenen Ländern mit ihrem Kampf für ein neues Mandat von Präsident Chávez überbringt.

*Antiimperialistische Koordination
März 2006*

Weitere Informationen zu Venezuela zur internationalen Unterstützungskampagne finden sich auf: www.antiimperialista.org



Venezuela zieht Botschafter aus Israel ab

Am 3. August verlautbarte der venezolanische Präsident Hugo Chávez angesichts des Aggressionskrieges gegen den Libanon die Rückrufung des Botschafters der Bolivarischen Republik Venezuela, Héctor Quintero, aus Israel. In einer Erklärung beschuldigte er die USA, hinter dem israelischen Terror gegen Palästina und den Libanon zu stehen. „Die Regierung der Vereinigten Staaten hat verhindert, dass der UN-Sicherheitsrat Aktionen beschließe, um den Völkermord Israels am palästinensischen und libanesischen Volk zu stoppen. Wieder einmal hat das US-Imperium seine Maske fallen lassen.“

Während seines anschließenden Besuches im Iran am 4. August, wo ihm an der Universität Teheran vom iranischen Präsidenten Ahmadinejad eine Ehrenmedaille überreicht wurde, fand Chávez deutliche Worte gegen die US-amerikanische und israelische Politik gegen die arabischen Völker: „Was Israel macht ist Terrorismus und Faschismus. Ich fordere die Welt auf, den Wahnsinn Israels zu stoppen.“ Laut *Aljazeera* und *Jerusalem Post* wies Chávez auch darauf hin, dass „die israelische Elite immer wieder auf die Verbrechen von Hitler am jüdischen Volk hinweist, die verurteilt werden müssen, nicht nur jene

an den Juden, sondern an der ganzen Welt. Aber es ist auch Faschismus was Israel dem palästinensischen Volk antut ... Terrorismus und Faschismus.“ Chávez rief die Völker der Welt zur Einheit auf, um das US-Imperium zu besiegen, denn „sollte das nordamerikanische Imperium noch weitere fünfzig Jahre des 21. Jahrhunderts seine Hegemonie erhalten, ist unser Planet gefährdet.“ Der venezolanische Präsident sicherte dem Iran seine Solidarität zu und verteidigte dessen Recht auf die friedliche Nutzung der Atomkraft. Der Iran sei eine „unbeugsame Fackel und ein Schwert“, wie sie sich auch in Lateinamerika Schritt für Schritt erheben.

Die mutige antiimperialistische Haltung des venezolanischen Präsidenten sowie die zahlreichen politischen als auch humanitären Solidaritätsaktionen des venezolanischen und anderer lateinamerikanischer Völker für Palästina und den Libanon fanden im arabischen Raum große Resonanz. Sechzig oppositionelle Parlamentarier aus Ägypten überbrachten der venezolanischen Botschaft ihren Dank für den Rückzug des Botschafters aus Israel. Hamzeh Mansur, Vorsitzender der Islamischen Aktionsfront Jordaniens, erklärte gegenüber der Presse: „Es ist beschämend, dass, während Vene-

zuela seinen Botschafter aus Israel zurückzieht, israelische Fahnen weiterhin in Amman und Kairo wehen.“

Venezuelas Forderung nach einem nicht-ständigen Sitz im UN-Weltsicherheitsrat, den das Land dazu nutzen will, dem Kampf der Völker gegen das US-Imperium eine Stimme in diesem von den USA kontrollierten Gremium zu geben, findet nicht zuletzt aufgrund dieser internationalistischen und antiimperialistischen Politik von Präsident Chávez seit längerem Unterstützung im arabischen Raum.

Die beispielhafte Haltung von Chávez gegen die US-amerikanische Aggression im Irak und den israelischen Terror in Palästina und Libanon sind ein Beitrag von großer politischer Bedeutung für eine gemeinsame Widerstandsfront von Bewegungen, Völkern und Nationen verschiedenen kulturellen und politischen Hintergrundes auf der gemeinsamen Basis des Selbstbestimmungsrechts und der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Sie trägt entscheidend dazu bei, eine neue Grundlage der Völkerverständigung im Kampf gegen das nordamerikanische Imperium und für die Emanzipation der unterdrückten Völker zu schaffen.

Quelle: *Ha'aretz*, 4. August 2006



Antiimperialistische Araber mit iranischem Volk gegen USA?

Bericht von der Vierten Kairo-Konferenz

Bereits zum vierten Mal trafen im März dieses Jahres in Kairo europäische und arabische Organisationen und Aktivisten zu einer Konferenz gegen Globalisierung, Imperialismus und Zionismus, in Unterstützung des Widerstands im Irak und in Palästina. Getragen wurde diese Konferenz von den Moslemischen Brüdern, der Islamischen Arbeitspartei (Amal), der Karama-Partei (nasseristisch), der linken Tjammu-Partei und den Revolutionären Sozialisten Ägyptens. Die Hauptkraft aus Europa war die englische SWP (Socialist Workers Party), daneben nahmen jedoch heuer auch andere internationale Delegationen an der Konferenz teil, darunter eine große Abordnung aus Griechenland in

forums, Organisationen aus der Türkei, Schottland, Deutschland u. a., sowie das Komitee Freier Irak Norwegen, das Antiimperialistische Lager und der Arabische Palästina-Club aus Wien, die bereits in den vergangenen Jahren der Konferenz beigewohnt hatten.

Die Hauptthemen, die diskutiert wurden, leiteten sich aus der aktuellen politischen Situation nicht nur in Ägypten sondern weltweit ab. Die Frage des irakischen Widerstands war nach wie vor zentral. Unwidersprochen blieb auch in der Abschlusserklärung die bedingungslose Unterstützung des irakischen Widerstands und die Anerkennung desselben als einzig legitime Vertretung des irakischen Volkes.

Weiters stand natürlich der Wahl-

sieg der Hamas in Palästina auf der Tagesordnung. Die Konferenz gratulierte der Hamas zu ihrem Sieg und begrüßte die Entscheidung des palästinensischen Volkes für den Widerstand, gegen die Korruption und den Ausverkauf der unveräußerlichen nationalen Rechte der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung. Bei der abschließenden Pressekonferenz richtete der Hamas-Vertreter aus dem Libanon klare Worte an die anderen palästinensischen Fraktionen, sich nicht vor der Verantwortung zu drücken und sich an der Regierung der Hamas zu beteiligen. Er bekräftigte, dass die Hamas nicht bereit sei, Israel anzuerkennen, im Gegenteil, anstatt von der Hamas zu fordern dies zu tun, sei die Forderung an die arabischen und



westlichen Staaten gestellt, eben diese Anerkennung des Staates Israel wieder zurückzunehmen. Auch stellte er die Forderung nach einer Neustrukturierung und politische Neuorientierung der PLO, vor allem, dass die Repräsentanten gewählt und nicht ernannt werden sollten. Was inakzeptabel sei, sei die Haltung der Fatah, die anstatt den demokratischen Willen des palästinensischen Volkes zu respektieren sich nun jüngst erlaubt hat, die Hamas von der palästinensischen Delegation zum Arabischen Gipfel auszuschießen.

Bei den Diskussionen zur Frage der Demokratie in den arabischen Ländern wurde klar gegen ausländische, insbesondere US-amerikanische Einmischung Stellung bezogen.

In einer eigenen Erklärung gegen die Aggression gegen den Iran wurde der 6. Mai 2006 als internationaler Aktionstag festgelegt. Der 6. Mai wurde gewählt, da an diesem Tag die Auftaktdemonstration des Europäischen Sozialforums in Athen stattfinden sollte.

Weiters findet sich in der allgemeinen Erklärung die Aufforderung auch in Europa Aktionen in Unterstützung des Widerstands abzuhalten.

Der Passus, der vom norwegischen Komitee Freier Irak erfolgreich in die Abschlusserklärung hinein reklamiert worden war, steht in Konflikt mit der Haltung der SWP in England. Die Mobilisierungen gegen den Krieg waren immer auf der breiten Grundlage „Stoppt den Krieg“ und „Bringt unsere Truppen heim“ erfolgt, ohne zum Widerstand Stellung zu beziehen. Dies geschah stets mit dem Argument der Bewegung zu schaden, würde man der expliziten Unterstützung des Widerstands Raum geben. Dabei wird die Tatsache ignoriert, dass in einem Klima der Kriminalisierung nicht nur des Widerstands, sondern auch der politischen Unterstützer desselben in Europa, die offene Stellungnahme für eben diesen die einzige mögliche Verteidigung darstellt. Der Versuch mit dieser Position in der Antikriegsbewegung Hegemonie zu gewinnen oder – realistischer ausgedrückt – nicht mehr ausgeschlossen zu werden und offen

sprechen zu können, heißt nicht die Bewegung zu spalten, sondern ihr mehr politische Schärfe und Klarheit zu verleihen.

Die Organisatoren der Konferenz verblieben damit, sich an der Vorbereitung des Sozialforums in Kairo nächstes Jahr vom 22. bis 25. März zu beteiligen.

Bei der abschließenden Pressekonferenz kam es zu einem Schlagabtausch zwischen Podium und einigen mehrheitlich irakischen Konferenzteilnehmern über die Frage des Iran und ob dieser in seinem Streben nach regionalem Einfluss nicht die arabische Souveränität und Identität bedrohe. Außerdem berichteten die Organisatoren, dass Vertreter aus dem Irak und Jordanien kein ägyptisches Visum erhalten hatten und ihnen somit die Teilnahme an der Konferenz verunmöglicht worden war. Auf die Frage, ob es richtig sei, dass Saddam Husseins Tochter hätte kommen wollen, jedoch nicht erwünscht gewesen wäre, hieß es, dass die Konferenz sich entschlossen hätte, sie nicht als Hauptrednerin einzuladen, um Konflikte zu vermeiden, sie aber als normale Teilnehmerin hätte kommen können.

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Kundgebung auf den Stufen des Gebäudes der Journalistengewerkschaft, in welchem die Konferenz stattgefunden hatte. Im Gegensatz zu letztem Jahr, als sich die Teilnehmer einem riesigen Polizeiaufgebot gegenüber sahen, waren heuer keine Uniformierten zu sehen, wenn auch die Kundgebung von Zivilpolizei aus einiger Entfernung beobachtet wurde.

Die Widerstandskonferenz der arabischen Völker

Im Anschluss an die Kairo Konferenz fand ebenfalls in Kairo eine zweite Konferenz statt. Die Idee zu dieser Konferenz des arabischen Widerstands war von arabischen Aktivisten, die an der Kairo-Konferenz 2005 teilgenommen hatten, geboren worden. Bewusst sollte es bei dieser Konferenz um praktische und konkrete Formen eines panarabischen Widerstands gehen, viel Wert wurde auf die praktische Ausrichtung der Konferenz gelegt, sowie auf

die explizite Unterstützung der politischen Strömungen des arabischen Widerstands. Die Kairo-Konferenz wurde als rhetorisch zwar scharf, praktisch jedoch zahnlos, was nicht zuletzt durch den – heftig kritisierten – Sozialforums-Charakter und die Anwesenheit zahlreicher NGOs bedingt sei, charakterisiert. Auch an dieser Konferenz gab es neben der Beteiligung aus Jordanien, Ägypten, Libanon, Syrien, Irak und Palästina eine europäische Beteiligung, v.a. vom norwegischen Komitee Freier Irak, dem Antimperialistischen Lager, dem Arabischen Palästina-Club, mehreren türkischen linken Organisationen sowie der Kommunistischen Organisation Griechenlands. Aus Palästina nahm u. a. ein Vertreter des Islamischen Jihad teil.

Trotz der richtigen und wichtigen Initiative, die auf praktische Aktionen und panarabistische Koordination auf Basis der Unterstützung des antiimperialistischen Widerstands gegründet ist, waren die Debatten und das Ergebnis der Konferenz eher enttäuschend. Trotz der vermeintlichen Einigkeit kamen einige Differenzen besonders, was die Frage der Rolle des Irans anging, zu Tage, war die Organisationen eher chaotisch und die so sehr angestrebte Koordination von praktischen Aktivitäten eher theoretischer Natur. So war es nicht möglich, in der Abschlusserklärung der Konferenz eine Verurteilung der westlichen Aggression gegen den Iran zu finden, was in erster Linie an dem vehementen Widerstand der irakischen Teilnehmer lag.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Konferenz nicht die letzte Initiative der Widerstandskonferenz der arabischen Völker bleiben wird, sondern die tragenden Aktivisten, vielleicht in kleinerem Rahmen als einer öffentlichen Konferenz, sich über die Bedeutung des Antimperialismus im arabischen Raum einigen und zu – wenn auch kleinen – gemeinsamen praktischen Projekten finden.

Doris Höftmayer

Doris Höftmayer ist Mitglied der *Intifada*-Redaktion.

Zweites Massaker von Qana

Am 18. April 1996 starben bei einem israelischen Massaker im libanesischen Dorf Qana 102 Zivilisten. Am 30. Juli 2006 sind nach libanesischen Angaben von 21 Uhr Ortszeit sechzig Zivilisten darunter etliche Kinder getötet worden.

Sprach die israelische Regierung damals von einem „Versehen“, sagt der israelische UNO Botschafter heute dreist, dass die Zivilisten zwar durch israelisches Feuer umgekommen sind, aber nach israelischer Auffassung doch Opfer der Hizbullah wären.

1996 kam es zu einem Untersuchungsausschuss, bei dem ein Beweisvideo von zwei UNIFIL-Mitgliedern durch Israel und die USA mit Wissen des damaligen UN-Generalsekretärs Butrus Ghali zurückgehalten wurde. Als das Video doch über die Medien an die Öffentlichkeit kam, war dies das Ende von Butrus Ghalis Amtstätigkeit, da für seine zweite Amtszeit von der damaligen US-Regierung Kofi Annan als Anwärter durchgesetzt wurde.

Mit dem damaligen Vorstoß in den Südlibanon erhoffte sich Shimon Peres einen Wahlerfolg, den er nicht errang.

31. Juli 2006

Quelle: TAZ, 27. Juli 2006

Mitglied des Politbüros von Abna' al-Balad verhaftet

Im August 2005 eröffnete der israelische Siedler Natan Zada das Feuer aus seinem Maschinengewehr auf die Insassen eines Busses in der galiläischen Stadt Shefa'amar. Vier Palästinenser wurden dabei getötet. Der Siedler war von einigen mutigen Passagieren überwältigt worden, die damit weitere Bluttaten verhinderten.

Im Juni 2006 wurde sieben Einwohnern der Stadt Shefa'amar, unter ihnen Jamil Saffuri, ein Mitglied des Politbüros der arabisch-israelischen Organisation Abna' al-Balad, verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, den israelischen Siedler umgebracht zu haben.

Die israelische Polizei hatte im August letzten Jahres nichts getan, um diesen Vorfall zu verhindern, obwohl es im Vorfeld mehrere Warnungen gegen den Siedler gegeben hatte. Genauso wenig wurden nachher Untersuchungen gegen die Komplizen von Zada oder die Sicherheitskräfte, die sich geweigert hatten, die arabischen Menschen zu schützen, eingeleitet.

Die Verhaftung der Einwohner von Shefa'ar stellt einen klaren Versuch dar die arabische Bevölkerung einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, sich gegen die Gewalt der Siedler zu wehren. Sie zeigt außerdem deutlich, wie real die Bedrohung für die arabische Bevölkerung in Israel tagtäglich ist.

Quelle: Press Release of Abna' al-Balad movement vom 13. Juni 2006, www.abnaalbalad.org

Ein Brief aus Haifa von Abna' al-Balad

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Brief von der Organisation *Abna' al-Balad*, die sich für die Rechte der arabischen Bevölkerung in Israel einsetzt, der uns Ende Juli erreichte.

Seit Beginn der Invasion des Libanon demonstriert die Anti-Kriegsbewegung mindestens drei Mal in der Woche. In Haifa haben wir Demonstrationen mit zweihundert bis dreihundert Menschen. Nach dem Massaker in Qana waren es fünfhundert. Zu den wöchentlichen Märschen in Tel Aviv kommen einige tausend Menschen und in manchen arabischen Städten wie in Sakhnin oder Shefa'amr sind es auch tausend. 80 bis 90% der jüdischen Bevölkerung hier unterstützt den Krieg und wir werden auf den Demonstrationen von einer Mischung aus Studenten, dem wütenden Mob und der Polizei angegriffen. Eine arabische Frau wurde von zwei verummten Männern attackiert. Sie drangen nach der Demonstration in ihre Wohnung ein und schlugen sie vor ihren kleinen Kindern. Sie musste ins Krankenhaus gebracht werden.

Jeden Tag fallen hier Katjuscha-Raketen, aber das ist gar nichts, wenn man sich vor Augen hält, was im Libanon passiert und was den Palästinensern im Gazastreifen angetan wird. Israel bombardiert mit ½ bis 2-Tonnen-Bomben, Bomben die ein Haus und Dutzende Menschen auf einen Schlag zerstören können. Die Katjuscha-Raketen tragen rund 7–25-kg-Sprengköpfe pro Rakete, sie richten nicht sehr viel Schaden an, auch wenn natürlich die Angst groß ist. Die Hizbullah versucht vor allem Armeeeinrichtungen und Industrieanlagen zu treffen und daher sind die Wohnviertel weniger stark beschädigt.

Olmert und Peretz sind Verbrecher. Sie sagen offen, dass sie die Zivilbevölkerung absichtlich umbringen „um den Libanesen eine Lektion zu erteilen, die sie niemals vergessen werden“. Auch die Bombardierung des UN-Postens war Absicht.

Unsere Demonstrationen werden weitergehen ...

Die Wiener Muslime und die SPÖ – eine erdrückende Umarmung

Die Hintergründe der Spaltung in der Wiener Solidaritätsbewegung

Im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten zeichnet sich Wien durch die Schwäche der Solidaritätsbewegung (insbesondere mit den arabischen Themen), das niedrige politische Niveau dieser Bewegung und die Spaltung, die fast chronisch ist, aus. Diese Spaltung hält seit dem Beginn der palästinensischen Intifada im Jahr 2000 an und kennzeichnete auch die Aktionen der Antikriegsbewegung (Irak) und schließlich die Proteste gegen den Bush-Besuch.

Dieselbe Spaltung sehen wir heute bei den Protesten und Solidaritätsaktionen anlässlich der Libanon-Kriege. Der normale Bürger, der auf die Ankündigung einer Aktion wartet, in welcher er/sie seine Position ausdrücken kann, wird mit zwei Aktionen überrascht, bedauert die Spaltung und kommentiert dies mit dem klassischen Satz: „Die Araber haben sich darauf geeinigt, nicht einig zu sein“. Man wünscht die Einheit, weiß aber nichts über die Hintergründe der Spaltung, die vielmehr auf ein Problem hinweist, das organisch mit den in Österreich operierenden Organisationen, ihrer Natur und ihrem politischen Charakter zusammenhängt.

Daher sehen wir heute, wo alle gemeinsam in Solidarität mit dem libanesischen Widerstand stehen, die Notwendigkeit, alle darüber aufzuklären, was bei den Vorbereitungen der Demonstrationen gegen den Krieg im Libanon hinter den Kulissen gelaufen ist.

Wir im Arabischen Palästina-Club (APC) möchten zuerst auf die folgenden Punkte hinweisen:

Wir im APC haben immer Wert darauf gelegt, die ganze Wahrheit unter den Massen publik zu machen und alle Zeichen der Korruption und der politischen Abhängigkeit aufzuzeigen. Wir verurteilten immer alles, was den arabischen nationalen Konstanten widerspricht. Dies gilt vor allem für die

Palästina-Frage und das Recht der arabischen und islamischen Völker auf alle Mittel des Widerstands. Die Palästina-Frage und der gesamte palästinensische Boden und das Recht auf Widerstand gegen Besatzung, Tyrannei, Konfessionalismus und Unterdrückung waren und sind immer eine rote Linie, und wir erlauben weder uns noch den anderen diese rote Linie zu überschreiten, ungeachtet der eventuell damit verbundenen temporären Vorteile.

Wir haben immer davor gewarnt, dass die arabischen Schicksalsfragen in eine Verhandlungskarte in den Händen bestimmter Führungen umgewandelt werden bzw. dass diese zum

Es ist bedauerlich, dass die vermeintlichen Vertreter der Moslems hierzulande nicht begreifen, dass die qualitativen politischen Einbußen, die sie mit der Verbreiterung der Solidaritätsbasis rechtfertigen, nach dem Ende der Demonstrationen als Konsens bleiben. Nachdem der Vertreter der einen oder der anderen Partei mit seiner Rede fertig ist und jeder nach Hause geht, bleiben die politisch verkürzten Positionen als selbstverständlich und geben der österreichischen Regierung und ihrer Institutionen die Legitimität, die US-amerikanische und zionistische Politik zu befolgen. Der Widerstand und seine Befürworter werden



Stimmenfänger der einen oder der anderen österreichischen Partei werden. Wir lehnen es auch ab, dass die erkämpften Rechte und Errungenschaften der moslemischen Gemeinde zu einer Trumpf in der Hand der österreichischen Regierung werden, die uns zwingt, die arabischen Nationalrechte und die Unterstützung des Widerstands in unseren Ländern aufzugeben und vor den zionistischen Terror-Diffamierungen des Widerstands klein beizugeben.

dadurch kriminalisiert, der Antizionismus wird zu Antisemitismus und die politische Repression zu Terrorbekämpfung.

Diese feigen und opportunistischen Positionen machen der österreichischen Regierung und ihren Institutionen die Mission leichter, solange kein vermeintlicher Vertreter der Moslems in diesem Land den Mut hat, ein Wort zugunsten des Widerstands und gegen den Zionistenstaat von sich zu geben. Sogar die islamischen

Parolen und die Widerstandssymbole werden bei den Großaktionen von diesen angeblichen Vertretern verboten. Wie kann einer den Mut dazu haben, der selbst nicht einmal den Mut hatte, die Einladung des amerikanischen Botschafters zu einem Ramadan-Abendessen abzulehnen, das in der selben Nacht der Erstürmung der irakischen Stadt Falluja stattgefunden hat? Wie kann jemand die Solidaritätsbewegung mit dem Libanon führen, wenn derselbe sich bei den Irak-Aktionen von der irakischen Fahne gestört fühlte? Wie können sie das, wenn sie das politische Niveau der Aktionen so tief herabsetzen, dass sie sich bei der österreichischen Regierung fast für die Aktionen entschuldigen?

Diese Führungen setzen auf die Gedächtnisschwäche der Massen und auf eine unendliche Fähigkeit der Regierung und ihrer Institutionen, die Moslems zu erpressen.

Um die Stimmen der Araber und der Moslems nicht zu verlieren und um ihre Integrationspolitik gegenüber den Muslimen hierzulande fortzusetzen, versuchen die österreichischen Parteien (vor allem die SPÖ), ihre prozionistischen Haltungen möglichst zu vertuschen, indem einige ihrer Vertreter Positionen abgeben, die scheinbar mit der arabischen Sache solidarisch sind. Jedoch geschieht dies in einem Maß, das die Partei in keine verbindliche Position bringt, die die Zionisten und die Amerikaner ärgern könnte. Dafür nehmen sie einige islamische Institutionen zu Hilfe und präsentieren moslemische Persönlichkeiten, welche die Partei innerhalb der Gemeinde vertreten. Zugleich arbeiten diese Persönlichkeiten daran, die Maximalforderungen der Gemeinde herabzusetzen, damit die eventuellen Versprechungen in keinem Widerspruch mit dem Parteiprogramm stehen. Somit wird jede Kleinigkeit, die an sich selbstverständlich und ein Teil der Grundrechte ist, als eine Errungenschaft der Partei und ihrer moslemischen Makler verkauft, die auch damit zu ungekrönten Führungspersonen der Gemeinde werden. Die Partei präsentiert sich dann über diese Makler als die Interessenvertretung der Gemeinde und der Beschüt-

zer des Pluralismus und der Toleranz (Beispiel: Während sogar der ORF die schäbige Aktion der Regierung kritisierte, die nach einem bitteren Reisezug in Rom gelandeten Bürger, die vor dem Krieg im Libanon geflohen sind, mit Autobussen statt mit Passagierflugzeuge abzuholen, bedankte sich der „moslemische Parlamentarier“ Omar Rawi bei der Regierung für diese „Großzügigkeit“.)

Seit den ersten Demonstrationen in Solidarität mit der palästinensischen Intifada, forderten die Vertreter der österreichischen Sozialdemokraten und Grünen sowie einiger prozionistischen Organisationen der Friedensbewegung den Ausschluss der radikalen und „antisemitischen“ Organisationen. Gemeint waren die Organisationen, die den zionistischen Staat gänzlich ablehnen und ihre Sympathie mit dem bewaffneten Widerstand und seinen Fraktionen nicht verheimlichen. Viele arabische und islamische Organisationen akzeptierten damals diese Forderung, um angeblich der Solidarität „Breite“ zu verleihen. Dies war eigentlich der erste Bruch in der Solidaritätsbewegung, nachdem dieser Ausschluss in den folgenden Aktionen zum politischen Konsens wurde. Die Bewegung spaltete sich in „Friedens- bzw. Anti-Kriegsbewegung“ und in Solidaritäts- und antiimperialistische Bewegung.

Wir haben uns immer um einen Dialog mit allen Strömungen bemüht, um eine Aktionseinheit zu schaffen, in der jede Gruppe das Recht behält, sich politisch auszudrücken. Unsere Bemühungen stoßen aber auf taube Ohren bei den Gruppierungen, die dem österreichischen Establishment nahe stehen. Diese entschieden sich immer für ihre engen eigenen Interessen, die organisch an das Establishment gebunden sind. Dies geschah sowohl auf Kosten der Einheit als auch der politischen Position. Als diese aber zu weit mit den politischen Abstrichen gegangen sind, fanden wir uns immer dazu gezwungen, uns an die Massen zu richten, damit die Menschen diese Positionen und Handlungen selbst beurteilen können. Dies wird um so nötiger mit der medialen Hegemonie dieser poli-

tischen Linie, die sich von den staatlichen Medien erstreckt bis hin zu einigen Moscheen, die heute nunmehr zum Sprachrohr des Establishments geworden sind. (...)

In Anbetracht dieser Angaben, halten wir im APC Folgendes fest:

Keine Kompromisse beim Recht auf Widerstand und bei der Priorität der Solidarität mit und der Unterstützung des Widerstands und aller seiner Fraktionen in Palästina, im Irak und im Libanon.

Keine Kompromisse bei der Ablehnung des Zionistenstaates und beim Recht der arabischen und islamischen Völker auf den Kampf zur Befreiung des gesamten palästinensischen Bodens.

Ablehnung aller Versuche des österreichischen Staates und seiner Institutionen, die Solidaritätsbewegung zu kanalisieren bzw. zu diffamieren und die Ablehnung der Kontrolle von Personen, die vom Staat gestellt wurden, über die Solidaritätsbewegung.

Wir rufen alle arabischen, islamischen und solidarischen Kräfte zu einem wahren und erpressungsfreien Dialog auf, um die Solidaritätsaktionen in einer Form zu vereinen oder wenigstens zu koordinieren, die diese Bewegung ihrer politischen Bedeutung nicht berauben.

Wir rufen alle auf, sich an allen Solidaritätsaktionen und –veranstaltungen ausnahmslos zu beteiligen. Zugleich rufen wir alle auf, ohne Angst ihre Unterstützung des Widerstands und ihre Verurteilung der amerikanischen und europäischen offiziellen Haltungen zum Ausdruck zu bringen. Die arabischen Schicksalsfragen sind höher geordnet als die politische Karriere einiger Parteigänger und Establishment-Instrumente und sicherlich wichtiger als „der moslemische Parlamentarier“.

*Arabischer Palästina-Club
5. August 2006*

Die Kriege Amerikas und Israels: Verbrechen im Namen der Freiheit

Erklärung von Initiativ e.V. zum Bush-Besuch in Stralsund

Im März 1999 begann die NATO mit der Bombardierung Jugoslawiens. Im Herbst 2001 wurde Afghanistan von amerikanischen Militärstützpunkten aus angegriffen. Am 20. März 2003 fielen die ersten amerikanischen Bomben auf Bagdad, damit wurde der dritte völkerrechtswidrige Krieg innerhalb weniger Jahre begonnen.

„Im Irak sind ihnen die Handschuhe ausgezogen“

Gemeint sind die US-Besatzungstruppen, welche unter Vorgabe des Demokratieimports 2003 in den Irak einmarschierten. Der „saubere Präzisionskrieg“ zeigt seine hässliche Fratze in der Bombardierung ganzer Dörfer, Schulen und Krankenhäuser.

Freiheit und Menschenrechte auf amerikanische Art bedeutet für die Menschen im Irak: Inhaftierung von Männern, Frauen und Minderjährigen, meist ohne Anklage in überfüllten Gefängnissen, systematische Folter, Erniedrigungen bei Hausdurchsuchungen, völliger Zusammenbruch der zivilen Infrastruktur, Ausbeutung der nationalen Ressourcen.

Die irakischen Städte Haditha und Falluja wurden zum Schauplatz US-amerikanischer Kriegsverbrechen, bei



denen Hunderte Zivilisten starben. Diese Kriegsverbrechen werden von der „internationalen Staatengemeinschaft“ ignoriert, wenn nicht passiv unterstützt.

Deutsche Verantwortung

Deutschland als „Friedensmacht“ zu bezeichnen, ist spätestens seit der Aufdeckung von CIA-Folterflügen über deutschem Territorium absurd. Die Gewährung von Überflugrechten und der Schutz in Deutschland gelegener US-Militärstützpunkte durch Bundeswehrseinheiten entlarvt die ehemalige Bundesregierung als nützliche Erfüllungsgehilfin der US-Krieger. Darüber hinaus muss sich der BND dem Vorwurf stellen, militärische Ziele im Irak ausspioniert zu haben.

Offen kriegsfreudig gibt sich die aktuelle rot-schwarze Bundesregierung unter Angela Merkel. Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar diesen Jahres wirkte Merkel an den Kriegstrommeln gegen den Iran mit. Zum Verhältnis zwischen den USA und der EU bemerkte sie, dass „das Maß an Übereinstimmung erstaunlich ist“. Noch deutlicher ihre Worte im März 2003, kurz nach dem amerikanischen Angriff auf den Irak: „Man hatte einen Punkt erreicht, an dem Krieg unvermeidbar geworden war. Bei einem Nichthandeln wäre der Schaden noch größer geworden.“

Diese Worte könnten demnächst eine Renaissance erleben.

USA und Israel: Immunität vor internationalen Gesetzen

Der offene Bruch internationalen und Völkerrechts ohne Befürchtung vor Sanktionsmaßnahmen durch die „internationale Staatengemeinschaft“ oder den Weltsicherheitsrat, ist offenbar nur zwei Staaten dieser Welt vergönnt: Israel und den USA.

Die USA besitzen nicht nur das

größte Waffenarsenal der Welt, sie sind auch der einzige Staat, der schon zweimal die Atombombe abgeworfen hat. Während sie ungestraft die souveränen Staaten Irak und Afghanistan angreifen und besetzt halten und illegale Inhaftierungslager betreiben, baut Israel eine kilometerlange und meterhohe Mauer quer durch palästinensisches Autonomiegebiet



und annektiert damit die lukrativsten Teile der Westbank, missachtet Dutzende UNO-Sanktionen, ratifiziert den Atomwaffensperrvertrag nicht und erkennt die Urteile des Internationalen Gerichtshof nicht an.

Gaza: Parallelen zur Aufstandsbekämpfung im Irak

Der Einmarsch israelischer Truppen in den Gazastreifen, die Bombardierung des einzigen Elektrizitätswerks und zahlreicher ziviler Einrichtungen gleichen den Methoden der US-Armee im Irak. Die Medien verharmlosen die Zustände in Gaza, begrüßen das „harte Durchgreifen Israels“ und bezeichnen die illegale Inhaftierung demokratisch gewählter Parlamentarier aus Palästina gönnerhaft als „Akt der Terrorbekämpfung“.

Die Befreiung des gefangenge-

nommenen israelischen Soldaten wird als oberste Priorität der „Operation Sommerregen“ genannt. Doch geht es nicht darum, einen einzelnen Menschen mit Bomben und Dutzenden vorrückenden Panzern zu befreien.

Ziel ist, die palästinensische Regierung in die Knie zu zwingen und sich den von Israel diktierten Bedingungen zu beugen. Denn bezeichnenderweise erfolgte der israelische Angriff nur wenige Stunden, nachdem sich die palästinensischen Organisationen Hamas und Fatah auf eine de-facto-Anerkennung Israels und die Zwei-Staaten-Lösung geeinigt hatten. Israel aber ist an einer Entspannung der Lage im Nahen Osten nicht interessiert und wird hierbei von den USA protegiert.

Dies ist nicht das erste Mal, dass das israelische Militär kurz nach ersten Anzeichen für eine mögliche Lösung des Konflikts „Gründe“ für militärische Angriffe findet. Ein einseitiger palästinensischer Waffenstillstand musste im Juni aufgekündigt werden, nachdem bei israelischen Angriffen zahlreiche palästinensische Zivilisten getötet wurden. Unter anderem beschossen israelische Kriegsschiffe einen Strand in Gaza und töteten dabei Menschen, die eine Hochzeit feierten.

Menschen erster und zweiter Klasse

Indes überschlagen sich die Medien darin, das Foto des gefangenen israelischen Soldaten zu zeigen und schildern eindrücklich die Sorge der israelischen Familie um ihren Sohn. Kein Wort jedoch darüber, was die palästinensischen Eltern der 313 Minderjährigen durchmachen müssen, die zumeist ohne Gerichtsurteil auf unbekannte Dauer in israelischer Haft sitzen.

Die Widerstandskämpfer, welche den israelischen Soldaten gefangen halten und als Kriegsgefangenen behandeln, fordern die Freilassung der Frauen und Minderjährigen aus den israelischen Gefängnissen. Zurzeit befinden sich ca. 9 400 Palästinenser in israelischer Gefangenschaft. Darunter sind 126 Frauen und rund 300 Jugendliche. Die jüngsten sind zwölf Jahre alt,

sitzen in so genannter Administrativhaft, ohne Anklage, ohne konkrete Beschuldigung, auf unbestimmte Zeit.

Das Vorgehen Israels kann nicht separat von den amerikanischen Kriegen betrachtet werden. Die USA benötigen Tel Aviv als zuverlässigen Bündnispartner in der arabischen Region. Umgekehrt unterstützt Israel nicht nur die Besetzung des Iraks, sondern auch die amerikanischen Aggressionen gegen den Libanon, Syrien und den Iran. Wesentliche Teile der israelischen Machteliten setzen auf Eskalation und Chaos in der Region, um sich die Legitimation zu verschaffen, die militärische Karte voll auszuspielen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Dies kann jedoch erst geschehen, wenn die USA es wollen.

Mission incomplete

Dass die USA sich nicht davor scheuen werden, in „göttlicher Mission“ auch einen vierten illegalen Angriffskrieg anzuführen, sobald sie dazu in der Lage sind, machen die Worte ihres Präsidenten unzweifelhaft deutlich:

„Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit al-Qa'ida aber er endet nicht dort. Er wird nicht enden, bis jede terroristische Gruppe von globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist.“ (...)

„Die Amerikaner sollten nicht einen Kampf erwarten, sondern eine langwierige Kampagne, anders als alle,

die wir je gesehen haben. Diese könnte dramatische Angriffe einschließen, die im Fernsehen übertragen werden, und versteckte Operationen, die auch bei Erfolg geheim bleiben. Wir werden den Terroristen ihre Geldmittel abschneiden, sie gegeneinander aufbringen, sie von Ort zu Ort treiben, bis es für sie keine Zuflucht oder Ruhe mehr gibt. Und wir werden die Staaten verfolgen, die dem Terrorismus Hilfe zur Verfügung stellen oder ihm einen sicheren Hafen bieten. Jedes Land in jeder Region muss sich jetzt entscheiden – entweder es steht an unserer Seite oder an der Seite der Terroristen.“ (Ansprache des US-Präsidenten am 20. September 2001 vor dem Kongress.)

Imperialistische Hegemonialpolitik und der Widerstand dagegen

Die Streitkräfte der USA sind die mächtigste, modernste und teuerste Armee der Welt. In über 130 Ländern werden mehr als 700 Stützpunkte unterhalten, die Dunkelziffer ist wahrscheinlich weit höher.

Zur Zeit sind jedoch starke Kräfte im Irak gebunden. Das Rekrutierungsalter der amerikanischen Soldaten wurde schon zweimal herabgesetzt, da sich die Suche nach neuen Rekruten äußerst schwierig gestaltet. Immer mehr beflaggte Leichensärge und Soldaten mit schweren Kriegsverletzungen kommen aus Irak und Afghanistan





zurück ins Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“. Der amerikanische Traum ist ausgeträumt.

Immer mehr Länder ziehen ihre Truppen aus dem Irak ab, die Kriegsstimmung der Bevölkerung in den kollaborierenden Nationen sinkt mit jedem Angriff auf ihre Soldaten. Die Kriegslüge, Hussein besäße Massenvernichtungswaffen, oder wollte sie herstellen, ist lange entlarvt.

Seit die US-Truppen in den Irak einmarschierten, stellt sich ihnen ein heftiger Widerstand entgegen, welcher unter der jahrelangen Besatzung noch stärker wurde. Täglich führen die Widerstandsgruppen nach Angaben der US-Armee bis zu 60 Aktionen gegen die Besatzungsmächte durch. Ihre Forderungen sind der sofortige und bedingungslose Abzug aller Truppen und Reparationszahlungen für das irakische Volk.

Weltweit solidarisieren sich die unterdrückten Völker mit diesem Widerstand, der die mächtigste und aggressivste Streitmacht der Welt seit drei Jahren in Atem hält und so zur internationalen Friedenssicherung seinen entscheidenden Beitrag leistet.

Iran als nächstes auf der Abschussliste der „zivilisierten Welt“

Die Falken in Washington befinden sich in einer Defensive, was nicht heißt, dass es keine neuen Kriegspläne gibt. Aktuell wird der iranische Präsident zum neuen Hitler stilisiert. Teheran

wird bedroht und aufgefordert, auf alle mit der Urananreicherung verbundenen Tätigkeiten zu verzichten, obwohl es im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags dazu berechtigt ist.

Die Antikriegsbewegung verhält sich ambivalent oder gar nicht: Die Tatsache, dass gerade eine weitere Massentötung in aller Öffentlichkeit vorbereitet wird, führt nicht zu einer Mobilisierung wie etwa 2003 zum drohenden amerikanischen Krieg gegen den Irak. Weite Teile der Bewegung fallen auf die Dämonisierung des Iran herein und schlucken die Lüge, es werde kein Krieg, sondern eine friedens-erhaltende Operation in Form von „chirurgischen Luftangriffen“ auf iranische Nukleareinrichtungen vorbereitet. Solche „chirurgischen Schläge“ kennen wir schon aus Jugoslawien und Afghanistan, als mehrere Tausend Zivilisten starben. Auch das Massaker im irakischen Falluja wurde als „chirurgische Operation“ deklariert.

Ami go home! Der amerikanische Krieg ist ein Verbrechen!

Mit dem amerikanischen Präsidenten kommt der führende politische Verantwortliche für die völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Irak und Afghanistan nach Deutschland. Während die Bundesregierung irakischen Ölgewerkschaftern und Oppositionellen Visa für die Einreise verweigert, wird der Kriegspräsident mit offenen Armen empfangen.

In Wien stellten sich dem ungebetenen Besuch Bushs 20 000 Menschen entgegen. Auch in Stralsund werden Demonstrationen und Protestkundgebungen stattfinden.

Wir rufen dazu auf, sich an diesen Aktionen zu beteiligen! Wir fordern:

Anerkennung und Unterstützung des irakischen Widerstands!

Bedingungsloser und sofortiger Abzug der amerikanischen und Kollaborationstruppen!

Reparationszahlungen an das irakische Volk!

Anerkennung der demokratischen Entscheidungen des palästinensischen Volkes!

Bedingungsloser und sofortiger Abzug der israelischen Truppen aus Gaza!

Internationaler Widerstand gegen das Vorgehen der israelischen Armee!

Anerkennung der palästinensischen Regierung!

Kein Krieg gegen den Iran!

Kriegsverbrecher ächten!

Initiativ e.V., im Juli 2006

Widerstandskonferenz für den Frieden

Aufgabe für die Antikriegsbewegung, Herausforderung für Europa

Nach dem 11. September 2001 haben die USA und ihre Verbündeten den Krieg der Kulturen erklärt, der sich in erster Linie gegen die islamische Welt richtet. Dahinter steht ihr von den Neokonservativen offen formulierter Anspruch auf ein amerikanisches Reich. Doch statt wie versprochen Frieden, Freiheit und Wohlstand zu bringen, schießen sie die Welt in Brand. Sie riskieren einen neuen Weltkrieg, wenn wir uns nicht überhaupt bereits in einem solchen befinden.

Überall treffen sie auf Widerstand: in Afghanistan, in Palästina, im Irak, im Libanon aber auch in der nicht-muslimischen Welt wie in Asien oder Lateinamerika. Überall wächst der Widerstand der unterdrückten Völker und verarmten Massen, dessen Niederschlagung als „Krieg gegen den Terror“ gerechtfertigt wird.

Der größte Teil der Weltbevölkerung hat schon lange begriffen, dass von den USA, Israel und ihren Verbündeten die Hauptgefahr für den Frieden ausgeht. Was indes unter den aktiven Kriegsgegnern in Europa umstritten ist, ist die Frage, wie dem Krieg Einhalt geboten und der Frieden erreicht werden kann.

Die moderaten Teile der Antikriegsbewegung setzen auf die westliche Zivilgesellschaft und die Vernunft der internationalen Staatengemeinschaft, also auf die UNO und ähnliche Institutionen. Schon allein die Tatsache, dass die Antiglobalisierungsbewegung, wie sie Ende der 1990er Jahre entstanden war, von der Bildfläche verschwunden ist und eigentlich nun mehr von der Antikriegsbewegung die Rede ist, zeigt eine wichtige Verschiebung an. Die Illusion, die Globalisierung, die vorwiegend als ökonomisch verstanden wurde, zu bekämpfen ohne den Imperialismus anzutasten, ist zerstorben. Die kapitalistische Globalisierung hat sich als organisch imperialistisch, ja sogar imperial herausgestellt. Der permanente Krieg stellt sich als einer ihrer Wesenszüge dar.

Die Antiimperialisten haben von Anfang an gesagt, dass es vor allem die angegriffenen Völker selbst sind, die dem US-Präventivkrieg und damit auch der Globalisierung etwas entgegen setzen können. Ihr Widerstand muss unterstützt werden. Nur so kann der Friede erreicht werden. Dauerhafter Friede setzt Gerechtigkeit voraus, deren Grundbedingung die nationale Selbstbestimmung ist.

Nachdem der irakische Widerstand sich Schritt für Schritt entfaltet, haben die Kräfte in Europa und in der Welt, die diesen unterstützen, sich zu einem Netzwerk, zu einer Koalition zusammengeschlossen. Sie wollen ihm nicht nur eine Stimme geben, so dass ein Dialog für den Frieden überhaupt erst möglich wird, sondern auch Schritte zu dessen Anerkennung als legitimen Repräsentanten des irakischen Volkes setzen.

Für den Herbst 2005 war die erste Konferenz mit hochrangigen Vertretern der irakischen Opposition gegen die Besatzung, der Zivilgesellschaft, der konfessionellen Gruppen sowie des politischen Widerstands geplant. Sie hätte in Rom stattfinden sollen. Doch Berlusconi Außenminister Fini verweigerte den irakischen Repräsentanten auf Geheiß Washingtons die Einreise. Der große Bruder hatte sich offen in Form eines Briefes von 44 US-Kongressabgeordneten eingemischt, in dem sie nicht nur die Unterbindung der Konferenz forderten, sondern auch die Illegalisierung des Antiimperialistischen Lagers, der internationalen Organisation der *Anti-imperialistischen Koordination* (AIK).

In dem mittlerweile verstrichenen Jahr hat sich nicht nur die amerikanisch-zionistische Aggression gegen die Palästinenser und den Libanon weiter verschärft, sondern ist auch der Widerstand gewachsen. Das Projekt der Konferenz muss nun erweitert werden: Einerseits gegen die Kollektivstrafe, die dem palästinensischen Volk für seinen Willen zum Widerstand auf-

erlegt wurde sowie für die Anerkennung der demokratisch gewählten Regierung, andererseits für ein sofortiges Ende der israelischen Aggression gegen den Libanon und die Anerkennung der Hizbullah als Organisation des Volkswiderstands.

In Italien wurde indes im Frühjahr 2006 die Regierung Berlusconi abgewählt und es herrscht heute eine Mitte-Links-Koalition, die ein Ende der italienischen Beteiligung an der Besatzung des Iraks versprochen hat. Ihr Wahlerfolg, so knapp er auch immer war, hängt jedenfalls mit der Hoffnung auf Frieden zusammen. Auf der anderen Seite hat die neue Regierung Prodi Washington die fortgesetzte Treue Italiens versichert.

Die erst vor kurzem beschlossene Verlängerung der italienischen Militärmismissionen in Afghanistan, Irak, Bosnien und Kosovo gemahnen zur Skepsis hinsichtlich einer eventuellen Bereitschaft der Regierung für den Frieden zuzulassen. Dennoch muss es versucht werden. Der Kampf darum ist bereits im Gange. Selbst wenn er negativ ausgehen sollte, hat die Kampagne zumindest dazu gedient, den Menschen die Augen über den pro-amerikanischen Charakter auch der Linksregierung zu öffnen.

Gleichzeitig laufen in anderen Ländern Vorbereitungen wie beispielsweise in Schweden. Man muss aber darauf gefasst sein, dass EU-Europa im Schlepptau der USA weiter die Stimme des Widerstands unterdrücken und die Konferenz verunmöglichen wird. So könnte es denn sein, dass man nach Venezuela ausweichen wird müssen.

Willi Langthaler
5. August 2006

Weitere Informationen über die Widerstandskonferenz für den Frieden:

www.iraqiresistance.info

Gegen die Besatzung, für den Widerstand

Für einen gerechten Frieden im Irak und in Palästina

Für eine Internationale Konferenz, um all jenen eine Stimme zu geben, welche für die Freiheit des irakischen Volkes kämpfen, für die politische Anerkennung des Widerstands, für das Zusammenkommen von Vertretern des irakischen Widerstands, und auch Vertretern anderer kämpfender Völker des Nahen Ostens mit den Kräften der Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegung!

Die Konferenz soll den legitimen Vertretern des palästinensischen Volkes Gehör verschaffen und für ein Ende des Embargos arbeiten, welches durch Israel, die USA und die Europäische Union gegen die letzten Jänner gewählte Regierung verhängt wurde – ein Embargo, welches das ganze palästinensische Volk verhungern lässt, ganz nach Vorbild des Embargos gegen den Irak ab 1991.

Mehr als drei Jahre sind vergangen seit dem Beginn der Aggression gegen den Irak. Die Besatzungstruppen ertränken das Volk in Blut, bombardieren Städte und Dörfer, foltern Gefangene, ermorden Oppositionelle und jeden, der Widerstand leistet, ebenso wie eine gewaltige Zahl unschuldiger Zivilisten (manche Quellen sprechen bereits von etwa 250 000 Opfern).

Diese Verbrechen werden begangen, um ein Land zu unterwerfen und auszubeuten innerhalb einer wohl definierten amerikanischen Strategie, deren Ziel es ist, den gesamten Nahen Osten zu kontrollieren, als einen Eckpfeiler des Amerikanischen Imperiums. Im Irak sieht sich dieser imperialistische Plan einem außergewöhnlichen Volkswiderstand gegenüber, der weder angesichts der Brutalität der Besatzung noch der internationalen Kräfteverhältnisse, die sich ungünstig wie nie zuvor präsentieren, kapituliert.

Heute sieht sich der Widerstand einer neuen Gefahr gegenüber: Angesichts des Fehlschlages jeglicher ihrer „Normalisierungs“versuche, bemühen

sich die USA einen Bürgerkrieg zu entzünden mit den klassischen Mitteln eines „schmutzigen Krieges“, womit sie ausreichend lange Erfahrungen haben. Wir sind davon überzeugt, dass der Widerstand fähig sein wird, dieses schwierige Hindernis zu überwinden, weil er tief im irakischen Volk verwurzelt ist.

In den letzten Jahren war der Befreiungskampf des irakischen Volkes die Avantgarde des Widerstands gegen das imperialistische Projekt im Nahen Osten. Er gibt neue Impulse für den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die zionistische Besatzung, neue Hoffnung für Millionen, welche noch immer in den Flüchtlingslagern im Libanon, Syrien und Jordanien leben, einen neuen Horizont für die arabischen Massen, die dafür kämpfen ihre eigenen autoritären, den USA hörigen Regime zu stürzen.

Der Widerstand der Irakis wurde zu einem Symbol für jeden, der gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit kämpft, nicht nur im Nahen Osten, sondern weltweit.

Es ist daher umso schwerwiegender und völlig inakzeptabel, dass diesen Befreiungskräften nach wie vor die internationale politische Anerkennung, die sie verdienen, verwehrt bleibt.

Etwa vor einem Jahr verhinderte die italienische Regierung die Internationale Konferenz in Chianciano, Italien, die für den 1. und 2. Oktober 2005 geplant gewesen war, indem sie die Visa für die irakischen Teilnehmer verweigerte. Diese Politik des vollständigen und totalen Schulterchlusses der italienischen Regierung mit den ausdrücklichen Interessen Washingtons ging sogar soweit, selbst Haj Ali, jenem Gefangenen mit Kapuze über dem Kopf aus Abu Ghraib, der das Symbol für die Folter durch die US-Besatzer geworden war, die Einreise zu verweigern.

Deshalb müssen wir gegen dieses Europa ohne Prinzipien und ohne Würde kämpfen. Gegen ein Europa, das den USA so hörig ist, dass ein ganzes Volk und selbst Folteropfer zum Schweigen gebracht werden, ein Europa, das sich in schönen Reden gerne als die Wiege der Menschenrechte präsentiert, während es im Handeln eben diese offensichtlich verletzt. Erst vor kurzem konnte man Zeuge dessen werden, als die Entscheidung getroffen wurde, schlichtweg die Palästinenser auszuhungern indem Unterstützungsgelder gestrichen wurden.

Die Zeit ist reif für eine vollständige politische Anerkennung des irakischen Widerstands. Dieser schließt alle Strömungen – unabhängig ihrer bestehenden politischen und religiösen Differenzen – ein, die Widerstand gegen die Besatzung leisten und die Dreiteilung des Landes ablehnen, wie sie von der Verfassung, die vom Besatzer vorgeschlagen und legitimiert wurde, eronnen wird.

Dem Widerstand Unterstützung zukommen zu lassen und politische Anerkennung für ihn zu gewinnen ist der größte Beitrag, den die Antikriegsbewegung im Westen für den Kampf gegen neue Kriege und Aggressionen, wie jene, die im Moment vorbereitet werden, geben kann. Und dies ist auch der beste Weg „Nein“ zu dem „Kampf der Kulturen“ zu sagen, in den das imperiale Projekt der USA die Welt hineinsteuert.

Es ist Zeit die palästinensische Sache zu unterstützen, den zionistischen Terror und Besatzung zu beenden, den israelischen Kolonialismus zu besiegen, welcher der engste und aggressivste (ganz abgesehen von dem Nuklearwaffenarsenal, das vom Westen toleriert wird) Verbündete der USA in ihrem permanenten Krieg im Nahen Osten ist.

Wir, die Unterzeichnenden, rufen dazu auf, neuerlich eine Internatio-



nale Konferenz für Anfang Herbst in Italien zu organisieren, in jenem Land, das die erste Konferenz verhinderte, jedoch nun eine neue Regierung hat. Damit wird auch dem neuerlich bekundeten Interesse unterschiedlicher Sektoren des irakischen Widerstands Rechnung getragen. Die Aufgabe der Konferenz ist es, die Bewegung gegen den Krieg zu stärken, die Idee eines Friedens basierend auf dem Recht auf Selbstbestimmung der Völker zu bestärken, und politische Unterstützung all jenen zu geben, welche ihr Land von fremder Besatzung befreien wollen.

Unterstützung und Anerkennung für den irakischen Widerstand!

Für ein Ende des Hungerembargos, Unterstützung und Anerkennung der palästinensischen Regierung!

Für die Einheit aller Kräfte, die gegen die Besatzung für einen freien und vereinten

Irak kämpfen!

Gegen die US-amerikanische und israelische Hegemonie im Nahen Osten, für den Sieg des irakischen und palästinensischen Volkes!

Lasst uns die Stimmen der Antikriegsbewegung und des Widerstands vereinigen im Befreiungskampf gegen Krieg und imperialistische Unterdrückung!

*Komitees Freier Irak Italien
Juni 2006*

Bisherige Unterstützer
(Stand 6. August 2006):

Komitees Freier Irak Italien
Komitees Freier Irak Deutschland
Komitees Freier Irak Norwegen
Komitee Freier Irak Malmö (Schweden)
Kommunistische Partei des Irak (al-Kader)
Dr. Hisham Bustani, Anti-Normalization Movement, Jordanien
Democratic Patriot Communist Current, Irak
Antiimperialistische Koordination (AIK)

Linke Front, Ungarn
Iraqi Patriotic Alliance
Free Thought Association Özgür-Der, Türkei
Arabischer Palästina-Club, Wien
Resistant Arab People's Alliance
RAD-ATTAC, Tunesien
Communist Youth Union (KSM), Tschechien
Kommunistische Initiative (KI), Österreich
KKE-ml, Griechenland
Klaus von Raussendorff, Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e.V.
Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes
Human Dignity and Rights HDR, Duisburg
Initiativ e.V. Duisburg
Left Radicals of Afghanistan
Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)
Wilfred Dcosta, Generalsekretär, Indian Social Action Forum (INSAF)
Attac Mazowsze, Polen
Tunisian Institute for International Relations, Paris
Loyalty to Man and Earth, Libanon/Palästina
Irish Unity Committee, Houston, Texas, USA
Redaktion von www.kommunisten-online.de
DKP Hoyerswerda/Sachsen
Tageszeitung *Arbejderen*, Dänemark
Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ)
Palästina-Solidaritätskomitee Graz, Österreich
Kommunistische Arbeiter-Bauern-Partei, Pakistan
Fatma Salah Uthman, Sprecherin der Makhmour Organization for Human Rights and Social Questions, Bagdad

Palästinensischer Minister Atef Adwan sagt Besuch in Wien ab

Außenministerium: „Besuch nicht erwünscht“

Trotz des von der Europäischen Union unter Vorsitz Österreichs verhängten Embargos gegen das palästinensische Volk sowie der Nichtanerkennung dessen demokratischen Entscheids, gewährte Schweden dem palästinensischen Minister für Flüchtlingsangelegenheiten, Atef Adwan, ein Schengen-Visum.

Die in Folge von der antiimperialistischen Bewegung ausgesprochene Einladung nach Deutschland, Italien und Österreich wurde von Herrn Adwan gerne angenommen – jedoch unter der politischen Bedingung, dass dies nicht gegen den Willen der jeweiligen Regierung geschehe.

Dies wäre dem Zweck der Reise zuwider gelaufen, deren Aufgabe es ist, für die Aufhebung der Blockade zu wirken, die den Hunger und das Elend in den palästinensischen Ghettos tagtäglich verschlimmert.

Das österreichische Außenministerium beharrte hingegen auf der extremistischen amerikanisch-israelischen Linie, nach der die Hamas-Regierung isoliert werden müsse. So teilte die Pressesprecherin des Ministeriums, Astrid Harz, der einladenden *Antiimperialistischen Koordination* (AIK) mit, dass „eine derartige Reise nicht erwünscht ist“. Ein Zusammentreffen schloss sie gänzlich aus.

Seitens Minister Adwan wird seine Europa-Reise bereits jetzt als Erfolg angesehen, da Schweden die aggressive Position der EU bereits aufweicht und überdies einige Treffen mit der parlamentarischen Opposition stattfanden. Noch bedeutender ist die Haltung Norwegens, das unter Zurückweisung einer US-Einmischung nicht nur ein Treffen mit einem Ministerialbeamten zugesagt hat, sondern auch dem Sprecher der Hamas, Salah Bardawil, sowie Muhammad Rantisi, dem Bruder des von Israel ermordeten Hamas-Führers, die Einreise gestattete. Beide waren von den An-

tiimperialisten eingeladen worden unter anderem auch nach Österreich zu kommen. Doch Frankreich blockierte die Visen.

Europaweite Kampagne gegen das Embargo

Die EU-Haltung gießt weiter Öl ins Feuer. Während von Demokratie und Entspannung die Rede ist, wird das palästinensische Volk für seinen Wunsch nach Selbstbestimmung abgestraft. Noch nie hat es in Verletzung internationalen Rechts eine so klare und einseitige Stellungnahme für die israelische Besatzungspolitik gegeben. Dass es sich dabei um eine flagrante Verletzung der österreichischen Neutralität handelt, scheint da gar nicht mehr der Rede wert zu sein.

Entweder Europa ordnet sich gänzlich Washington unter, wird voll in den „Zusammenstoß der Kulturen“ gezogen und muss mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen, wie sie die an der Besetzung des Irak beteiligten Staaten verspüren, oder es hebt die Hungerblockade auf und respektiert die Volkswahl. Wir sind überzeugt davon, dass früher oder später die demokratischen Kräfte die Oberhand gewinnen werden, denn alles andere treibt Europa in die Katastrophe des Krieges.

Die Antiimperialisten werden jedenfalls in Zusammenarbeit mit der neuen palästinensischen Regierung eine Kampagne gegen die Blockade und für die Anerkennung der demokratischen Wahl führen. Wir werden weiterhin versuchen Repräsentanten der neuen Regierung nach Europa einzuladen, den Dialog zu fördern und auch eine Delegation nach Palästina zu organisieren.

Europäische Scheinheiligkeit und Hamas-Sieg

Die Palästinenser sollen mit Hunger und Gewalt zur Anerkennung Israels gezwungen werden. Niemand kommt

indes auf die symmetrische Idee Israel zur Anerkennung eines palästinensischen Staates, der UN-Resolutionen oder auch nur der elementaren Menschenrechte aufzufordern, geschweige denn durch Sanktionen dazu zu zwingen.

Es waren die Palästinenser, die im Oslo-Friedensplan einer Zwei-Staaten-Lösung zugestimmt haben. Doch nach zehn Jahren wurde der großen Mehrheit klar, dass Israel maximal Bantustans zulassen, am liebsten aber den Krieg bis zur gänzlichen Vertreibung der Palästinenser fortsetzen würde. Die Wahl der Hamas ist die Aufkündigung eines Vertrages, der von Seiten Israels nie ernst genommen wurde.

Die einzige Lösung für einen gerechten und dauerhaften Frieden ist daher ein gemeinsamer demokratischer Staat von Arabern und Juden, so wie sie sich ihn die historische palästinensische Befreiungsbewegung auf die Fahnen geheftet hat.

Antiimperialistische Koordination
10. Mai 2006

Das vierte ESF und das Internationale Antiimperialistische-Antikapitalistische Treffen

Als Hugo Chávez in seiner Rede am Weltsozialforum in Caracas zum Aufbau einer antiimperialistischen Front aufrief, hatte er damit die entscheidende Aufgabe benannt, die vor uns liegt. Der Aufbau einer antiimperialistischen Linken ist die Herausforderung, der wir uns in der aktuellen Situation stellen müssen. In diesem Aufruf an das WSF kritisierte Chávez klar die Form der Politik in den Sozialforen. Das vierte Europäische Sozialforum in Athen stellte uns neuerlich vor die Frage, wie wir uns diesem Ereignis gegenüber verhalten sollten. Wie schon in Thessaloniki und in Mumbai hat sich die Antiimperialistische Koordination auch diesmal dafür entschieden, sich an einem eigenständigen Projekt außerhalb des ESF zu organisieren. Das Internationale Antiimperialistische-Antikapitalistische Treffen war der Versuch, die radikale Linke und die antiimperialistischen Kräfte zu formieren.

Das Internationale Antiimperialistische-Antikapitalistische Treffen fand vom 4. bis 7. Mai an der Panteion-Universität in Athen statt. Das Treffen wurde von einem Bündnis aus der Kommunistischen Partei Griechenlands – Marxistisch-Leninistisch (KKE-ML), aus der Neuen Linken Strömung (NAR), der Revolutionären Arbeiterpartei (EEK) und der Revolutionären Kommunistischen Bewegung (EKKE) organisiert. Diese Organisationen bildeten den Kern jener Kräfte, die eine Beteiligung am ESF ablehnten. Das Internationale Treffen bewies die Anziehungskraft eines solchen Projektes. Es zeigte deutlich, dass es ein Bedürfnis nach einer Politik außerhalb des ESF gibt.

Inhaltlich wurden dabei die entscheidenden Themen des antiimperialistischen Widerstandes diskutiert. Die Eckpunkte eines neuen antiimperialistischen Projektes kristallisierten sich in

den Diskussionen deutlich heraus. Die unbedingte Solidarität mit dem irakischen Widerstand, die Palästina-Frage und der boliviarische Prozess in Venezuela wurden in den Veranstaltungen breit debattiert. Diese Themen wurden nicht zufällig gewählt, sondern sie stellen Trennlinien zwischen der radikalen Linken und dem ESF dar. Denn gerade die Haltung zum bewaffneten Widerstand im Irak oder die Frage der Anerkennung der neuen palästinensischen Regierung zeigen klar den tiefen Graben zwischen uns und den Positionen des ESF.

Das ESF selbst wurde auch diesmal von der Europäischen Linkspartei (EL) dominiert. Gerade diese Dominanz der EL zeigt eindeutig, wie notwendig und wichtig unser Schritt, uns außerhalb des ESF zu organisieren, war. Zwar gab es innerhalb des ESF den Versuch eine antiimperialistische Plattform zu bilden, doch war die Schwierigkeit groß, sich in der Unüberschaubarkeit Gehör zu verschaffen. Die Hegemonie der EL im ESF war auch in Griechenland, in einem Land mit einer langen und starken Tradition der radikalen Linken, ungebrochen. Das Europäische Sozialforum ist somit zu einem wichtigen Hebel ihrer Politik geworden. Die proeuropäische Position der EL und ihr praktisches Lavieren in der Irak-Frage verunmöglichen die Formierung eines antiimperialistischen Projektes innerhalb des ESF.

Die Antiimperialistische Koordination ist in das Internationale Antiimperialistische-Antikapitalistische Treffen mit drei Vorschlägen hineingegangen. Diese Vorschläge sollten dazu dienen, die antiimperialistischen Kräfte der radikalen Linken in einem kontinuierlichen Projekt zusammenzufassen. Sie umfassen inhaltlich die wesentlichen Eckpfeiler antiimperialistischer Politik. Unser erster Vorschlag ist die neuerliche Organi-

sierung einer Konferenz zur Unterstützung des irakischen Widerstandes. Der zweite Vorschlag ist eine Kampagne für die Anerkennung der neuen, palästinensischen Regierung. Und drittens möchten wir eine Kampagne zur Unterstützung des boliviarischen Prozesses initiieren. Diese Vorschläge sind vom Treffen mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. Doch es erfordert sicherlich noch weitere Anstrengungen, diese Kampagnen gemeinsam umzusetzen.

Das vierte Europäische Sozialforum zeigte die ungebrochene Dominanz der Kräfte der EL innerhalb der Sozialforen. Das Internationale Antiimperialistische-Antikapitalistische Treffen war ein starker und wirkungsvoller Gegenpol. Doch es kann nur ein Schritt sein hin zu einem neuen Projekt der radikalen Linken. Ein Schritt zu jener antiimperialistischen Front, wie sie Chávez dem Sozialforum entgegen hielt. Der Schritt aus dem ESF war ein notwendiger und richtiger. Nun müssen wir uns den neuen Aufgaben im Aufbau einer antiimperialistischen Front außerhalb des ESF stellen.

*Sebastian Baryli
Mai 2006*

Ein Versuch, Moslems politisch mundtot zu machen

Zur Bedeutung der Aussage der österreichischen Innenministerin über „integrationsunwillige“ Moslems



Kaum war die Aussage der österreichischen Innenministerin Prokop, 45% der Moslems in Österreich seien laut einer Studie vom Mai 2006 integrationsunwillig, ausgesprochen, beilieten sich auch schon Vertreter der SPÖ und der islamischen Vereine in ihrem Nahbereich, zu erklären, dass diese Zahl selbstverständlich viel zu hoch sei, tatsächlich gar nicht aus der Studie hervorgehe und in Wirklichkeit nur eine verschwindende Minderheit sich nicht im schönen Österreich integrieren wolle. So sehr kann der Islam gar nicht zum Feindbild und Sündenbock gestempelt werden, als dass seine offiziellen Repräsentanten in Österreich sich nicht trotzdem noch bemüßigt fühlen würden, klare Worte zu vermeiden.

Ansonsten würden diese Prokops Aussage als das bezeichnen, was sie ist, nämlich eine Kampfansage an islamische Menschen, als innen- und außenpolitisch verheerendes Signal.

Prokops chauvinistische Äußerungen kommen im Wahljahr vielen sehr gelegen. Die „österreichische Kultur“ sei in Gefahr, hört und liest man bereits an allen Ecken und Enden, schon bald werde nichts mehr von der österreichischen Kultur übrig sein,

diese werde in einer Flut aus schwarzhäarigen Barträgern und Kopftuchträgerinnen untergehen. Eines stimmt daran: Die österreichische Kultur ist am Aussterben, sie existiert, v. a. in den Ballungszentren, nur noch als klischeehaft übersteigerte Touristenattraktion. Dieser Umstand ist allerdings keineswegs ein Resultat der Immigration aus dem Süden und Osten, sondern vielmehr dem seit Jahrzehnten immer größere Teile der Welt überschwemmendem US-Imperialismus zu „verdanken“, der sich eben auch darin äußert, dass kaum jemand noch einen Satz ohne amerikanische Ausdrücke zustande bringt und dass Konsumverhalten und Lebensstil großer Teile der Bevölkerung dem in den USA üblichen immer ähnlicher werden. Wenn es also darum geht, diejenigen an den Pranger zu stellen, die „unsere Kultur auf dem Gewissen haben“, dann sind Moslems und andere Immigranten, egal woher, ohne Frage ebenso das falsche Opfer wie in der Frage der Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze gehen durch Globalisierung und Neoliberalismus verloren, nicht durch Immigration und kulturelle Unterschiede. Allerdings tritt es sich bekanntlich nach oben nicht so leicht und angenehm wie nach unten.

Der Islam hat in seiner Funktion als verbindendes Element gegen den US-Imperialismus eine starke kulturell-politische Bedeutung. Gerade in kultureller Hinsicht ist der Islam eines der wenigen verbliebenen Elemente weltweit, die sich überhaupt noch dem Amerikanismus entgegenstellen und daher von diesem am massivsten bedroht werden, sei es in politischer, kultureller oder militärischer Hinsicht.

Die „Integrationsunwilligkeit“ vieler Moslems ist oft nichts anderes als eine Verweigerungshaltung gegenüber dem Anspruch der amerikanischen „Kultur“, für alle Menschen erstrebenswert und das Maß aller Dinge zu sein. Insofern ist die „Integrationsunwilligkeit“ also eine starke politische Artikulation. Der Sager der Innenministerin zielt darauf ab, diese Möglichkeit zur politischen Artikulation zu diskreditieren und zu beschneiden. Gegen sol-



che politischen Knebelungs- und Entmündigungsversuche protestieren wir mit aller Entschiedenheit, ebenso wie wir das Recht verteidigen, sich dem Amerikanismus zu verweigern und sich zur islamischen Identität zu bekennen (was eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn man in den Kreisen der Innenministerin tatsächlich Integration anstreben würde und nicht Zwangsassimilierung und Beseitigung aller kulturellen Unterschiede).

Zweifellos sind beim Zusammenleben verschiedener Nationen und Kulturen Kompromisse, Entgegenkommen und Toleranz von allen Seiten nötig, im konkreten Fall sowohl von der Mehrheitsbevölkerung als auch von der islamischen. Das bedeutet aber in erster Linie gegenseitigen Respekt und nicht Zwang zur gemeinsamen Kapitulation vor der weltweiten Einheitskultur. Vielmehr ist es der gemeinsame Widerstand gegen diese Einheitskultur und ihre kriegerischen, kapitalistischen Profiteure, der für das Überleben der einzelnen Kulturen unerlässlich ist.

Die Darstellung des Islam als Bedrohung hat natürlich vor dem Hintergrund der nach wie vor nicht gestillten Kriegslust der USA und ihrer Verbündeten gegen den arabischen und zentralasiatischen Raum eine zusätzlich verheerende Wirkung, nämlich die, dass der Blick auf den wahren Aggressor verstellt wird. Eine Bedrohung für die Welt sind zweifellos die, die permanent Krieg führen und nicht der Iran, der noch nie einen Krieg begonnen hat und dem das Recht auf Selbstverteidigung ebenso zusteht wie jedem anderen Staat. Die österreichische Regierung biedert sich jedoch immer stärker denen an, die nichts anderes als Krieg im Sinn haben, nämlich den USA und der aufrüstenden EU. Damit steigt auch die Gefahr, dass Österreich in Kriege hineingezogen wird.

Von diesen tatsächlichen Gefahren für den Frieden versucht man mit der Terror-Hysterie abzulenken, die natürlich auch durch die Aussage von Prokop nach allen Regeln der Kunst weiter geschürt wird, womit Repressalien gegen Moslems der Mehrheitsbevölkerung als „unerlässlich“ verkauft



werden sollen (und von den österreichischen Haus- und Hof-Moslems unwidersprochen bleiben). Schließlich gehe es ja gegen potenzielle „Islamisten und Terroristen“. Wer gegen den amerikanisierten Lebensstil den Mund aufmacht, gilt bereits als „Hassprediger“, wer dazu aufruft, sich nicht in die Konsumgesellschaft einzugliedern, wird als „gefährlich“ und „radikal“ eingestuft. Dass es hier in weiterer Folge auch darum geht, jede potenzielle oder tatsächliche Opposition gegen den Kapitalismus mundtot zu machen, liegt für Menschen mit demokratischem Restverstand auf der Hand. Was gegen „Islamisten“ angewendet wird, ist in weiterer Folge gegen jeden anderen genauso anwendbar.

Der einzig entscheidende Kampf, der weltweit geführt wird, ist der zwi-

schen Reich und Arm, so sehr die Mächtigen auch versuchen, uns etwas anderes weiszumachen. Die Seite der Reichen versucht eine Weltordnung unter US-amerikanischer Oberhoheit zu errichten, in der ihre Profite abgesichert sind und die überwältigende Mehrheit von den Abfällen vom Tisch der Reichen zu leben hat. Österreich ist dabei keine Ausnahme. Daran wird kein Integrationszwang und keine Abschiebepolitik der Welt irgendetwas ändern. Im Gegenteil, es wird noch sehr viel an gemeinsamer Integrations-Unwilligkeit brauchen, um dem Einhalt zu gebieten.

*Gunnar Bernhard
Juni 2006*

Gunnar Bernhard lebt in Wien und ist in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv.

Imam vom CIA aus Österreich entführt

Der Fall Abu Omar: Kooperation der Geheimdienste der USA und Italiens

Am 17. Februar 2003 wurde ein Abu Omar genannter muslimischer Geistlicher aus Mailand in den Stützpunkt Aviano verschleppt und dort, wie er berichtete, gefoltert und daraufhin nach Ägypten gebracht, wo er ebenfalls gefoltert wurde. Man hat auch Druck auf ihn ausgeübt, mit dem ägyptischen Geheimdienst zu kollaborieren. Dies, nachdem er in Ägypten mit elektrischer und akustischer Folter „behandelt“ worden war. Die Staatsanwaltschaft in Mailand hat das ausführlich dokumentiert.¹

Abu Omar ist ein anerkannter politischer Flüchtling aus Ägypten. An der Entführung beteiligten sich, wie in der italienischen Presse detailreich geschildert, der italienische militärische Geheimdienst SISMI, die Carabinieri, „private contractors“ und *last but not least* der CIA, der Hauptakteur.

Auch ein Wiener Imam wurde verschleppt

Im selben Zeitraum verschwand auch ein in Österreich lebender Imam, wie erst jetzt, drei Jahre später, bekannt wird.

Am Sonntag, den 30. Juli, berichtete der *Corriere della Sera*, dass zwei Monate vor der skandalösen Entführung Abu Omars auch ein in Österreich ansässiger Prediger namens Jamal al-Minshawi verschwand. Sehr wahrscheinlich wurde er ebenfalls vom CIA verschleppt. Der jetzige Imam eben derjenigen Moschee, an der Abu Omar tätig war, gab dies in Mailand am 15. Juni 2004, also etwa ein Jahr später, zu Protokoll.² Es handelt sich laut Mailänder Staatsanwaltschaft bei diesem Imam um Arman Ahmad El Hissiny Helmy, genannt Abu Imad.¹

„Auf dem Weg nach Saudiarabien verschwand er spurlos“, so die Aussage von Abu Imad. „Niemand weiß, wo genau er entführt wurde, noch wo er sich jetzt befindet“. Noch konkreter wird Abu Imad gegenüber dem *Corriere della Sera*: „Von Österreich aus hatte er sich auf eine Pilgerfahrt nach Mekka begeben. Beim Umsteigen in Am-

man verschwand er spurlos.“ Während der in Frage kommenden Zeitperiode fanden, wie aus europäischen Ermittlungen hervorgeht, zwischen Jordanien und Ägypten Dutzende Geheimtransporte statt.²

Die Entführercrew streckt ihre Fühler auch nach Wien aus

Bei den Akten der Staatsanwaltschaft von Mailand befindet sich auch ein Bericht der DIGOS⁴ über George (L.) Purvis. Gegen Purvis wurde von den italienischen Behörden Haftbefehl erlassen. Er war der operative Chef der CIA-SISMI-Aktion, bei der Abu Omar verschleppt und außer Landes gebracht wurde.

Ein ähnliches Entführersyndikat dürfte auch in Wien observiert und operiert haben. Purvis hat sich nämlich auch in Wien aufgehalten, berichtet die DIGOS. Er ist am 3. Juni 2002 am Flughafen Wien eingetroffen.² Was tat er hier?

Redeverbot für Abu Omar und al-Minshawi

Über al-Minshawi hat Abu Imad aus Mailand in den letzten zwei Jahren einiges in Erfahrung gebracht. „Er landete im selben Gefängnis wie Abu Omar. Es wurde mir berichtet, dass ihn die ägyptischen Behörden 2005 bedingt freiließen. Es dürfte ihnen klargeworden sein, dass er mit Terroristen nichts zu tun hatte. Aber er darf mit niemandem reden. Es ist, so heißt es, als ob er verstummt wäre.“²

Der in Österreich legal ansässige Imam wird in Ägypten in einer Art von extrem verschärftem Hausarrest gehalten und hat praktisch keinen Kontakt zur Außenwelt.²

Diese politische Kontaktsperre wird in Ägypten auch mit Abu Omar praktiziert. Er war im April und Mai 2004 drei Wochen lang unter strengen Auflagen bedingt freigelassen. Abu Omars „Freund“, wie ihn der *Corriere* bezeichnet, Mohammed Reda berichtet: „Die ägyptischen Behörden haben ihm aufgetragen, er habe mit nieman-

dem zu reden. Sollten ihm Fragen gestellt werden, dann müsse er antworten, er sei freiwillig nach Ägypten gefahren und habe keinerlei Gewaltmaßnahmen erfahren. Nachdem sie aber bemerkten, dass er mich angerufen hatte und mir über die Entführung und die Folterungen berichtete, haben sie ihn sofort wieder verhaftet.“²

Wenn einer von beiden das Kontaktverbot bricht, wird er sofort verhaftet, gänzlich isoliert und zumeist gefoltert.

Die Wiener Szene wird ausgeforscht

An dem CIA-Terror ist jetzt auch Österreich beteiligt, dessen Behörden, Dienste, Zeitungen, Polizei bis heute über die Verschleppung schweigen.

Die Wiener Polizei forschte allerdings Wiens islamisches Milieu in der Sache Abu Omar aus. Abu Imad erklärte am 8. April 2003, er habe von Mohammed Shawki, dem Vorsteher einer Wiener Moschee, erfahren, er sei einige Tage nach dem Verschwinden von Abu Omar von einem Mann, der Shawki schon bekannt war, einem Geheimdienstler, verhört worden. Man wollte von Shawki wissen, wer denn von ihm Informationen über Abu Omar haben wollte.¹

Über die Entführung Omars war die Wiener Polizei blitzschnell im Bilde. Sie verhört und weiß schon alles. Shawki wird an anderer Stelle gegenüber Abu Imad noch deutlicher. Er sei schon am selben Tage, an dem die Frau Omars dessen Verschwinden gemeldet hatte, von der Wiener Polizei 17 Stunden lang verhört und über Abu Omar und dessen Aktivitäten befragt worden. Er antwortete auf die Fragen der Polizei, hörte aber offensichtlich erst danach von der Entführung. Er ging zur Polizei zurück, es war am 20. Februar, wie er sich zu erinnern glaubte, und fragte sie, wieso ihm gegenüber die Entführung Abu Omars überhaupt nicht erwähnt worden war.

Die schlichte Antwort der Wiener Polizei: Abu Omar befindet sich nicht

mehr in Italien. Langsam dämmerte es ihm, als er sich noch einmal all die Fragen vergegenwärtigte, welche die Polizei ihm gestellt hatte. Wie konnte die Wiener Polizei etwas von der Entführung wissen, bevor noch die Frau Abu Omars darüber berichtet hatte, fragte er sich.¹

Es wäre lächerlich anzunehmen, die österreichische Polizei hätte nichts von der Entführung al-Minshawis gewusst, wenn sie schon über Abu Omar so gut informiert ist.

Was wusste sie davon? Hat sie am Ende dazu beigetragen? Haben die österreichischen Geheimdienste dazu beigetragen? Wer hatte hier mit Purvis Kontakt? Wer stellt vor den Wahlen die entsprechende Parlamentarische Anfrage?

Österreich im Fadenkreuz des CIA

Für Österreich existiert eine geheime CIA-Liste mit „gefährlichen Personen“. Das wurde dem ehemaligen Chef der Gegenspionage des SISMI, Gustavo Pignero, von Jeff Castelli, dem damaligen CIA-Chef in Italien und Botschaftsattaché, persönlich mitgeteilt.

Genau Castelli besteht im Zusam-

menhang mit der Entführung Abu Omars ein Haftbefehl; auch gegen Mancini, dessen Nachfolger, der einer der Hauptverantwortlichen der Omar-Entführung ist, wird ermittelt.

Nicht nur in Italien habe, so Castelli, der CIA „die Präsenz einer bestimmten Anzahl gefährlicher Personen“ ausgemacht, sondern auch in anderen Ländern, unter denen explizit Belgien, Österreich und Holland genannt werden.

Es stammt dies ebenfalls aus einer Meldung des *Corriere della Sera*, und zwar schon vom 10. Juli 2006.⁵ Inzwischen sind Wochen vergangen, es hat sich aber keine österreichische Zeitung die Mühe gemacht, diese doch Meldung aufzunehmen.

Die auf den Listen aufgeführten Personen seien, so Castelli, Objekte der CIA-Intelligence, wie auch „operative Ziele“. Was man bei der CIA unter Operationen versteht, wird am Fall Abu Omar klar.

Eindeutig hat der CIA also auch für Österreich Listen von potenziellen Entführungs- und Folteropfern zusammengestellt. Wer steht, neben al-Minshawi, noch auf dieser Liste? Man

kann annehmen, dass die Polizeien und Dienste Österreichs einiges wissen, aber nicht preisgeben.

Der Fall al-Minshawi zeigt, dass in Österreich öffentlichkeits- und demokratieentzogene Parallelstrukturen existieren dürften.

Die Entführung al-Minshawis gibt einige Rätsel auf, welche die österreichische Öffentlichkeit demnächst zu lösen hat. Eines aber scheint ziemlich plausibel zu sein:

„Eine weitere illegale Aktion, bei der die Geheimdienste Italiens, der Vereinigten Staaten und Österreichs zusammenwirken“, lautet die Prognose und Diagnose Paolo Biondanis vom *Corriere della Sera*.²

¹ Tribunale di Milano, Sezione Giudice operle indagini preliminari, n. 10838/05 RGNR, n. 1966/05 RG GIP, Seite 44 (englisch) www.washingtonpost.com/wp-srv/world/documents/milan_warrants.pdf

² Paolo Biondani: „Sismi-Cia, inchiesta su un altro imam sparito“, *Corriere della Sera*, 30. Juli 2006

³ *Divisione Investigazioni Generali e Operazioni Speciali*, Teil der italienischen Staatspolizei

⁴ „Gli USA fecero il nome di Abu Omar“, *Corriere della Sera*, 10. Juli 2006

Verurteilt wegen der Übersetzung eines Flugblattes

Belgische Skandalurteile auf Grundlage von Terrorismusgesetz

Am 28. Februar hat das Gericht von Brügge sieben politische Aktivistinnen und Aktivisten zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Sie werden der Mitgliedschaft in einer Organisation angeklagt, der in der Türkei aktiven DHKP-C, die von der EU als terroristische Organisation eingestuft wird. Die Urteile fußen auf einem belgischen Antiterrorismusgesetz, das im Dezember 2003 in Kraft getreten ist. Allerdings sind die Beweise, die gegen die Aktivisten ins Feld geführt werden, sehr dünn. Einer der Angeklagten, Bahar Kimyongür, wird beschuldigt, ein Flugblatt der DHKP-C übersetzt und verbreitet zu haben. Einer anderen Aktivistin, Sükirye Akar, wird vorgewor-

fen eine als klandestin eingestufte Wohnung betreten zu haben. Diese Tatsachen beweisen, dass der Prozess nichts mit einem herkömmlichen Strafrechtsprozess zu tun hat. Es handelt sich vielmehr um einen Akt der gerichtlichen Verfolgung einer politischen Meinung.

Kimyongür war als belgischer Staatsbürger nach der Urteilsverkündung auf freien Fuß gesetzt worden, da das Urteil noch nicht rechtskräftig war. Er wurde daraufhin im April in Holland verhaftet, ohne dass gegen ihn irgendetwas vorlag. Grundlage für die Verhaftung war ein internationaler Haftbefehl und ein türkisches Auslieferungsansuchen. Obwohl die Türkei

über keinerlei rechtliche Grundlage verfügt um die Auslieferung eines belgischen Staatsbürgers zu verlangen, wurde Kimyongür monatelang in Holland festgehalten, während das türkische Ansuchen überprüft wurde. Inzwischen befindet er sich wieder in Belgien. Der Prozess gegen ihn und die anderen angeklagten Aktivistinnen und Aktivisten wird im September fortgesetzt. Protest gegen das belgische Skandalurteil, Solidarität mit den Angeklagten sowie die Verteidigung des Rechts auf politische Meinungsäußerung sind dringend notwendig.

Weitere Informationen über den Prozess von Brügge: *Comité pour la Liberté d'Expression et d'Association*, www.lecllea.be

Europaabgeordneter von infamer Bande mit dem Tod bedroht

Einer der italienischen Politiker, die sich am meisten für die Aufklärung der geheimen CIA-Überflüge eingesetzt haben, bekam vor kurzem einen Brief mit Morddrohungen.

Es handelt sich um Claudio Fava, Europaabgeordneter der Linksdemokraten und Leiter des Untersuchungsausschusses der Europäischen Union über die geheimem CIA-Gefangenentransporte.

„Nimm dich in Acht“, heißt es in dem Schreiben, „plaudre nicht, sonst wird es dir gehen wie deinem Vater!“

Giuseppe Fava, der Vater von Claudio Fava, war einer der schärfsten und mutigsten Anti-Mafia-Journalisten Italiens. Am 5. Jänner 1984 wurde Giuseppe Fava in Catania von der Cosa Nostra umgebracht, ebenso wie eine Reihe anderer progressiver Journalisten, Richter und Politiker. Er ist, nicht erst mit seinem Tod, eines der größten Vorbilder für den einsatzbereiten und unabhängigen Journalismus Italiens geworden.

Von wem kam die ekelregende Anspielung auf die feige Ermordung seines Vaters?

Die Drohung nach Mafia-Art ist gleichfalls eine Schnellreaktion auf einen offenen und mutigen Angriff auf den SISMI, den italienischen militärischen Geheimdienst. Der Brief wurde genau am Tag nach einem Interview Favas mit dem *Corriere della Sera* veröffentlicht, in dem Fava gefordert hatte, Pollari, der Chef des SISMI solle, im Interesse des SISMI, zurücktreten.

Dass der SISMI, inklusive seine Führung, Mitakteur der CIA-Entführungsaktion ist, das ist inzwischen in Italien Gemeingut.

Spitzenermittler von Brücke gefallen

Adamo Bove war derjenige Daten- und Kommunikationsspezialist, der mit seinen technischen Kenntnissen we-

sentlich dazu beigetragen hat, dass vier Personen, die an der Entführung Abu Omars mitwirkten, über ihre Handy-Gespräche identifiziert werden konnten. Von Bove war ein Sonderprogramm installiert worden, mit dem Gespräche abgehört werden konnten, ohne dass dies von den Betroffenen bemerkt wurde. Er arbeitet dabei eng mit den Behörden zusammen.

In zentraler Position – er war Sicherheitsbeauftragter bei Telecom Italien hat er also wesentlich beigetragen zur Aufklärung über die Kooperation des SISMI bei der illegalen CIA-Operation und hat einen wichtigen Baustein geliefert für die aus den Ermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft resultierende klare und logische Notwendigkeit der Delegitimierung der US-italienischen Kriegs- und Geheimdienstpartnerschaft.

Prodi wie Pollari spielen in ihren vorsichtigen Statements immer wieder auf diese oberste CIA-Raison an.

Bove fiel am 21. Juli in Neapel von einer Zufahrtsbrücke zu einer Autobahn auf eine darunterliegende Fahr-

bahn.

Die Zeitungen titelten mit großer Schnelligkeit: „Er hat sich umgebracht!“ So sicher ist man sich heute nicht mehr. Einige Begleitumstände sind höchst verdächtig. Er ließ sein Auto, mit dem er zum Ort seines Todessturzes gefahren war, mit laufendem Motor und eingeschalteter Warnblinkanlage auf der Brücke stehen. Er war, als ehemaliger Polizist, im legalen Besitz einer Pistole und zog doch diese Art des Freitods vor! Er hatte sich kurz zuvor von seiner Frau ganz normal mit den Worten „Ich bin müde, ich fahre nach Hause“ verabschiedet. Eine Diktion typisch für einen Selbstmörder?

Vielleicht hat man ihn beseitigen wollen, weil er gegen die Camorra, gegen die Faschisten und auch noch gegen den SISMI, das heißt im Klartext implizit auch gegen den CIA ermittelt hat?

*Gegeninformationsinitiative
Aug und Ohr*



Wider den säkularistischen Fundamentalismus

Zur Stellung des Antiimperialismus zum politischen Islam

Unter jenen, die den israelischen Angriff auf den Libanon als Aggression betrachten und verurteilen, herrscht oft ein massives Vorurteil gegen jene Organisationen, die den Widerstand der Masse des Volkes anführen, nämlich die Hizbullah im Libanon und die Hamas in Palästina. Das hat zur Folge, dass sie nicht bereit sind sich mit dem Widerstand zu solidarisieren. Sie setzen ihre Hoffnungen in unterschiedlichem Ausmaß auf Europa, zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft schwankend. Wie illusorisch das ist, haben die Willfährig- bzw. Machtlosigkeit der EU gegenüber den USA in den letzten Kriegen gezeigt. Diejenigen, die das realistisch sehen, versinken daher oft in Passivität.

Nicht nur in einem großen Teil der Linken, sondern auch in der Tiefe der Bevölkerung gibt es eine diffuse Angst vor dem unbekanntem Bösen, das als islamischer Terrorismus durch die Medien geistert. Es gelang in den letzten Jahren einen Chauvinismus zu schüren, der sich als Abwehr für diese neue Hauptbedrohung darstellt – und zwar nicht nur durchsichtige Bedrohung für die Interessen der Eliten, sondern auch als Gefahr für das tägliche Leben der breiten Masse.

Tatsache ist, dass die heutigen Widerstandsbewegungen im arabischen und islamischen Raum von Organisationen geführt werden, die dem politischen Islam zuzurechnen sind. Es gilt daher, sich mit diesen näher auseinanderzusetzen.

Hizbullah und Hamas

Hizbullah und Hamas könnten unterschiedlicher nicht sein, dennoch ist es gerechtfertigt, sie in einem Atemzug zu nennen.

Die Hamas ist eine grundlegend konservative Organisation, eine Emanation der Moslem-Brüder, deren Organisation von Ägypten aus die ganze arabische Welt durchzieht. Die Mos-

lembrüder sind der Illusion eines ungestörten Handelskapitalismus verpflichtet und tendieren zu vorsichtiger Kooperation mit dem Imperialismus, was am Beispiel ihres Heimatlandes leicht belegt werden kann.

Doch die extreme Form der Unterdrückung in Palästina hat all diesen Illusionen die Grundlage entzogen. Hinzu kommt, dass die nationale Befreiungsbewegung der PLO, geführt von der Fatah und in ihrem Schlepptau auch der Linken, im Oslo-Abkommen einen historischen Kompromiss eingegangen war. Die Anerkennung Israels und mit ihm des kolonialen Raubes des größten und besten Teils des Landes sowie der Vertreibungen hoffte man gegen einen eigenen Staat und ein Ende der zionistischen Expansion abzutauschen. Dabei war dies nicht nur der Wunsch der kollaborationistischen Eliten, sondern der Mehrheit der Palästinenser. Sie waren bereit nach einem Jahrhundert des Befreiungskampfes auf fast alles zu verzichten, um dadurch eine gesicherte staatliche Existenz zu erlangen. Doch Israel interpretierte diese Teilkapitulation nur als Zeichen der Schwäche und trieb die Kolonisierung ganz Palästinas nur noch schneller voran. Oslo stellte für Israel nichts als einen Fetzen Papier dar, bestimmt zur Täuschung der internationalen Öffentlichkeit. Nach und nach wurde den Palästinensern klar, dass sie betrogen worden waren. Israel will keinen Frieden, sondern Expansion mit allen Mitteln.

Die Hamas stieg zur dominanten Kraft der palästinensischen Befreiungsbewegung auf, weil sie Oslo konsequent abgelehnt hatte. Das ist der Hauptfaktor auch für den Wahlsieg der Hamas, auch wenn die Reislamisierung natürlich davon nicht zu trennen ist. Die islamische Kultur steht dabei als Symbol für den Widerstand und ist erst in zweiter Linie konservativ.

Teile der radikalen Linken Palästinas warnen vor einer Entwicklung der Hamas nach dem Vorbild der Fatah, vielleicht in noch viel kürzerer Zeit. Der äußere Druck und ihr Konservatismus könnte sie dazu zwingen, Israel ebenfalls anzuerkennen. Obwohl es unzweifelhaft solche Tendenzen in der Hamas gibt, bestehen die Bedingungen für eine solche Kapitulation nicht. Es ist Israel und der Westen, die auf militärische Aggression setzen und keinen Platz für ein neues Oslo zulassen. Auf der anderen Seite ist da der Druck von unten durch den Widerstand des Volkes, an dem die Hamas nicht vorbei kann, ob sie will oder nicht. Angesichts der Hungerblockade und des enormen äußeren Drucks ist ein Doppelspiel indes durchaus vorstellbar, doch so etwas wie Oslo wird dieses wohl kaum gebären.

Die Hizbullah ist im Gegensatz zur Hamas von ihren Wurzeln her wesentlich progressiver. Sie entstand anders als die Hamas als Widerstandsorganisation gegen die zionistische Besatzung des Libanon und stützte sich von Anfang an auf die armen Bevölkerungsschichten. Je mehr sie zu einer Massenorganisation wurde, desto mehr legte sie die sektiererischen Züge ab und öffnete sich auch nach links. Insbesondere ihre Militärorganisation integrierte sehr viele linke Kader. Was die Kulturfrage angeht, so fördert sie die Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, allerdings unter dem Gesichtspunkt der strengen Geschlechtertrennung. Im Libanon kommt noch der Aspekt der multikonfessionellen Gesellschaft ohne dominante Mehrheitsreligion hinzu, der sie viel toleranter als die ihnen verwandten islamischen Bewegungen in anderen Ländern macht. Die Hizbullah tritt als weitgehend konfessionelle Organisation sogar gegen das undemokratische konfessionalistische politische System des

Libanon ein.

Die Hizbullah ist nicht nur die Organisation des antiimperialistischen Volkswiderstands, sondern, wenn auch in verzerter Form, des Klassenkonflikts. Sie repräsentiert die schiitischen Unterklassen. Ihr Vorschlag zur Lösung des Klassenkonfliktes ist indes nicht revolutionär, sondern sozialdemokratisch. So wie die Hamas unterhält die Hizbullah ein Sozialsystem, das vermutlich noch umfassender und stärker auf die Linderung der Klassendifferenzierung abzielt – die im Libanon natürlich viel stärker ist als im besetzten Palästina.

konkret. Fixpunkt ist eigentlich nur die Umsetzung des islamischen Moral- und Verhaltenskodex, sowie die islamische Rechtsprechung, die eng miteinander verflochten sind.

Was ein islamischer Staat wirklich bedeuten kann, ist sehr stark von den gesellschaftlichen Bedingungen des jeweiligen Landes abhängig. In Afghanistan oder auch im Iran bedeutet er etwas anderes als im Irak, Palästina oder gar dem Libanon.

Der Iran wird immer als warnendes Beispiel angeführt. Doch die Herrschaft des Klerus ist sicher ein persisch-schiitisches Spezifikum, denn in

möglich im Rahmen einer ganz allgemeinen Referenz zum Islam ein politisches System zu bilden, das den Massen über deren Repräsentanten die Macht verleiht. Das schließt auch die notwendigen Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse ein.

In Staaten wie dem Irak oder dem Libanon, wo es unterschiedliche islamische oder sogar starke christliche Konfessionen gibt, drängt sich die Demokratie als einzig mögliche Integration aller wesentlichen Konfessionen noch mehr auf. Denn ohne Massenkonsens ist ja an eine Machtübernahme gar nicht zu denken. Der Bezug



Aus der Sicht des Antiimperialismus, der den Widerstand der Massen gegen die imperialistische Unterdrückung unterstützt, stellen Hizbullah und Hamas die historisch-konkrete Form des Volkswiderstands gegen den Zionismus dar. Daran ändern auch ihre oftmals konservative Kultur und ihre Mäßigungsversuche nichts. Nur durch die Unterstützung und Beteiligung am Kampf kann diesem eine revolutionäre Richtung gegeben und er in ein globales Programm der Emanzipation eingeschrieben werden.

Islamischer Staat?

Aber strebt der politische Islam nicht einen islamischen Staat an? Einen Gottesstaat, in dem es keine Demokratie gibt, ganz nach iranischem Vorbild?

Ja, beide sprechen von einem islamischen Staat. Doch sind die Vorstellungen darüber sehr nebulös und un-

den Ländern mit sunnitischer Mehrheit gibt es keinen Klerus als gesonderte Kaste, die den Anspruch auf die Macht erheben könnte.

Die entscheidende Frage ist jene nach der Volkssouveränität, der Macht der Unterklassen oder auch des Volkes. Wir wissen aus dem Westen, wo diesem Prinzip formal Genüge getan wird, wie sehr die repräsentative Demokratie ausgehöhlt und zu einem Spielball der Oligarchie werden kann. Umgekehrt bedeutet das Bekenntnis zum islamischen Charakter eines Staates, die konstitutive Bezugnahme auf den Islam, noch keine Aussage über die Machtverhältnisse und die herrschende politisch-soziale Kraft. Selbst der Iran, der auf der Doktrin der „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ basiert, nennt sich „Republik“, also Sache der Öffentlichkeit, Angelegenheit des Volkes. Es scheint durchaus

zum Islam erhält dann einen immer symbolischeren Charakter, weil er sich nicht mehr auf eine Konfession und die sie repräsentierenden Eliten stützen kann.

Die Haltung der westlichen Öffentlichkeit und der Linken

In der Auseinandersetzung mit dem politischen Islam im Westen zeigt sich die widerspruchsvolle Position der kombinierten Ablehnung von US-israelischem Krieg und politischem Islam, die in weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch der europäischen Linken verbreitet ist.

Nur am Rande sei daran erinnert, dass ein Teil der historischen Linken sich offen auf die Seite Israels und seines Aggressionskrieges stellt. Das ist Ausdruck der Tatsache, dass diese Teile der Linken mit den imperialistischen Eliten kooperieren und Teil ihres Me-

dien- und Ideologieapparates geworden sind. Sie sind das Endprodukt der Degeneration der historischen Linken nach 1989/1991 hin zum pro-amerikanischen, amerikanistischen Liberalismus. Der ideologische Mainstream, deren Einpeitscher sie oftmals geworden sind, hat viel stärker als vor dem Ende der Sowjetunion den Zionismus adoptiert. Der früher mit der Linken verbundene und daher verfemte Antifaschismus konnte angesichts der Implosion der Linken integriert und zu einer proamerikanisch-proisraelischen Legitimationsideologie transformiert werden.

Die Antiglobalisierungsbewegung sowie die Zivilgesellschaft sprechen gerne von der Spirale aus Terror und Krieg, die durchbrochen werden müsse, ohne genau angeben zu können, wie das zu bewerkstelligen sei. Sie drücken damit jedoch vermutlich die Meinung der schweigenden Mehrheit aus.

Auch der gegenwärtige Krieg gegen den Libanon scheint das simple Schema zu bestätigen. Einerseits scheint da der Terror der Palästinenserorganisationen sowie die Raketen der Hizbullah gegen die israelische Zivilbevölkerung zu sein, andererseits die Kriegshandlungen Israels und seines Mentors USA.

Diese Position setzt nicht nur beide Seiten unzulässigerweise auf die gleiche Ebene, sondern unterstellt auch die selbstständige Existenz eines Phänomens namens islamischer Terrorismus, das grundsätzlich böse und bekämpfungswert sei. Diese Auffassung verstellt und verweigert nicht nur die Frage nach den zugrundeliegenden politisch-sozialen Ursachen, sondern sie greift auch bei allen Variationen auf kolonialistisch-chauvinistische Erklärungen zurück, die dem Islam Menschenverachtung unterschieben.

Trotz aller möglichen Absetzung vom amerikanisch-israelischen Präventivkrieg wegen Unverhältnismäßigkeit oder der nur schwer zu verleugnenden geopolitischen Machtinteressen, bestätigt die genannte Position von der Spirale Terror-Krieg die Grundstruktur des amerikanischen Arguments, nämlich, dass dem Terror mit Gewalt

entgegengetreten werden müsse.

Ganz systematisch soll ausgespart bleiben, dass Israel und die USA nicht nur Teile der arabisch-islamischen Welt besetzt halten, sondern auch die formal unabhängigen Staaten unter ihrer politischen, wirtschaftlichen, militärischen und nicht zuletzt kulturellen Botmäßigkeit halten. Angesichts dieser überwältigenden militärischen Überlegenheit der Neokolonialisten kann der Widerstand nicht die klassischen Formen des Befreiungskrieges annehmen.

Es handelt sich wie nie zuvor um einen asymmetrischen Krieg, in dem selbst die Formen der traditionellen Guerilla nur selten anwendbar sind. Die Gefangennahmen der israelischen Soldaten sind solche Aktionen, die indes ausgesprochen selten erfolgreich durchgeführt werden können. Obwohl es sich um rein militärische Ziele handelte, war der Aufschrei in der westlichen Öffentlichkeit fast größer als sonst. Das zeigt, dass es tatsächlich nicht um den Schutz von Zivilisten geht, sondern dass Israel unantastbar ist.

Meistens jedoch wird von palästinensischen Attacken auf Zivilisten berichtet. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, dass die Siedler in den palästinensischen Gebieten bis an die Zähne bewaffnet sind, de facto als Teil der Armee fungieren und oft noch unberechenbarer und aggressiver bei ihrem Landraub vorgehen als die eigentliche Armee selbst. Dass sie Kinder und Frauen ins Kampfgebiet mitnehmen, liegt nicht in der Verantwortung der Palästinenser, sondern ist Teil ihrer Strategie und Legitimation.

Was Attentate oder Raketenbeschuss auf israelischem Staatsgebiet in den Grenzen von 1967 betrifft, so wird der jüdische Staat gerne als normale bürgerliche Gesellschaft dargestellt. Tatsächlich gibt es aber wie in kaum einem anderen Land eine untrennbare Verflechtung zwischen Zivilem und Militärischem. Jeder Staatsbürger hat das Recht in der Öffentlichkeit Waffen zu tragen, wovon auch ausgiebig Gebrauch gemacht wird. Der palästinensischen Urbevölkerung, soweit sie nicht vertrieben wurde, kommt dieses

Recht indes nicht zu. Anders wären die systematischen Vertreibungen (wenn es nicht im Interesse des Westens wäre, würde wohl von ethnischen Säuberungen die Rede sein) nicht möglich.

Die israelische Gesellschaft mag sozial und kulturell tief zerklüftet sein, doch ihr Grundcharakteristikum bleibt der Kolonialismus – und darin ist man über alle Differenzen hinweg einig. Die internen Streitereien über die Formen der weiteren Expansion sind eine Sache, doch was die bis 1967 eroberten Gebiete betrifft, gibt es einen totalen Konsens gegen das Recht auf Rückkehr für die vertriebene Urbevölkerung sowie für den Ausschluss der verbliebenen Palästinenser als Nation aus dem Staatswesen. Alle sind sich einig: Israel muss ein exklusiv jüdischer Staat bleiben, also die anti-arabische Apartheid als konstitutives Wesensmerkmal behalten. Der Charakter Israels als jüdischer Staat, also in Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, ist sakrosankt, unantastbar. Jeder Israeli – soweit er erwachsen ist und nicht politischen Widerstand leistet – ist also Teil dieses nationalen Konsenses der kolonialen Unterdrückung der Palästinenser.

Im Angesicht der ständigen zionistischen Aggression auf die Palästinenser ohne Unterschied ob Zivilisten, Partisanen oder Militärs gibt es unter den Arabern und insbesondere unter den Palästinensern einen starken Drang nach Vergeltung. Nachdem wegen der drückenden Überlegenheit der Besatzer im engeren Sinn militärisch nichts zu erreichen ist, äußert sich diese Selbstverteidigung in der Formel: „Wenn wir für sie Freiwild sind, dann sollen auch sie nicht ruhig schlafen können.“

Es ist von einem formal-ethischen Standpunkt leicht die Palästinenser dafür zu verurteilen, dass sie dem Zionismus mit gleicher Münze zurückzahlen – einmal davon abgesehen, dass sie eine viel höhere Opferzahl zu beklagen haben als der Zionismus. Von der Befreiungsbewegung, so die Meinung vieler, könnte erwartet werden einen moralisch höheren Standpunkt einzunehmen als jenen der Siedler-Kolonialisten. Doch hier stellt sich die Frage



nach den konkreten politischen Alternativen jenseits jedes Formalismus.

Vielfach wird eingewendet und als Alternative angegeben, dass man auf die Differenzierung der israelischen Gesellschaft setzen müsse. Dabei muss man sich im Klaren sein, dass keine Gesellschaft auf der Welt, nicht einmal die USA, so grundsätzlich den Kolonialismus befürwortet. Die Vernichtung der Palästinenser als Nation ist die Realverfassung Israels. Die zionistische Bewegung spricht das auch mehr oder weniger offen aus. Es gibt in Israel keine wirksame Kraft, die für das Selbstbestimmungsrecht der Urbevölkerung steht, was das Rückkehrrecht der Vertriebenen sowie ihrer rund fünf Millionen Nachkommen einschließt. Die Palästinenser auf einen solchen antizionistischen Pol in der zionistischen Gesellschaft zu verorten, hieße sie zum ewigen Warten zu verdammen.

„Und was ist mit Uri Avnery?“, werden die Vertreter der These vom gemeinsamen Klassenkampf von arabischen und israelischen Arbeitern einwenden. Diese sehr schwache Friedensbewegung tritt in der Substanz für die Einhaltung der Oslo-Verträge durch Israel ein. Doch sie kommt zu spät, ihre Zeit ist vorbei, Israel hat die Verträge systematisch gebrochen und sie konnte es nicht verhindern. Die Zwei-Staaten-Lösung ist eine von der zionistischen Realität überholte Illusion, aus deren Scheitern die Palästinenser die Konsequenzen gezogen haben. Den ums Überleben kämpfenden Arabern diese Illusion eines gezähmten, zivilisierten Zionismus als Alternative zu präsentieren, ist nicht nur politisch hoffnungslos, sondern grenzt an Zynismus.

Der Anstoß zur Zersetzung des Zionismus kann nur von außen kommen. Das heißt in erster Linie, dass Israel die politisch-militärische Stärke des arabischen Widerstands gegen den Westen, der von den USA geführt wird, zu spüren bekommen muss. Nur Niederlagen, welche die kolonialen Träume zerplatzen lassen, können den Zionismus in seinen Grundfesten erschüttern. Das bezieht sich sowohl auf Israel selbst, als auch auf den ge-

samten Westen und insbesondere die USA. Wichtiger Bestandteil dessen ist der Sturz der prowestlichen Regime in der arabischen Welt und die Entwicklung von politisch-militärischen Widerstandsbewegungen wie im Irak oder im Libanon.

Ein anderer nicht zu unterschätzender Aspekt ist die Bekämpfung des Zionismus an seinen ideologischen Wurzeln in Europa. Man muss klarmachen, dass Israels Konzeption als exklusiv jüdischer Staat nicht durch den Genozid an den Juden legitim wird. Der deutsche Völkermord an den Juden rechtfertigt in keiner Weise die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, die in keinerlei Zusammenhang mit dem Holocaust stehen.

Die traditionelle Position der palästinensischen Befreiungsbewegung eines einheitlichen demokratischen Staates im ganzen historischen Palästina wäre die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben von Moslems, Juden und Christen. Dieses Modell der Ein-Staaten-Lösung stellt aber das genaue Gegenteil des derzeitigen zionistischen Staates Israel dar, der sich als rein jüdischer Staat definiert und sich als eigentliche Heimat aller Juden der ganzen Welt versteht. Um diese falsche Gleichsetzung von Judentum und Zionismus aufzubrechen, ist es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass die europäischen Juden integraler Bestandteil der europäischen Gesellschaften waren und es im Grund die Pflicht eines antifaschistischen Gesellschaftsverständnisses wäre, ihnen ihren Platz in den europäischen Gesellschaften zurückzugeben.

Gleichzeitig muss gezeigt werden, dass der historische Antisemitismus vorbei ist, auch deswegen, weil die Eliten ihn fallen haben lassen. Während in Europa die Juden eine relativ sichere Existenz haben, ist gerade Israel der unsicherste Platz. Darüber hinaus wird auch die israelische Politik, wie selbst die israelische Linke betont, immer mehr zur Hauptquelle eines neuen Antisemitismus.

Zurück zur Strategie der arabischen Befreiungsbewegung: Der palästinensische Gegenterror ist sicher

ein Zeichen der Schwäche, weil explizit militärische Ziele kaum getroffen werden können. Er findet aber weitgehenden Konsens, weil es keine andere Möglichkeit gibt, die palästinensische Würde zu verteidigen. Wie sonst kann Israel und der Welt gezeigt werden, dass man Palästinenser nicht ungestraft wie Vieh abschlachten kann? Friedlicher und ziviler Protest ist angesichts des Wütens der israelischen Militärmaschine sehr schwierig. Das zeigt auch das Ende der Intifada und ihre Ersetzung durch militärische Aktionen unter Opferung des eigenen Lebens. Schon Jean-Paul Sartre zeigte in seinem Vorwort zu Frantz Fanons „Verdammten dieser Erde“, dass der Gegengewalt eine befreiende Wirkung zukommt, welche die Opfer des Kolonialismus und Imperialismus von Objekten der Unterdrückung zu Subjekten der Befreiung macht.

So paradox es klingen mag: Mit Stillhalten und sich zur Schlachtbank führen lassen, kann kein Keil in die zionistische Bewegung getrieben werden. Ein widerstandsloses Gewährenlassen des Zionismus würde dessen inneren Konsens und auch jenen im Westen nur noch weiter stärken. Das zeigt die gesamte palästinensische Leidensgeschichte und insbesondere das Scheitern des Oslo-Abkommens.

Trotz der Schwierigkeiten mit dem Begriff „zivil“, gibt es auch in der israelischen Gesellschaft Abstufungen zwischen militärisch und zivil. Anschläge gegen das zivile Moment können nicht gerechtfertigt werden, doch ergibt sich ihr Auftreten aus der Lage und der spezifischen Dynamik des Konfliktes. Wer den Palästinensern den Zeigefinger vorhält, muss nicht nur Alternativen aufzeigen, sondern sich auch für diese engagieren.

Von Seiten der Araber muss neben dem äußeren politisch-militärischen Druck auf den Zionismus auch das Angebot an die jüdischen Kolonisten in Palästina gerichtet werden, auf Basis eines demokratischen, antiimperialistischen, binationalen Staates zu verbleiben – natürlich unter der Voraussetzung des Bruchs mit dem Zionismus. Das ist explizit in der Charta der PLO enthalten, implizit aber auch

im politischen Islam, der ebenfalls zwischen Juden, denen ein gesicherter Status zuerkannt wird, und Zionisten unterscheidet. Im Übrigen darf niemals vergessen werden, dass die islamische Welt vor dem Zionismus als Zufluchtsort für verfolgte europäischen Juden diente!

Ein religiöser Konflikt?

Terrorismus und Islam werden immer in einem Atemzug genannt. In der medialen Darstellung und der entsprechenden öffentlichen Wahrnehmung, ja selbst in den Schablonen der Linken, handelt es sich um einen religiösen Konflikt. Denn der Islam sei eine barbarische, grausame und kriegerische Religion. Sie predige den Dschihad, den heiligen Krieg gegen den Westen und seine Werte von Demokratie und Freiheit. Und auf einmal scheint es, als würden die Eliten die Frauenrechte entdecken, die der Islam so zu missachten scheint.

Der Hinweis, dass es in Palästina und in weiten Teilen der arabischen Welt auch Christen gibt, die für Jahrzehnte oft die Speerspitze der nationalen Bewegungen stellten, ist nur ein Mosaikstein. Auch heute gibt es beispielsweise eine Kooperation zwischen der Hamas und der linken Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), deren Führung christliche Wurzeln hat.

Die Unterstellung, dass es sich um einen religiösen Konflikt handeln würde, impliziert, dass dieser irrational sei und nicht vernünftig gelöst werden könne.

Die religiöse Ausdrucksweise vernebelt die Sicht auf den Kern – oder dient zuweilen auch als Vorwand für jene, die nicht sehen wollen. Denn im Grunde handelt es sich weiterhin um einen kolonialen Konflikt, dessen Zentrum Palästina ist, der jedoch die ganze arabische Welt betrifft. Der arabische Widerstand gegen Israel, die USA und den Westen ist und bleibt in der Substanz eine nationale Befreiungsbewegung.

Lange Zeit war diese Befreiungsbewegung auch von linken, säkular-nationalistischen Bewegungen geführt. Deren Scheitern, das mit der Implosion der Sowjetunion besiegelt wurde,

stürzte diese aber in eine tiefe Krise. Das Vakuum wurde von einem sich politisierenden Islam aufgefüllt, der sich von einer konservativen prowestlichen Haltung immer mehr zum Antiimperialismus hinentwickelte.

Genau an diesem Punkt stoßen sich die Zivilgesellschaft und das kritische Bewusstsein in Europa. Sie halten Religion für prinzipiell reaktionär und konservativ, der niemals eine befreiende Rolle zukommen kann. Sie bleiben einem dogmatischen Säkularismus verbunden, dem der Feind abhanden gekommen ist. Im Kampf gegen potemkinsche Dörfer des Kleinkalismus riskieren sie auf der Seite der neuen aufgeklärten Herrschenden zu stehen.

Tatsächlich entstand die säkularisierende Aufklärung gegen die Kirche, die eines der Bollwerke des Feudalismus darstellte. Doch zweihundert Jahre Kapitalismus und Klassenkampf hat die Form der Herrschaft völlig verändert. Sie ist in Europa durchgängig säkular, die Kirche ist nur mehr eine Randerscheinung, derer die Herrschaft nicht mehr bedarf. Im Gegenteil, was den Nahost-Konflikt betrifft, nimmt der Vatikan Positionen ein, die mit der Antiglobalisierungsbewegung durchaus konkurrieren können und zuweilen diese in der Haltung gegen den amerikanischen Krieg sogar übertreffen.

In der islamischen Welt, die nur mit Einschränkungen über einen Kamm geschoren werden kann, zeigte sich anfangs ebenfalls die konservative Rolle der religiösen Institutionen, die den Befreiungskampf hemmten und zur Kooperation mit dem Imperialismus tendierten. Doch die kapitalistisch-imperialistische Durchdringung sowie der heftige Widerstand dagegen haben die Verhältnisse grundlegend gewandelt.

Die positivistisch inspirierte nationalistische Linke ist mit ihrem dem Westen nachempfundenen Entwicklungsmodell gescheitert. In dem Maße, in dem der politische Klassenantagonismus in der westlichen Gesellschaft ausklang und die Befreiungsbewegungen ihre Bündnispartner verloren, wurde der Westen verständlicherwei-

se *en bloc* zum Feind. Auch Ideologien westlicher Provenienz verloren an Anziehungskraft. Noch mehr, die europäische Aufklärung, am Beginn der Befreiungsbewegung durchwegs als Instrument verstanden und willkommen geheißen, wandelte sich immer mehr zu einem Werkzeug im Interesse des westlichen Imperialismus und seiner angeblichen zivilisatorischen Mission. So entstand der Islam als kulturelles Gegenmodell, als neue nationale Identität.

Natürlich fließt da ein religiöser Aspekt ein, werden auch oft konservative kulturelle Ideen mit eingeflochten, doch im Wesentlichen ist es ein neues, modernes Phänomen. Es ist kein Ersatz für die nationale Befreiung, sondern ihre neue Ausgestaltung. Es ist vor allem eine kulturelle Identität, die Eigenständigkeit gegen die Unterdrücker gibt. Darum hat der Imperialismus den Islam in Nachfolge des Kommunismus auch zum neuen Hauptfeind erkoren und ihm den Krieg der Kulturen erklärt. Der Islam hat seinerseits den Fehdehandschuh aufgenommen.

Die engeren politischen Vorstellungen dieser islamischen Neuerstehung sind indes äußerst vage. Der Koran selbst, der ja die zentrale theologische Referenz darstellt, gibt keine Antworten. So sind der modernen und sich verändernden Interpretation Tür und Tor geöffnet, abhängig von der gesellschaftlichen Umgebung.

Die Reislamisierung auf gänzlich neuer Grundlage mag ein Bruch sein. Doch es gibt eine dahinterliegende Kontinuität, die nur all zu oft ausgeblendet wird, nämlich die imperialistische Unterwerfung. Trotz aller Schwankungen bleibt der Widerstand gegen diese das die Situation prägende und dominierende Moment. Und hier bestätigt sich auch eine alte marxistische Idee: die herrschenden kapitalistischen Eliten, so sehr sie sich auch islamisch verkleiden mögen, tendieren zur Kooperation mit dem Imperialismus, während die verarmten und entrechteten Massen den Widerstand speisen. So konservativ ihre kulturellen Vorstellungen auch sein mögen, werden sie in den Kampf gegen

den Imperialismus gerissen, engagieren sie sich politisch, öffnen sich die Tore zur Veränderung, auch ihrer kulturellen Vorstellungen.

Die starren Kategorien müssen fallen. Tatsache ist, dass der antiimperialistische Kampf der Ausdruck des gegenwärtigen Hauptwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft ist. Der Antiimperialismus ist der Motor des Antikapitalismus. Die Emanzipation muss aus diesem Kampf heraus entwickelt werden, denn einen anderen gibt es nicht.

Es geht also darum den „säkularistischen Fundamentalismus“ zu überwinden, der im Islam ausschließlich ein Herrschaftsinstrument sieht. Ganz im Gegenteil muss sein antiimperialistisches, die gegenwärtige kapitalistisch-imperialistische Herrschaft bedrohendes Potenzial genutzt, gelenkt und entwickelt werden. Das, nicht nur um die kapitalistischen Oligarchien zu stürzen, sondern auch um die Grundlagen für einen neuen Sozialismus zu legen. Dieser muss sich aber von den von der Linken mitgeträumten Vorstellungen von einer globalen, vom Westen bestimmten kulturellen Homogenisierung trennen. Der Islam als Kultur und Religion muss mit dem Sozialismus vereinbar werden. Was niemals mit der menschlichen Emanzipation vereinbar sein wird, ist hingegen die Herrschaft von privilegierten Eliten, egal ob mit islamischem oder westlichem Gesicht. Diese sind auf die eine oder andere Weise mit dem kapitalistischen System verbunden oder führen zu einem solchen, gegen die Interessen der Mehrheit.

Willi Langthaler
1. August 2006

„Antizionismus ist nicht Antisemitismus“

Wir veröffentlichen im Folgenden die Rede von Rabbiner Ahron Cohen auf der Internationalen Friedenskonferenz religiöser Führer, die am 19. Juni auf Initiative der Orthodoxen Antizionistischen Jüdischen Gemeinde in Wien stattgefunden hat.

Die Rede geht umfassend auf die Unterschiede zwischen Antisemitismus und Antizionismus ein und stellt überzeugend die Gründe für die notwendige Solidarität mit der palästinensischen Sache dar. Sie geht darüber hinaus auf die religiösen Glaubensgrundsätze des orthodoxen Judentums ein. Wir möchten an dieser Stelle vorausschicken, dass die Mitglieder des Redaktionskollektivs mehrheitlich aus einer antifaschistischen und marxistischen Tradition kommen und daher einige in dieser Rede dargelegte Ansichten nicht teilen, insbesondere die sich aus den dargestellten religiösen Grundsätzen ableitenden Verhaltensnormen für Juden. Allerdings verfügen wir über keinerlei Kompetenz in religiösen Fragen und maßen uns nicht an, Religionsvertreter darin zu belehren, im Gegenteil zollen wir gläubigen Menschen den ihnen gebührenden Respekt. Was die angesprochenen Fragen betrifft, sei dennoch betont, dass wir uns eher in der Tradition der nicht-religiösen jüdischen Arbeiterbewegung verstehen, welche die Aufhebung der Unterdrückung der Juden nur durch die Errichtung einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft ortete. Dieser ideologischen Unterschiede eingedenk halten wir die Veröffentlichung der Rede von Rabbiner Cohen dennoch für wichtig, da sie anschaulich zeigt, dass aus der jüdischen Religion keinerlei Rechtfertigung für den Aufbau und Erhalt eines zionistischen Staates abgeleitet werden kann. Vielmehr fordert Rabbiner Cohen und seine Organisation *Neturei Karta* konkrete Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung.

Es ist mir eine Ehre, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Meine Kollegen von *Neturei Karta* und ich schätzen solche Gelegenheiten sehr, weil wir es als unsere religiöse und humanitäre Aufgabe erachten unsere Botschaft so oft wie möglich öffentlich zu machen. In diesem Sinne hoffe und bete ich, dass meine Worte und unsere Diskussionen hier mit Hilfe unseres Schöpfers in ihrem Inhalt und Schlussfolgerungen der Wahrheit entsprechen.

Ich bin das, was man unter einem orthodoxen Juden versteht, das heißt ich bin ein Jude, der versucht sein Leben ganz in Übereinstimmung mit dem Judentum, der ursprünglichen jüdischen Religion, zu leben. Ich bin hier als Vertreter von *Neturei Karta*, was soviel wie „Hüter des Glaubens“ heißt. Wir sind keine eigene Partei

oder Organisation sondern vertreten im Wesentlichen eine Philosophie bezüglich des Zionismus, die von großen Teilen des orthodoxen Judentums vertreten wird.

Worüber ich sprechen möchte ist, dass Antizionismus nicht Antisemitismus ist. Damit möchte ich gleich sagen, dass Antisemitismus abzulehnen ist, wohingegen Antizionismus begrüßenswert ist. Ich hoffe, das auch erklären zu können. Dieses Thema ist uns einerseits angesichts der gegenwärtigen Situation in Palästina und dem behaupteten Anstieg des Antisemitismus besonders wichtig, andererseits auch deswegen, weil in der Weltöffentlichkeit kein Unterschied zwischen Zionisten und Juden gemacht wird, weil der Zionismus und das Judentum nicht unterschieden werden. Die fal-

sche Grundannahme, die zu dieser Interpretation führt, möchte ich näher beleuchten. Die Debatte über dieses Thema ist deshalb besonders wichtig, weil es sowohl für Juden als auch Nichtjuden gleichermaßen verwirrend ist. Andererseits ist es genau diese Debatte, die immer wieder unterdrückt wird, weil das Thema, besonders für Juden, sehr emotionsgeladen ist.

Um zu verstehen, dass Antizionismus nicht Antisemitismus ist, müssen wir zuallererst die Begriffe verstehen. Was verstehen wir unter Semitismus (oder Judaismus, denn Semitismus ist eine unzutreffende Bezeichnung, denn was wir eigentlich meinen hat mit der Haltung gegen Juden oder Antijudaismus zu tun)? Was heißt also Antisemitismus? Und was ist Zionismus und Antizionismus?

Zuallererst müssen wir verstehen, dass Antisemitismus grundsätzlich die Ablehnung oder der Hass gegenüber einem bestimmten Teil der Gesellschaft ist. Der Hass richtet sich gegen die Juden und nicht gegen das Judentum.

Wenn es zu Ablehnung oder Hass gegenüber der jüdischen Religion kommt, ist das normalerweise die Übertragung oder die Manifestation des Hasses gegenüber den Menschen. Bei religiösen Eiferern, die den Glauben an eine andere Religion nicht tolerieren, kommt es natürlich schon zu einem besonderen Hass gegenüber der jüdischen Religion. In diesem Fall jedoch ist die Intoleranz normalerweise gegen alle anderen Religionen gerichtet und kann nicht als speziell antijüdisch betrachtet werden.

Antizionismus ist die Ablehnung einer Philosophie, einer Idee. Diese Ablehnung ist, in ihren Ursprüngen, gegen eine Idee und nicht gegen die Menschen gerichtet.

Antisemitismus ist ein irrationaler Fanatismus, den es gibt, seit es Juden gibt. Antizionismus jedoch ist eine völlig logische Ablehnung einer be-



sonderen Idee und eines besonderen Zieles, die auf rationalem Denken beruht.

Wenn man sich die Thematik genauer anschaut, erkennt man, dass das Judentum eine differenzierte Religion oder Lebensführung ist, während der Zionismus ein ziemlich enges Konzept darstellt, was ich noch erklären werde. Ich kann nur einen Überblick geben und versuchen einige Aspekte des Judentums, die für den Zionismus relevant sind, herauszuarbeiten.

Ich möchte ganz klar festhalten, dass Judentum und Zionismus unvereinbar sind und sich gegenseitig ausschließen und deshalb sollten wir beides vergleichen, im Allgemeinen und im Detail.

Was ist das Judentum im Allgemeinen? Für uns bestimmt es unsere Lebensführung, zeigt uns wie wir ein moralisches, ethisches und religiöses Leben im Dienste des Allmächtigen führen können. Jeder Aspekt unseres Lebens, von der Geburt bis zum Tod,

ist davon betroffen. Wir glauben, dass uns das durch die göttliche Offenbarung, so wie es in der Bibel beschrieben wird, vor dreieinhalbtausend Jahren, dem Beginn des Judentums, vermittelt wurde. Alle unsere religiösen Anforderungen, die praktischen sowie die philosophischen, sind in unseren religiösen Lehren, in der Thora, dargelegt. Sie umfasst die Bibel und einen umfangreichen Kodex von mündlichen Lehren, die auf dem Talmud basieren und über Generationen hinweg weitergegeben wurden.

Der Zionismus jedoch ist eine säkulare nicht-religiöse Philosophie, die vor ungefähr hundert Jahren von einigen säkularen Juden entworfen wurde, die im Wesentlichen ihre Bindung an die jüdische Lebensführung aufgegeben hatten.

Das ist also der erste allgemeine Unterschied zwischen Zionismus und Judentum. Der Zionismus ist säkular und materialistisch, ist weder ein religiöser Glaube noch eine ethische

oder moralische Verpflichtung. Dem Judentum verpflichtet zu sein bedeutet hingegen Frömmigkeit, Moral, ethische Standards und religiösen Glauben. Daraus ergibt sich ganz offensichtlich, dass die Ablehnung des Zionismus keine logische Verbindung zu einer Ablehnung von Menschen, die sich dem Judentum verpflichtet fühlen, ergibt.

Sehen wir uns jetzt aber die Aspekte des Judentums, die für den Zionismus relevant sind, an. Der erste betrifft die Frage eines Landes oder einer Heimat. Wie schon erwähnt, bestimmt unsere Religion unsere Lebensführung und eben auch diese Frage. Wie uns die Thora lehrt, wird uns unter ganz bestimmten Bedingungen Palästina, das Heilige Land, gegeben werden, wo wir im Dienste des Allmächtigen unser Leben führen können.

Aber was sind diese Bedingungen, die dargelegt wurden? Grundsätzlich wurde uns gelehrt, dass wir die höchsten moralischen, ethischen und religiösen Standards erreichen müssten. Es wurde uns gelehrt, dass die Juden ins Exil geschickt würden, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt wären. Wir lebten ungefähr die ersten 1500 Jahre in unserem Land. Bedauerlicherweise erfüllten wir die Bedingungen nicht im erforderlichen Ausmaß und wurden ins Exil geschickt. Seit damals leben die Juden gemäß dem Willen des Allmächtigen im Exil, weil sie die von ihnen erwarteten Standards nicht erfüllen. Diese Situation ist bis heute gegeben. Ein wesentlicher Teil unseres Glaubens ist es, das göttliche Dekret, das uns das Leben im Exil vorschreibt, zu akzeptieren anstatt es zu bekämpfen oder gar eigenmächtig außer Kraft zu setzen. Der Judentum lehrt uns, dass es uns strengstens verboten ist, das Exil eigenmächtig aufzuheben oder einen eigenen Staat – schon gar nicht mit Gewalt – in Palästina zu gründen. Laut unseren Lehren bedeutet das Leben im Exil die Autorität der Menschen, die in den jeweiligen Ländern leben – eben auch in Palästina – zu akzeptieren und das Wohlergehen dieser Gesellschaften im Auge zu behalten. Es wird uns auch gelehrt, dass die

Nichteinhaltung dieser Verbote eine Rebellion gegen die Wünsche des Allmächtigen bedeutet, die schreckliche Konsequenzen beinhaltet.

Jetzt zum Zionismus. Das Konzept wurde vor ungefähr 100 Jahren von weltlich eingestellten Juden entworfen, die ihrer Religion den Rücken kehrten, aber an dem, was für sie das Stigma der Juden im Exil bedeutete, festhielten. Für sie war das Exil ein Resultat unserer unterwürfigen Haltung – der Exilmentalität – und nicht das Resultat eines göttlichen Auftrags. Ihr Ziel war es, eine neue Idee unter den Juden zu verbreiten, und das war die Gründung eines jüdischen Staates in einem jüdischen Heimatland. Sie wählten Palästina, aber nicht aus religiösen Gründen, denn sie waren ja weltlich orientiert. Sie wählten dieses Land wegen der historischen und kulturellen Bindung der Juden an dieses und hofften so die jüdischen Massen für ihre Idee zu begeistern. Prinzipiell waren die Gründer des Zionismus bereit jedes Land zu akzeptieren. Einmal wurde sogar Uganda vorgeschlagen. Die Philosophie, die ihrem Ziel zu Grunde lag, war der Wunsch eigenmächtig den Zustand des Lebens im Exil zu beenden.

Es ergibt sich aus den genannten Gründen klar, dass die zionistische Ideologie ein Schlag ins Gesicht der jüdischen Religion ist und mit den Lehren des Judentums unvereinbar ist. So wurde die zionistische Ideologie von Anfang an als Ketzerei von den großen jüdischen Autoritäten verurteilt.

Es zeigt sich wieder, dass der Antizionismus, das heißt die Ablehnung der zionistischen Idee eines Staates für die Juden, in keinster Weise Antisemitismus bedeutet, da das Judentum selbst dieses Ziel total ablehnt.

Ein weiterer Aspekt des Judentums, der für den Zionismus relevant ist, ist die Frage der jüdischen Identität oder der jüdischen Nationalität. Die uralte jüdische Lebensführung ist tatsächlich der Maßstab für eine jüdische nationale Identität. In meinen Augen ist es nachweislich belegbar, dass die Identität eines Mitglieds des jüdischen Volkes von seiner Zugehörigkeit zum Judentum bestimmt wird und nicht,

wie bei den meisten Nationen, mit einem bestimmten Land verbunden ist. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass das jüdische Volk seit 2000 Jahren verstreut in allen Ecken der Erde ohne ein bestimmtes Land gelebt hat und trotzdem seine Identität – eben durch das Judentum – behalten hat.

Man kann jetzt einwenden, dass die Mehrheit der heutigen Juden, auch die in der Diaspora, die ohne Bindung an ein Land leben, auch ohne Bindung an das Judentum zu leben scheinen und trotzdem ihre jüdische Identität erhalten haben. In diesen Fällen muss man nur drei oder vier Generationen zurückgehen und man wird sehen, dass ihre Vorfahren praktizierende orthodoxe Juden waren. Sie haben also ein bestimmtes Maß ihrer jüdischen Identität erhalten wegen der zwar schwindenden, aber doch vorhandenen, Verbindung zum Judentum durch ihre Vorfahren. Aber man wird keine Menschen finden, die sich ihrer jüdischen Identität bewusst wären, wenn sie Nachkommen von Juden sind, die ihrem Glauben vor zum Beispiel 500 Jahren den Rücken kehrten.

Das zionistische Konzept der jüdischen Identität ist eine weltliche und typisch nationalistische Idee der Nationalität, die auf der Frage eines Landes beruht. Das ist nicht die jüdische Identität, sondern die von ihr grundverschiedene zionistische oder israelische Identität.

Wenn man also gegen die zionistische Identität ist, heißt das ganz was anderes als gegen die jüdische Identität zu sein.

Bis jetzt habe ich über die theologische Theorie gesprochen, über Konzepte, die den meisten Menschen – vielleicht auch den meisten hier – fremd sind. Es gibt jedoch einen weiteren Aspekt, mit dem sich wahrscheinlich die meisten Menschen identifizieren können. Dabei handelt es sich um die jüdischen religiösen Werte als humanitäre Werte.

Die jüdische Religion lehrt uns, dass die fundamentalen humanitären Werte Mitgefühl und Rücksicht auf die Mitmenschen sowie der bedingungslose Respekt der Rechte, des Eigentums und natürlich des Lebens al-

ler unserer Mitmenschen sind. Das impliziert, dass das orthodoxe Judentum sich vollkommen für die palästinensische Sache einsetzt. Der Zionismus, dessen Ziel es ist, einen Staat unabhängig von den Auswirkungen auf diejenigen, die diesem Ziel im Wege stehen (ob es nun Palästinenser oder sogar Juden sind), zu festigen, ist die Antithese dieser humanitären Werte.

In den Schriften und öffentlichen Stellungnahmen der Gründungsväter des Zionismus ist gut dokumentiert, dass sie entschlossen waren ihre Ziele ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf die einheimische Bevölkerung, die Palästinenser, zu erreichen. Für die Idee und das Ziel der Staatsgründung waren das Leben, das Eigentum und das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser irrelevant. Dem Ziel der Gründung und Aufrechterhaltung des Staates ist in einem nicht unbedeutenden Ausmaß auch das Leben und Wohlergehen – in physischer und spiritueller Hinsicht – der eigenen jüdischen Brüder und Schwestern untergeordnet. Es ist bekannt, dass sie mit dieser Philosophie schließlich die Gründung ihres Staates erreichten und es ist diese Philosophie, die bis zum heutigen Tag andauert und der ausschließliche Grund für den Konflikt und das Blutvergießen in Palästina ist. Der Zionismus verfolgt das Ideal, einen „konfessionellen“ Staat auf dem Rücken der einheimischen Palästinenser zu errichten und das hat zu furchtbaren Auseinandersetzungen geführt. Das bedeutet Blutvergießen und Brutalität ohne Ende, wenn es nicht zu einer radikalen Änderung kommt.

Es sollte nun hinreichend klar sein, dass die sehr vernünftige und logische Ablehnung der unmenschlichen Haltung des Zionismus überhaupt nichts mit dem Fanatismus des Antisemitismus zu tun hat.

Antizionismus ist die logische Ablehnung einer rassistischen, faschistoiden und vollkommen unakzeptablen Philosophie, die von einigen scheinbaren Mitgliedern des jüdischen Volkes vertreten wird. Antisemitismus ist irrationaler Fanatismus. (...)

Zionismus und Judentum sind

also unvereinbar.

Die zionistische Bewegung und das Resultat dieser – der Staat genannt Israel – bedeutet die vollkommene Abkehr von unseren Lehren und unserem Glauben. (...) Die Ideologie des Zionismus vertraut nicht auf die göttliche Vorsehung sondern nimmt das Gesetz in die eigenen Hände und versucht das Resultat in Form eines Staates zu erzwingen. (...)

Es gibt jedoch ein zusätzliches zionistisches Phänomen, das verwirrend ist – die religiösen Zionisten. Diese Leute behaupten, dass sie der jüdischen Religion treu seien, aber sie sind von der zionistischen nationalistischen Philosophie beeinflusst worden und haben dem Judentum eine neue Dimension verliehen – den Zionismus mit dem Ziel des jüdischen Staates in Palästina. Das verfolgen sie mit großem religiösen Eifer (was ich „Judentum-plus“ nenne). Sie behaupten, dass ihre nationalistische Philosophie in der jüdischen Religion begründet liegt und haben fälschlicherweise versucht, mit dem Judentum den Zionismus zu begründen. Dieses Phänomen konnte sich hauptsächlich seit und vielleicht wegen des Zweiten Weltkriegs entwickeln, ist jedoch die totale Abkehr von den Lehren des Orthodoxen Judentums. Auch diese religiösen Zionisten missachten die elementaren jüdischen humanitären Werte in ihrer Haltung gegenüber den Palästinensern.

Ein Problem haben wir, und das ist, dass sich die Zionisten zu Vertretern und Sprechern aller Juden gemacht haben und mit ihren Handlungen die Feindseligkeit gegen alle Juden wecken. Diejenigen, die diese Feindseligkeit hegen, werden des Antisemitismus beschuldigt. Obwohl es nun ausreichend klar sein sollte, dass die Ablehnung des Zionismus und seiner Verbrechen nicht den Hass auf die Juden impliziert, sind die Verbrechen des Zionismus der Grund, dass Antizionismus in den traditionellen Antisemitismus übergehen kann. Paradoxiertweise sind der Zionismus und seine Taten kein Heilmittel gegen den Antisemitismus sondern die Hauptursache für einen modernen Antisemitismus.

Weiters bedient sich der Zionismus des Antisemitismus indem er ihn als ein Mittel benutzt, um für mehr Einwanderer nach Israel zu werben.

Die Verwechslung von Antizionismus und Antisemitismus geht bis in die höchsten Ebenen der Regierungen und ist für mich die einzige Erklärung für etwas, das mich immer wieder erstaunt. Es erstaunt mich, wenn ich die Beteuerungen von Staaten wie den USA oder Großbritannien, dass Israel ein demokratischer Staat sei, höre, wo es tatsächlich ja so ist, dass das gesamte Konzept von Israel undemokratisch war und ist. Ein kurzer Blick auf die Geschichte genügt um zu sehen, dass der zionistische Staat auf den Fundamenten von Gewalt ruht (und Großbritannien war ein Opfer), und diese Länder richten ihren Protest heute gegen die Gewalt. Die freie Welt kämpfte im Zweiten Weltkrieg gegen eine Politik, die sie heute duldet indem sie den Staat Israel unterstützt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass gemäß der Thora und dem jüdischen Glauben der Anspruch der palästinensischen Araber auf ihr Land Palästina richtig und gerecht ist. Der zionistische Anspruch ist falsch und verbrecherisch. Unsere Haltung zu Israel ist, dass das gesamte Konzept falsch und illegitim ist. (...)

Ich würde gerne mit den folgenden Worten schließen: Es wird oft gesagt, dass Juden und Araber nicht zusammen leben können. Wir wollen der Welt, insbesondere unseren arabischen Nachbarn, mitteilen, dass es keinen Hass oder Animosität zwischen den Juden und Arabern gibt. Wir möchten als Freunde und Nachbarn zusammen leben, wie wir es seit hunderten, ja tausenden Jahren in allen arabischen Ländern taten. Nur das Aufkommen des Zionismus hat diese uralte Beziehung aus dem Gleichgewicht gebracht. Rückblickend in die Geschichte kann man sehen, dass die Juden, wenn sie in Europa verfolgt wurden, oft in verschiedenen arabischen Ländern Zuflucht fanden. Unsere Haltung gegenüber den Arabern sollte von Freundlichkeit und Respekt getragen werden.

Wir betrachten die Palästinenser

als das Volk mit dem Recht auf ihren Staat in Palästina.

Der zionistische Staat, bekannt als „Israel“, hat kein Existenzrecht. Sein fortlaufendes Bestehen ist der wesentliche Faktor für den Konflikt in Palästina.

Wir beten für eine friedliche Lösung für die schreckliche und tragische Sackgasse, die heute existiert und die wahrscheinlich auf den moralischen, politischen und ökonomischen Druck zurückzuführen ist, den die Nationen der Welt ausüben.

Wir beten für ein Ende des Blutvergießens und ein Ende des Leidens aller unschuldigen Menschen – Juden und Nichtjuden – weltweit.

Wir erwarten die Aufhebung des Zionismus und die friedliche Auflösung des zionistischen Regimes, die das Ende für das Leiden des palästinensischen Volkes bedeuten wird. Wir würden die Möglichkeit begrüßen im Heiligen Land in Frieden zu leben, unter einer Herrschaft, die ganz den Wünschen und Hoffnungen des palästinensischen Volkes entspricht.

Es möge die Zeit für uns kommen, wo die ganze Menschheit in Frieden miteinander lebt!

DÖW als Stichwortgeber des Imperialismus?

Bedenkliche Entwicklungen beim Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

Die Gründung des DÖW im Jahr 1963 kann sicherlich als eine Reaktion auf den österreichischen Umgang mit der NS-Zeit gesehen werden. Hauptmotivation für die Entstehung dieser Organisation war der Kampf gegen das Schweigen und Vergessen, gegen den breiten, von Politik, Wirtschaft und Medien getragenen Konsens, keine gründliche Diskussion über die Verbrechen des NS-Regimes und ihre gesellschaftlichen Ursachen sowie kein allzu tiefgehendes Bewusstsein über den Blickwinkel des Widerstandes und der Opfer aufkommen zu lassen. Im Interesse der kapitalistischen Kontinuität und des ungestörten Zusammenhaltes und Fortbestandes der entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen lag es viel eher, das Thema „NS-Zeit“ weitgehend unter den Tisch zu kehren und zur Tagesordnung überzugehen.

So war es dann auch eine von Wissenschaftlern unterstützte Initiative von ehemaligen KZ-Häftlingen, Widerstandskämpfern und -kämpferinnen und zurückgekehrten Flüchtlingen bzw. Vertriebenen, durch die das DÖW vor über vierzig Jahren ins Leben gerufen wurde und in weiterer Folge dafür sorgte, dass viele Tonnen an Material über die NS-Zeit zusammengetragen wurden und zumindest nicht völlig unbeachtet verstaubten.

Zu einer breiten Diskussion über die Ursachen des Faschismus ist es freilich nie gekommen, eine solche wäre auch nicht im Interesse der Eliten gewesen. Stattdessen verstand man es schon im Zug der in den 1980er Jahren aufkommenden Enttabuisierung der NS-Zeit, den liberalen Kapitalismus als Erscheinungsbild von Freiheit und Demokratie, also als Gegenpol zum Faschismus darzustellen – eine Entwicklung, die sich besonders nach den Jahren 1989–1991 (also der Zeit des Zusammenbruchs der osteu-

ropäischen Regimes) noch massiv verstärkte. Der Faschismus wurde nicht als das erklärt, was er war, nämlich die offene Terrorherrschaft des Kapitalismus und Imperialismus unter Erfindung von Sündenböcken und brutaler Unterdrückung jeder Opposition. Stattdessen wurde er weitgehend auf Antisemitismus und Holocaust reduziert und einer politischen und sozialen Analyse entzogen. Durch die Kollektivschuld-These wird die entscheidende Rolle der kapitalistischen Eliten ebenso totgeschwiegen wie der Widerstand. Wer dieses Faschismus-Bild übernimmt, wird nicht nur blind für wesentliche Aspekte der Vergangenheit, sondern ebenso blind für tatsächliche faschistische Gefahren der Gegenwart.

Das entstehende imperialistische Weltreich unter unumschränkter US-amerikanischer Vorherrschaft und seine vielen großen und kleinen Profiteure (die natürlich keineswegs nur in den USA sitzen) haben sich angeschickt, jeder Opposition den Garaus zu machen. Dabei sind Krieg, Folter sowie wirtschaftliche Erpressung und Unterdrückung an der Tagesordnung. Wer sich nicht unterordnet oder gar dagegen ankämpft, gilt schnell als Terrorist oder zumindest als Extremist und Terrorunterstützer. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei dem politischen Islam zu, da dieser derzeit die stärkste Mobilisationskraft gegen den westlichen Imperialismus besitzt. Daneben werden aber antiimperialistische Linke natürlich ebenso verfolgt – ein Blick auf die amerikanische, von der EU übernommene „Terrorliste“ genügt.

Hingegen kann man sagen, dass die imperialistische Hetzpropaganda im Gegensatz zu früher heutzutage praktisch völlig frei von antisemitischen Momenten ist. Die Verbreitung der Wahnidee einer „jüdischen Welt-

verschwörung“ ist für den Imperialismus nicht mehr von Nutzen. Antiislamismus und Terrorhysterie haben den Antisemitismus als tragendes Element faschistischer Tendenzen abgelöst.

Umso befremdlicher ist es, dass heute eine Organisation wie das DÖW, die sich auf das antifaschistische Erbe beruft, ihre gegenwärtige und künftige Hauptaufgabe ganz offensichtlich keineswegs darin sieht, mit aller Entschiedenheit gegen Antiislamismus, Terrorhysterie und Demokratieabbau Stellung zu beziehen. Stattdessen widmet man sich – stets in Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und/oder sonstigen Bereichen des Kampfes gegen den Imperialismus – mit Eifer dem Aufspüren angeblicher „linker AntisemitInnen“, dem Enttarnen von „Querfronten“ und der Diskreditierung des antiimperialistischen Widerstandes – bevorzugt in Zeiten, in denen der Imperialismus Kriege führt bzw. plant.

So wusste man die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) punktgenau in der Zeit, als der völkerrechtswidrige Angriff der USA auf den Irak unmittelbar bevorstand und der Widerstand im Westen immer stärker anwuchs, des „Antisemitismus im linken Gewand“ zu bezichtigen, obwohl im inkriminierten Artikel keine einzige antisemitische Aussage der AIK angeführt werden konnte und stattdessen hauptsächlich versucht wurde, die AIK in die Nähe von Gruppen zu rücken, mit denen sie keinerlei bzw. kaum Kontakt hatte. Israelfeindliche Aussagen von AIK-Vertretern wurden als „Beweis“ für den Antisemitismus der Gruppe herangezogen, obwohl einer Organisation wie dem DÖW, das den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhebt, bekannt sein müsste, dass die AIK immer schon klar zwischen dem Judentum einerseits und dem Staat Israel andererseits

unterschieden hat. Als sich in weiten Teilen der Linken (inklusive mehrerer Überlebender und Widerstandskämpfer und -kämpferinnen aus der NS-Zeit) Protest gegen die Parteinahme des DÖW für Israel regte, erklärte der damalige wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, der Artikel stamme nicht vom DÖW, sondern von der „Aktion gegen Antisemitismus“, die lediglich „Untermieterin“ der Internetseite des DÖW sei. Tatsache ist aber, dass der Artikel eben auf der Seite des DÖW erschienen ist und dass Dr. Neugebauer der „Aktion gegen Antisemitismus“ selbst angehört.

Die DÖW-Position zum Palästina-Konflikt lässt sich, geht man nach Dr. Neugebauers Aussagen im Zuge der damaligen Diskussionen, in etwa folgendermaßen umreißen: Das DÖW



sieht es nicht als seine Aufgabe, Vorgänge im Palästina-Konflikt zu bewerten, es sei aber in jedem Fall illegitim und antisemitisch, dem Staat Israel das Existenzrecht abzuspochen. Auch Kritik an Israel sei antisemitisch, und zwar dann, wenn an Israel andere Maßstäbe gelegt würden als an andere Staaten. Klar wurde im Zuge der Auseinandersetzung des DÖW mit der antiimperialistischen Linken daher, dass maßgebliche Personen im DÖW die (von vielen Linken erhobene) Forderung nach der Ersetzung Israels durch einen demokratischen Staat in ganz Palästina für alle dort lebenden Menschen als „antisemitisch“ ansehen.

Dass ein Staat, der durch nichts anderes als Landraub, Massenvertreibungen und Völkermord entstanden ist und dies alles bis heute weiter betreibt, kein Staat wie jeder andere ist, liegt eigentlich auf der Hand – sollte man meinen. Nicht so für das DÖW bzw. seine tonangebenden Mitglieder, die offenbar die Reduktion des Faschismusbegriffs auf Antisemitismus und Holocaust nachvollzogen haben und jetzt ihrerseits vorgeben.

Weitere Hetzartikel (größtenteils gegen die AIK und zumeist verfasst von Herrn Karl Pfeifer, der im arabisch-israelischen Krieg 1948/49 der zionistischen Terrorereinheit Palmach („Sturmtruppen“) angehörte, auf deren Konto die Vertreibung hunderttausender Palästinenser und die Zerstörung zahlreicher Dörfer geht) folgten und zogen entsprechende Gendarstellungen der AIK nach sich (die das DÖW unbeachtet ließ).

Zur seit Jahren in Europa und Österreich ansteigenden Feindseligkeit gegenüber Moslems und anderen Minderheiten, liegen vom DÖW kaum Stellungnahmen vor, zum ebenfalls in ganz Europa zunehmenden Demokratieabbau im Zuge der Terrorhysterie gar keine. Auch die antisemitische Hetze der FPÖ im Wiener Wahlkampf 2005 förderte keinerlei Reaktion des DÖW zutage. Wichtiger ist da offenbar schon „die iranische Rechtsextremisten-Connection“, ein auf der DÖW-Seite veröffentlichter Artikel von Anton Maegerle, der zwar tatsächlich einige antisemitisch

durchsetzte Solidaritäts- und Sympathiebekundungen deutscher Rechtsextremer für das iranische Regime dokumentiert, bei dem es aber dennoch in erster Linie verwundern sollte, dass er ausgerechnet in einer Zeit publiziert wird, in der das Kriegsgetörmel der rechtsradikalen US-Administration gegen den Iran zunehmend an Lautstärke gewinnt.

Freilich bezieht das DÖW niemals offen Stellung zugunsten der USA, auch greift man bei diesen Themen offenbar gern auf Artikel zurück, bei denen man gegebenenfalls argumentieren kann, sie würden ja nicht vom DÖW selbst stammen (sondern seien „nur“ auf dessen Internetseite veröffentlicht worden...). Dennoch lässt sich anhand des Inhalts einiger Artikel und vor allem anhand der Zeitpunkte ihrer Veröffentlichungen (immer dann, wenn Konflikte auf einen Höhepunkt zusteuern) der naheliegende Schluss ziehen, dass nach Ansicht maßgeblicher Personen im DÖW ein(e) Antifaschist(in) stets auf Seiten der USA und Israels zu stehen hat.

Das DÖW bezieht, getarnt unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit und des Antifaschismus, unmissverständlich Stellung für den Imperialismus, der in Wirklichkeit der globale Faschismus der Gegenwart ist. Das antifaschistische Erbe wird damit von einer Organisation, die eigentlich zu seiner Wahrung und Fortführung angetreten ist, auf schändliche Art verraten. Es bleibt abzuwarten, ob innerhalb des DÖW noch Kräfte vorhanden sind, die dieser erschreckenden Entwicklung Einhalt gebieten können, und es bleibt des Weiteren abzuwarten, wie weit das DÖW unter den derzeitigen Umständen seine Funktion als Säulenheilige und maßgebliche Autorität des Antifaschismus erhalten können wird.

Gunnar Bernhard

Gunnar Bernhard lebt in Wien und ist in der Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv.

Buchbesprechung:

Antisemitismus als politische Waffe

Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte

Ein Buch von Norman G. Finkelstein; Piper Verlag, München 2006, 387 Seiten

In Österreich und Deutschland wurde in den letzten Jahren zunehmend jeder, der den Terror Israels als Besatzungsmacht gegenüber den Palästinensern, die Menschenrechtsverletzungen oder den Bau der Apartheidmauer verurteilt und umgekehrt das legitime Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung verteidigt hat, des Antisemitismus beschuldigt. Der Antisemitismus-Vorwurf wird als politische Waffe eingesetzt, um jede Kritik an und Auseinandersetzung um den zionistischen Staat Israel mundtot zu machen. Mit dieser Thematik setzt sich Norman G. Finkelstein im ersten Teil seines aktuellen Buches auseinander und gibt denjenigen eine politische Waffe in die Hand, die sich durch die Antisemitismuskeule nicht mundtot machen lassen wollen.

Edward Said sagte einmal, dass der palästinensische Kampf deshalb so schwierig sei, weil die Palästinenser Opfer von Opfern seien. Das ist der zentrale Ansatzpunkt für Finkelsteins These der Instrumentalisierung des Holocaust, mit der Versucht wird, das zionistische Projekt mit all seinen Folgen zu rechtfertigen. Damit beschäftigte er sich schon in seinem Buch *Die Holocaust-Industrie*, bereichert diese These nun in diesem „mit einer Variante des Holocaust-Trumpfs: dem „neuen Antisemitismus“. Allerdings sind die Warnungen vor einem neuen Antisemitismus weder neu noch haben sie etwas mit Antisemitismus zu tun. Jedesmal, wenn Israel durch internationalen Druck dazu gebracht werden soll, seine Besatzungspolitik zu beenden, inszenieren diejenigen, die Israel blind gegen jede Kritik verteidigt sehen wollen, eine weitere, bis ins kleinste Detail durchkomponierte Oper, die den Zuschauern medienwirksam die erschrecklichen Ausmaße des weltweiten Antisemitismus vor Augen führen soll.“ (S. 45f.)

Das Konstrukt des „neuen Antisemitismus“ wurde nach dem Oktoberkrieg 1973 von Forster und Epstein in ihrem Buch *The New Anti-Semitism* auf den Punkt gebracht. Überlegungen oder gar Forderungen, Israel sollte sich aus dem Sinai zurückziehen und diplomatische Wege mit den Palästinensern suchen, wurden als „Feindseligkeiten“, die das „Herzstück des neuen Antisemitismus“ seien, interpretiert. Dieser wiederum speist sich laut Forster und Epstein aus der Tatsache, dass die Welt Juden nur solange dulde, als sie Opfer seien. „Wenn sich die Situation dahingehend verändert, dass sie nicht länger Opfer sind (oder es zumindest den Anschein hat, als seien sie es nicht mehr), nimmt die nicht-jüdische Welt daran dermaßen Anstoß, dass sie anfängt, die Juden erneut zu Opfern zu machen.“ (S. 58) Interessanterweise ging dieses „neue Antisemitismus-Gespenst“ in den Siebzigerjahren gar nicht so sehr in Europa, sondern in den USA um, laut Forster und Epstein ausgehend von der „radikalen Linken“ (einschließlich religiöser Gruppen) – also von allen, die berechnete Kritik und Besorgnis über die Aggressionspolitik Israels äußerten.

Während für Forster und Epstein die radikale Linke noch „eine mindestens ebenso große Gefahr für die Juden in aller Welt wie die Gefahr von rechts“ (S. 61) darstellten, wurde 1982 in *The Real Anti-Semitism in America* von Nathan und Ruth Ann Perlmutter die gemäßigte Linke, bis weit in die politische Mitte hinein, zur größten Gefahr. Dabei ging es bei dem neuen „wahren“ Antisemitismus um jedweden Angriff auf jüdische Interessen, was konkret bedeutete um Israel, denn einen Unterschied zwischen Zionismus und Judentum gab es bei den „neuen Theoretikern“ nicht. „Dieser Antisemitismus müsse sich nicht einmal subjektiv gegen Juden richten – es reiche, dass er ihnen objektiv schade.“ (S. 62) Dazu kommt die Warnung, dass sich die-

ser Antisemitismus zum klassischen entwickeln könne, wenn er nicht in jedweder Form unter Kontrolle gehalten werde.

Wie wenig dieser „neue Antisemitismus“ der Linken mit Antisemitismus zu tun hat, belegen die Perlmutter selber, die „der christlichen Rechten – die sich zwar in antijüdischer Bigotterie gefiel, aber „pro“-israelisch eingestellt war – gegenüber dem liberalen Protestantismus den Vorzug gaben. Letzter war zwar frei von antijüdischer Bigotterie, galt aber als „anti“-israelisch.“ (S. 67)

Finkelstein setzt sich weiters mit den neuesten Entwicklungen auseinander, wo auf die Unterscheidung zwischen „wahrem, neuem“ und „klassischem“ Antisemitismus verzichtet wird. Mittlerweile handelt es sich bei Israels Kritikern einfach nur um klassische Judenhasser. Abraham Foxman, Chef der *Anti-Defamation League*, sagt im Jahr 2003: „Wir sehen uns heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Sicherheit des jüdischen Volkes genauso stark bedroht ist wie in den 1930er Jahren – wenn nicht noch stärker.“ (S. 53) Foxman warnt davor, dass das Überleben des jüdischen Volkes schon wieder konkret in Gefahr sei. Phylis Chesler führt in *Der neue Antisemitismus* aus, dass unter der „gegenwärtigen Belagerung“ nicht etwa die Palästinenser leiden; „die Opferrolle kommt allein Israel (und Juden) zu.“ (S. 72) Und laut Ruth Wisse, die an der Harvard-Universität lehrt, ist „verglichen mit dem Antisemitismus der Nazis, die arabische Spielart schlimmer.“ (S. 102)

Hier wird alles durcheinander gemischt, denn es geht ja nicht um irgendeine fundierte Analyse sondern lediglich darum, dass Kritik an Israel oder der Kampf der Palästinenser um ihr Überleben als Anzeichen für die Bedrohung des Judentums oder der Juden der Welt interpretiert wird. Die Einfachheit des Musters scheint

unglaublich, ist aber auch erschreckend, da sie oft ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Protestbewegung gegen den Irakkrieg der USA wird beschuldigt, „sie vertrete einen ‚Antisemitismus‘, von dem man dachte, dass er im Westen längst nicht mehr existierte.“ (S. 88) Man rufe sich die Situation vor Augen – der westliche Kreuzzug des amerikanischen Imperiums ist auf seinem Höhepunkt, Muslime in Europa und den USA werden verfolgt, Israel festigt im Schatten der globalen Ereignisse seine Stellung in den besetzten Gebieten!

Weiters bezieht sich Finkelstein auf Alan M. Dershowitz, dessen „Plädoyer für Israel: Warum die Anklagen gegen Israel aus Vorurteilen bestehen.“, im März 2005 im Europa-Verlag auf Deutsch erschienen ist. Er behauptet unter anderem, dass „der internationale Menschenrechtsschutz und die Menschenrechtshetorik zu wirksamen Waffen geworden sind, die selektiv gegen Israel eingesetzt werden.“ (S. 89) Folgerichtig verlangt Der-

showitz, internationale Gesetze und Konventionen wie „die Genfer Konvention“ sollten geändert werden, damit zum Beispiel Kollektivstrafen wie Zerstörung von Dörfern oder gezielte Tötungen mit so genannten Kollateralschäden als moralisch durchaus gerechtfertigte Methoden Israels anerkannt werden könnten. Denn es sollte alles erlaubt sein, wenn es um die Sicherheit Israels gehe.

Um angesichts der Tatsachen – der rassistische, militärisch hochgerüstete Staat Israel betreibt die Vernichtung der Palästinenser – trotzdem das Bild der ständigen Bedrohung Israels zu zeichnen und seine Vorzugsbehandlung international einzufordern, wird laut Finkelstein einerseits die Einzigartigkeit und die universelle Bedeutung des jüdischen Schicksals hervorgehoben. „Alles an den Juden ist einzigartig: der Antisemitismus, der Holocaust, Israel, die jüdische Nation, das jüdische Volk ...“ (S. 109) Andererseits werden Judentum und Zionismus völlig gleichgesetzt, damit auch wirklich jede Kritik an Israel mit der

Antisemitismuskeule erschlagen werden kann.

Allen, die die hasserfüllten Antisemitismusvorwürfe im Zusammenhang mit jeder Kritik an Israel oft nicht nachvollziehen können, wird dieses Buch hilfreich sein, um diese Angriffe zu verstehen. Die Lehrmeister der hiesigen Verteidiger des Zionismus sind in den USA zu finden, ausführlich besprochen in Finkelsteins Buch. Der zweite Teil des Buches – eine detaillierte Besprechung der Menschenrechtsverletzungen Israels in den letzten Jahren – besticht nicht nur durch seine Genauigkeit und Ausführlichkeit sondern soll auch als Aufforderung gelesen werden, dem theoretischen ersten Teil praktische Schritte folgen zu lassen – gegen die Vernichtungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern.

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.



- Ich will regelmäßig **Informationen** über die Aktivitäten der Antiimperialistischen Koordination (AIK) per E-Mail.
- Ich will die Zeitschrift „**Intifada**“ abonnieren (5 Zusendungen: 10 Euro).
- Ich will ein **Förder-Abo** der „**Intifada**“ (5 Zusendungen: 20 Euro)
- Ich will die „**Intifada**“ Nr. ____ **nachbestellen**.

Name: _____

Adresse: _____

Plz., Ort: _____

E-Mail: _____

Bitte freimachen

**An die
Antiimperialistische
Koordination**

**Postfach 23
A-1040 Wien
Österreich**

Bestellungen per E-Mail werden ebenfalls gerne entgegengenommen.

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org
Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich
Bank: PSK (1018 Wien)
Konto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSK AT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion & Impressum

Redaktion: Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Muhammad Aburous, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.





DAHIEH, LEBANON (BEFORE) Photo taken July 12, 2006



DAHIEH, LEBANON (AFTER) Photo taken July 22, 2006